

Das Parlament

Berlin, Montag 13. Februar 2012

www.das-parlament.de

62. Jahrgang | Nr. 7 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Same procedere as every day

Königin Elizabeth II. Einem ganz normalen Arbeitstag glich das 60. Jubiläum der britischen Queen Elizabeth II.: Händeschütteln,



Menschen grüßen, Lächeln für die Kameras, die Arbeit normaler Bürger begutachten – alles ohne viel Pomp. Der 6. Februar, wie am vergangenen Montag, ist für die 85-jährige Monarchin ohnehin eher ein Tag der Stille: Denn vor genau 60 Jahren starb ihr Vater, König George VI. Nur Königin Victoria (1837-1901) regierte England länger als Elizabeth II. In ihrer Botschaft an das Vereinigte Königreich und die 15 Länder und Territorien, in denen sie ebenfalls als Königin herrscht, sprach Elizabeth vom „Dienst an euch“ und der „Kraft des Zusammenhalts“. So richtig gefeiert wird das diamantene Jubiläum dann im wärmeren Juni auf vielen öffentlichen Festivitäten. *kru*

ZAHL DER WOCHE

1,06 Billionen

Euro betrug 2011 der Wert exportierter Waren von deutschen Unternehmen. Damit knackten Deutschlands Exporteure erstmals die Billionenmarke. Trotz Schuldenkrise und schwächelnder Weltkonjunktur kletterten die Ausfuhr im Vergleich zu 2010 um 11,4 Prozent. Mit einem Anteil von über 40 Prozent blieb die Eurozone wichtigster Absatzmarkt.

ZITAT DER WOCHE

»Wir wollen alle drei Wahlen gewinnen.«

Thomas Oppermann, SPD-Fraktionsgeschäftsführer, zu den Wahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und Frankreich. Er reagierte auf Debatten um deutsche Hilfen im französischen Präsidentschaftswahlkampf.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Anhörung Das Kreuz mit der Gewalt in deutschen Fußballstadien *Seite 6*

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Industriepolitik Die Zukunft des Standorts Deutschland *Seite 7*

EUROPA UND DIE WELT

Regierungsbericht Wie die Globalisierung positiv gestaltet werden kann *Seite 10*

KULTUR UND MEDIEN

Fachgespräch Die schwierige Kulturfinanzierung in den Kommunen *Seite 13*

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



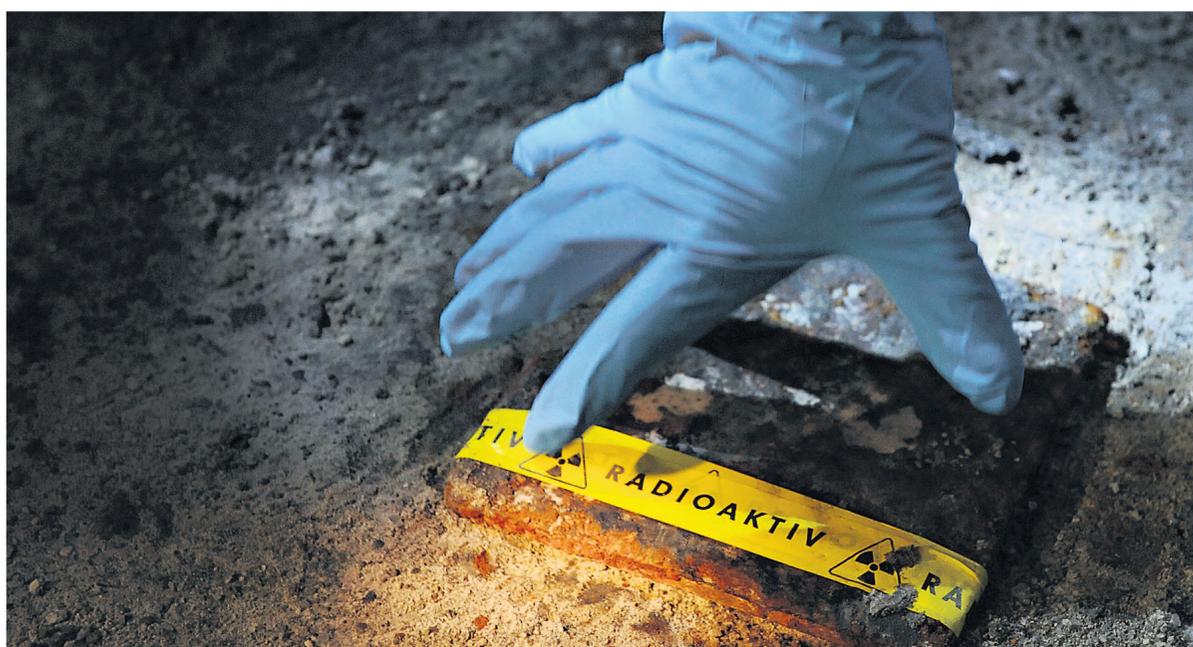
Atom-Poker ohne Asse

NUKLEARABFALL Der Müll soll so schnell wie möglich geborgen werden. Das dauert viel länger als geplant

Sesam, öffne Dich! Hätten Politiker, Experten und Bürger, die für die Schließung des Atommülllagers Asse kämpfen, einen Wunsch frei, würden sie sicher vieles darum geben, einen Blick in eine der Kammern des maroden Salzbergwerkes werfen zu können. 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Müll wurden dort seit 1967 eingelagert – oder besser gesagt hineingeworfen. Aufgrund des Zustandes des über 100 Jahre alten Bergwerkes konnte bislang noch keine der Kammern geöffnet werden. Daher kann auch über den Zustand der Fässer und des Abfalls momentan weiter nur spekuliert werden.

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltbundesamt, Ursula Heinen-Esser (CDU), kennt die Fragen, warum es mit der Rückholung der Fässer nicht schneller vorangeht. Wie alle Fraktionen betonte auch sie in der Debatte am vergangenen Freitag nochmals: „Für uns hat die Rückholung absolute Priorität.“ Gleichzeitig versuchte sie deutlich zu machen, welche großen Schwierigkeiten mit der Bergung der Fässer verbunden sind. „So einfach, wie sich das anhört, ist das nicht“, sagte sie. Zuerst müsse die Grube selbst gesichert werden, um die wichtigsten aller Fragen beantworten zu können: „Was verbirgt sich hinter den Kammern?“ Dann müsse der Abfall exemplarisch herausgeholt, analysiert und konditioniert, also umgewandelt werden. Außerdem benötige man ein Zwischenlager von der Größe mehrerer Fußballfelder, um die geborgenen Abfälle bis zur Endlagerung unterbringen zu können. Ihre Fraktionskollegin Maria Flachsbarth (CDU), die auch dem Gorbelen-Untersuchungsausschuss vorsteht, hob hervor, dass es sich dabei um ein „weltweit beispielloses Vorhaben“ handle. Sie erinnerte daran, dass es in der Asse weiterhin eine Reihe schwer kalkulierbarer Risiken gebe. So bestehe bei einer Kammeröffnung beispielsweise die Gefahr eines unkontrollierbaren Wassereintritts. „Die Probleme sind einfach riesengroß“, sagte sie. Es müsse daher einen Konsens geben, dass es „keine Abstriche bei der Sicherheit geben darf“, forderte Flachsbarth – auch nicht bei der Gefahrenabwehr.

Rechtlicher Weg umstritten Genau in diesem Punkt aber sieht vor allem die Opposition eine Chance, die Rückholung der Fässer aus der Asse beschleunigen zu können. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die SPD hatten in ihren Anträgen (17/8351, 17/8497) zur Debatte gefordert, ab sofort bei allen Arbeiten und Maßnahmen zur Rückholung das so genannte Gefahrenrecht



Aufgabe mit vielen Unbekannten: In der Asse lagern rund 47.000 Kubikmeter Atommüll. Experten rechnen aber damit, dass 100.000 Kubikmeter Müll geborgen werden müssen.

gemäß Atomrecht anzuwenden. Danach wäre es möglich, bestimmte Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahren zügiger zu erledigen. Denn seitdem im Jahr 2009 das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) den Betrieb der Asse verantwortet, gelten dort weitaus strengere Regeln als vorher. In der Asse müssen seitdem alle Maßnahmen nicht mehr nach Bergrecht, sondern nach dem weitaus strengeren Atomrecht durchgeführt werden. Das führt nicht nur zu strengeren Auflagen, sondern kostet auch mehr Zeit. Problematisch ist dabei, dass das geltende Atomrecht auf die Errichtung von Atomanlagen abzielt und nicht auf die Schließung eines Atommülllagers. Als ein Ausweg aus dem Dilemma wird daher eine „Lex Asse“ diskutiert – ein gesetzliches Regelwerk, das die besonderen Bedingungen der Asse im Atomrecht berücksichtigen könnte. Für Dorothea Steiner (Bündnis 90/Die Grünen) dauert das zu lange: „Wir sollten nicht auf eine Lex Asse warten, sondern mit der Gefahrenabwehr eine Beschleunigung der Maßnahmen erreichen“, forderte sie. Matthias Miersch (SPD) kritisierte, dass sich die Koalition nicht ausrei-

chend mit den Vorschlägen der Opposition auseinandergesetzt habe. Miersch möchte vor allem eine Frage beantwortet bekommen: „Wie verhindern wir die Tatenlosigkeit?“ Taten möchte er wie auch die Grünen und Die Linke vor allem von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) sehen. „Er hat es versäumt, auch nur einmal in den Schacht einzufahren“, sagte er in Richtung des Ministers, der zwar die Debatte verfolgte, selbst aber nicht ans Rednerpult ging. Auch die Linke forderte Röttgen zum Handeln auf. „Machen sie die Asse zur Chefsache“, sagte Eva-Bulling-Schröter, die Vorsitzende des Umweltausschusses. Ihr Fraktionskollege Ralph Lenkert wies darauf hin, dass momentan mit einer Rückholung erst im Jahr 2040 gerechnet werden könne. Er hatte einen ganzen Forderungskatalog von Maßnahmen dabei, die nach seiner Meinung nicht nur nacheinander, son-

dern auch parallel angegangen werden sollten. Denn schließlich, erläuterte Lenkert, „bannt nur die Rückholung die Gefahr“. Auch für Angelika Brunkhorst (FDP) ist die Bergung der radioaktiven Fässer „ein Wettlauf mit der Zeit“. Dabei konnte sie zumindest eine gute Nachricht verkünden: Nach den Ergebnissen eines Workshops des Bundesamtes für Strahlenschutz Mitte Januar ist das Grubengebäude „nicht von einem akuten Einsturz bedroht“, berichtete sie. Dennoch bleibe eine große Sorge: Ein spontaner Wassereintritt könne das Konzept der Bergung zunichte machen, warnte sie.

Die Frage der Rückholung der Abfälle dürfte den Bundestag aber noch lange beschäftigen. Experten gehen davon aus, dass es weitere 30 bis 40 Jahre dauern wird, bis der Atommüll gehoben werden kann. Auch wenn jetzt über die Asse erstmal Einigkeit herrscht, wird der Atom-Poker wohl anders weitergehen. *Annette Sach*

»Machen Sie die Asse zur Chefsache.«

Eva Bulling-Schröter
(Die Linke)

EDITORIAL

Ein Ziel, das sich lohnt

VON JÖRG BIALLAS

Unabhängig davon, wie das Tazziehen um die Bergung der 126.000 Behälter mit radioaktivem Müll letztlich ausgeht, ist schon jetzt gewiss: Das Projekt Asse II ist gründlich in die Hose gegangen. Nach wie vor besteht die Gefahr, dass das Grundwasser rings um das ehemalige Salzbergwerk verunreinigt wird – sämtlichen ursprünglich anderslautenden Untersuchungen, Gutachten und Beteuerungen zum Trotz. Wird der strahlende Schrott nicht rechtzeitig geborgen, sind die Folgen für die Gesundheit der Menschen in der Region unabsehbar. Deren Angst, Skepsis und Proteste sind daher nachvollziehbar und verdienen es, ernst genommen zu werden. Die Bereitschaft, sich auf behördliche Angaben zu verlassen, ist verständlicherweise verloren gegangen.

Asse II steht stellvertretend für das Dilemma bei der Nutzung radioaktiver Materialien: Die Vorteile, derer sich die Menschheit seit Jahrzehnten bedient, können die ungelöste Frage der Entsorgung nicht aufwiegen. Wer Atommüll produziert, bürdet nachfolgenden Generationen eine Hypothek auf, die aus heutiger Sicht unkalkulierbar ist.

Die Ereignisse im japanischen Fukushima, als nach einem Tsunami ein Atomkraftwerk außer Kontrolle geraten war, rückten die Bedrohung radioaktiver Verstrahlung wieder in den Vordergrund der öffentlichen Wahrnehmung. Bei der Kernkraft geht es nachrangig um wirtschaftliche Effizienz. Es geht zunächst um ethische Verantwortung. Auch deshalb hat die Abkehr von der Nuklearenergie inzwischen viele derer überzeugt, die einst auf die vermeintlich „saubere“ Energiegewinnung gesetzt hatten. Der Ausstieg aus der Kernkraft, der in Deutschland mittlerweile politisch beschlossen und auf den Weg gebracht ist, war also folgerichtig. Das Problem ist damit aber keineswegs gelöst. In vielen Staaten der Erde, auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, wird Strom weiterhin unbekümmert in Atommeilern erzeugt. Die Sicherheitsbedingungen liegen dabei zum Teil weit unter dem deutschen Standard. Gelingt es hierzulande, ein überzeugendes Endlager zu erschließen und gleichzeitig neue Energieträger als Ersatz für Kernkraft ausreichend zu etablieren, wäre das ein glaubhaftes Zeichen, dass das Atomzeitalter endlich ist. Keine leichte Aufgabe, gewiss. Aber ein Ziel, das sich lohnt.

Die Müllkippe der Nuklearindustrie

CHRONIK DER SKANDALE Obwohl als Forschungsanlage deklariert, war Asse ein Jahrzehnt lang faktisch Endlager für Atomabfall

Alles begann am 12. März 1965. Damals erwarb die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) im Auftrag des Bundes für 900.000 D-Mark das ehemalige Salzbergwerk Asse von der Wintershall AG. Deklarierter Zweck war die Einrichtung einer Forschungsstätte für die Endlagerung von Atommüll. Aus dem um 1900 angelegten Bergwerk im Höhenzug Asse südöstlich von Wolfenbüttel wurden Kali und Steinsalz gewonnen. Anfang der 60er wurde die Grube unwirtschaftlich. Nach dem Verkauf an die GSF begannen die neuen Betreiber im April 1967 mit der Einlagerung von Fässern mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen im Schacht Asse II.

Genehmigungen endeten 1978 Schon bald mutierte Asse II faktisch zum Endlager für solchen Atommüll aus der Bundesrepublik. Warnungen über Gefahren eindringenden Wassers in die Grube wurden ignoriert. Bis 1978 wurden in bis zu 750 Metern Tiefe 126.000 Atommüllbehälter eingelagert, davon 1.300 Fässer mit mittelradioaktivem Material. Was genau in dem weltweit ersten unterirdischen Atommülllager abgestellt wurde, ist bis heute unklar. Die Fässer waren zum Teil unordentlich deklariert. Meldungen über



Ein Radlader kippt Atommüllfässer in eine Kammer von Asse. Bis 1978 war dies möglich.

dort versenkte kontaminierte Werkzeuge oder schon beim Transport durchkorrodierte Atommüllfässer förderten den Ruf Asses als „atomare Müllkippe der Nation“. Niedersachsen damaliger Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) erkannte, dass praktisch alle schwach- und mittelradioaktiven Abfälle der Bundesrepublik in Asse für die Atomindustrie billig entsorgt wurden – von Forschung konnte nicht die Rede sein, empörte er sich und stoppte das Projekt.

Die Genehmigungen für die Einlagerung radioaktiven Mülls waren problemlos verlaufen, weil ein Planfeststellungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung noch nicht vorgeschrieben war. Erst ab 1976 wurde für die Endlagerung ein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren zwingend. Im „Versuchsbergwerk“ Asse II aber endeten die letzten Einlagerungsgenehmigungen Ende 1978 nach dem weniger strengen Bergrecht. Allein in den letzten 24 Monaten vor Schließung lie-

ßen die Kraftwerksbetreiber noch einmal in aller Eile 50.000 Atommüllfässer in den Kammern stapeln. Bis 1995 diente die Asse dann noch als Forschungsanlage für das geplante Endlager Gorleben.

Problem Wassereintrüche 1988 dann ein Schock: Die Betriebsgesellschaft GSF erfuhr, dass Salzlauge ins Bergwerk eingebrochen ist, verschwand dies aber. Seither wird der Zufluss von täglich zwölf Kubikmeter Lauge in die Grube registriert. Die Lagerstätte gilt als ein-sturzgefährdet. Erst im Sommer 2008 kam der stete Laugenzufluss an die Öffentlichkeit. Nach vielen Pannen und Versäumnissen stellte die Bundesregierung die Asse am 1. Januar 2009 unter Atomrecht. Nun wurde statt der im Helmholtz Zentrum aufgegangenen GSF das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) für den Betrieb zuständig; die Verantwortung war vom Bundesforschungs- auf das Bundesumweltministerium übergegangen. Der neue Betreiber BfS verkündete dann im Januar 2010, die Fässer mit den radioaktiven Abfällen aus der Asse zurückholen zu wollen. Die Optionen Vollverfüllung oder Umlagerung in tiefere Asse-Schichten wurden verworfen. Bis heute aber kommt die Rückholung der Atommüllfässer nicht voran. *Hans Krump*

GASTKOMMENTARE

IST DIE ENDLAGERSUCHE AUF GUTEM WEG?

Begründete Hoffnung

PRO



Michael Baumüller
»Süddeutsche Zeitung«

Ergebnisoffen – das war 35 Jahre lang das Schlüsselwort für die Endlagerung. 35 Jahre lang kaprizierten sich Politik und Industrie auf den Standort Gorleben, sie planten, gruben, erkundeten. Ganz nebenbei schufen sie schon die Vorbereitungen, den Salzstock dereinst als Endlager zu nutzen – alles angeblich mit ganz offenem Ergebnis. Dass so viel Offenheit irgendwann kaum noch einer glauben wollte, nimmt wenig Wunder. Diesmal liegen die Dinge anders. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik arbeiten Bund und Länder gemeinsam an einem Verfahren, mit dem sie erneut auf die Suche gehen können – und das diesmal womöglich wirklich ergebnisoffen. Die ersten Entwürfe für ein „Standortauswahlgesetz“ lassen diese Hoffnung durchaus zu. So sollen erstmals zuerst die Kriterien für ein Endlager festgelegt werden, ehe potenzielle Standorte erwählt und untersucht werden. In Gorleben war es genau umgekehrt. Erstmals gibt es auch eine förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit in allen Stufen des Verfahrens, die das Wendland so nie erlebte. Bundestag und Bundesrat müssen jedem einzelnen Verfahrensschritt zustimmen. Auch das wäre neu: Es sichert jene Legitimation, die bisher fehlte. All das garantiert nicht, dass am Ende des Verfahrens eine Auswahl steht, die breit akzeptiert wird. Dazu muss die Politik jenes Vertrauen in der Causa Atommüll zurückgewinnen, das sie mit der Mär von der Ergebnisoffenheit verspielt hat. Dazu gehört, in Gorleben nicht weiter neue Fakten zu schaffen, sondern Bau und Erkundung einstweilen ruhen zu lassen. Dazu gehört aber vor allem ein sauberes, transparentes, eben nachvollziehbares Verfahren. Denn eins bleibt von 35 Jahren „ergebnisoffener“ Suche übrig: die Lehre, wie es ganz bestimmt nicht geht.

Alte Rechnungen

CONTRA



Dagmar Dehmer
»Der Tagesspiegel«, Berlin

Der Anfang war vielversprechend. Erst hat die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg eine rationale Debatte über Atommüll möglich gemacht. Und nach dem ersten Treffen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe versprach Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) eine „weiße Landkarte“, einen Neustart bei der Endlagersuche, die sich 35 Jahre lang auf den umstrittenen Salzstock in Gorleben konzentriert hatte. Doch die ersten Entwürfe für ein Endlagersuchgesetz sind weniger vielversprechend. Als erstes haben die Verantwortlichen für das Gorleben-Desaster ihre Ideen für eine Entmachtung des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) wieder ausgegraben. Das zu gründende, jeder demokratischen Kontrolle entthobene Bundesinstitut für Endlagerung soll nicht nur die Sicherheitskriterien entwerfen. Das wissenschaftliche Institut soll am Ende auch das Endlager genehmigen. Eine abenteuerliche Konstruktion. Die zeigt, dass alte Rechnungen beglichen werden sollen. Genau deshalb fehlt vielen das Vertrauen in den „konstruktiven Geist“, der nach übereinstimmender Aussage der Beteiligten zumindest in der Bund-Länder-Gruppe herrscht. Das andere Problem ist Gorleben selbst. Der Standort ist politisch diskreditiert und seine Eignung umstritten. Doch würde er politisch aus dem Verfahren genommen, wäre das Ende so wie der Anfang: Politik statt Geologie. Wer einen Neuanfang will, muss Gegenwind aushalten. Und es gilt, vorhandene Kompetenz zu nutzen, um das bestmögliche Endlager zu finden. Dazu werden neben dem BfS auch diskreditierte Atomforscher gehören müssen. So viele gibt es nicht. Aber ihnen das Feld zu überlassen, wie in den ersten Gesetzentwürfen vorgesehen, wäre fatal.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Frau Heinen-Esser, Sie sind selbst schon unter Tage in dem Atommülllager Asse zehn Kilometer südlich von Wolfenbüttel in Niedersachsen gewesen. Wie sieht es dort eigentlich aus?

Die Asse ist ein altes Salzbergwerk mit kleinen Kammern. Mich hat überrascht, dass es dort unten sehr eng ist – beängstigend eng. Man sieht sehr deutlich, wo es Schäden im Bergwerk gibt: wo Wasser zutrifft, wo Laugen aufgefangen werden, kurzum, wo die Probleme liegen.

Jeden Tag fließen 12.000 Liter Wasser in die Asse. Viele Bürgerinnen und Bürger befürchten, das Bergwerk könnte einstürzen. Welche Kenntnisse haben Sie über den aktuellen Zustand der Asse?

Die Grube im Ganzen ist standsicher. Das hat ein Workshop des Bundesamtes für Strahlenschutz Mitte Januar ergeben. Das Hauptproblem bleibt allerdings der Laugenauflauf.

Die Gretchenfrage aber bleibt doch, ob die Rückholung des Mülls überhaupt möglich ist?

Ich bin nach wie vor von der Rückholung überzeugt. Sie ist unter dem Aspekt der Langzeitsicherheit das Beste, was man machen kann. Allerdings wissen wir jetzt, dass es alles nicht so schnell geht, wie wir uns das gewünscht haben.

Ab wann könnten denn die 126.000 Fässer nach oben geholt werden?

Das dauert noch. Wir sind jetzt kurz davor, die erste Kammer anzubohren, um dort unter anderem mit einer Kamera hineinzuschauen. Nur so ist es möglich, sich einen Überblick zu verschaffen, in welchem Zustand die Fässer sind. Es gibt zwar noch einige Auflagen, die das Bundesamt für Strahlenschutz erfüllen muss, aber ich hoffe, dass wir in wenigen Wochen mit den Arbeiten beginnen können.

Frau Staatssekretärin, wie lange wird es also noch dauern, bis die ersten Fässer ans Tageslicht kommen?

Wir sind am Anfang davon ausgegangen, die Rückholung in einem Zeitraum von zehn Jahren zu schaffen. Jetzt wissen wir, dass diese Zeit zu knapp bemessen war. Auf dem Workshop war die Rede von 30 bis 40 Jahren. Das kennzeichnet die Bandbreite, in der wir uns bewegen.

Was für Probleme sind das?

Wir müssen zum Beispiel einen weiteren Schacht bauen, was technisch sehr aufwändig ist. Und man muss immer bedenken: Es geht hier um den Umgang mit radioaktiven Stoffen. Man kann vermutlich die 126.000 Fässer nicht nur mit Hilfe von Robotern herausholen. Den Schutz der Menschen, die dort arbeiten, und den Schutz der Bevölkerung vor Ort müssen wir sicherstellen. Die Asse ist eben nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine große technische Herausforderung.

Mit wie viel Abfall rechnen Sie insgesamt in der Asse und wo wollen Sie diesen verstrahlten Müll überhaupt hinbringen?

In der Asse wurden 47.000 schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert. Die Behälter von damals sind wahrscheinlich heute zum Teil korrodiert, zerfallen oder zerborsten. Und durch das Zusammendrücken des Gebirges hat sich wahrscheinlich auch noch das Salzgestein auf den Abfällen abgelagert. Wir müssen dort mit allen möglichen Szenarien rechnen und gehen daher davon aus, dass mehr als 100.000 Kubikmeter ausgefordert werden könnten.

Was passiert dann mit den Abfällen aus der Asse?

Diese Abfälle müssen aufbereitet werden. Gleichzeitig muss ein Zwischenlager bereit stehen, das in der Lage ist, die Abfälle auf-

»Mit allen Szenarien rechnen«

URSULA HEINEN-ESSER will den Atommüll aus der Asse zurückholen. Sie dämpft aber Erwartungen, dies könne schnell gehen



zunehmen. Bislang gibt es das aber noch nicht.

Die Oppositionsfractionen haben in der vergangenen Woche im Bundestagsplenum gefordert, in der Asse das sogenannte Gefahrenrecht anzuwenden, um die Abfälle schneller herauszuholen. Ist das möglich?
Alle Beteiligten wollen das Verfahren beschleunigen. Man könnte das Gefahren-

recht anwenden. Das hieße, dass zum Beispiel Ausschreibungen beschleunigt würden, aber eventuell auch, dass die Öffentlichkeit weniger beteiligt würde.

Der neue niedersächsische Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Birkner (FDP) hat gefordert, ein eigenes „Asse-Gesetz“ zur Rückholung des Atommülls zu verabschieden. Könnte das ein Ausweg sein?

Es wird diskutiert, in das Atomgesetz Änderungen einzubauen, die nur die Asse betreffen – eine „Lex Asse“. Wir sollten dabei bedenken, dass die Standards aller Schutzziele für die Bevölkerung auf demselben hohen Niveau wie nach dem Atomrecht bleiben müssen. Ich halte gar nichts davon, das Thema Asse zum Rechtsstreit zu machen.

Auch für die Abfälle der Asse wird ein Endlager gebraucht. Vorgangene Woche hat Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) mit Vertretern des Bundes und der Länder erneut darüber gesprochen. Wie soll die Suche in der Praxis aussehen?

Wir sind dabei, einen gesetzlichen Verfahrensrahmen mit verschiedenen Stufen zu entwickeln. Zuerst müssen wir die wissenschaftlichen Grundkriterien betrachten wie Wirtsgesteine, die Frage der Rückholbarkeit oder Sicherheitskriterien. Dann sollen Regionen ausgesucht werden, die für eine obertägige Erkundung in Frage kommen. Und unter diesen Standorten werden dann einige ausgewählt, die schließlich unter Tage erforscht werden sollen.

Wie lange kann das dauern?

Das kann man im Moment noch nicht sagen. Aber es wird sicher länger als ein Jahrzehnt in Anspruch nehmen.

Frau Heinen-Esser, Sie planen ein neues Bundesinstitut für Endlagerung. Gibt es dafür nicht schon das Bundesamt für Strahlenschutz?

Es soll eine rein wissenschaftliche Einrichtung werden, in der wir allen Fachverstand bündeln. Das Institut soll den wissenschaftsbasierten Ansatz liefern, auf dem dann die Endlagerentscheidung getroffen wird. Diese Behörde soll weisungsunabhängig arbeiten, damit sie eine klare Basis für die politischen Entscheidungen bietet.

Kritiker sagen, dass damit „durch die Hintertür“ das Bundesamt für Strahlenschutz entmachtet werden soll...

Das BfS arbeitet exzellent. Es geht uns einzig und allein darum, ein Instrument zu haben, in dem wissenschaftliche Expertise gebündelt wird.

Stichwort Gorleben. Die Opposition und Umweltverbände fordern, dass der Standort im niedersächsischen Wendland aus dem Gesetz herausgenommen wird. Er sei mit Vorfestlegungen belastet, so dass eine ergebnisoffene Suche nicht mehr möglich sei.

Wir sind uns einig, dass Gorleben nicht aus politischen Gründen aus dem Prozess herausgenommen werden darf.

Kann man die Bürger eigentlich wirklich an so schwierigen Fragen beteiligen?
Wir benötigen eine klare Öffentlichkeitsbeteiligung. Es ist wichtig, dass alle Entscheidungen nachvollziehbar sind. Die Bürgerbeteiligung bei der Asse ist für mich ein Vorbild, wie es gut funktionieren kann.

All das kostet viel Geld. Frau Heinen-Esser, wer trägt die Kosten und wie werden die großen Energieversorger zur Kasse gebeten?

Bei der Endlagerfrage ist gesetzlich geregelt, dass die Verursacher für die Kosten aufkommen müssen.

Das Interview führte Annette Sach.

Ursula Heinen-Esser (CDU) ist seit dem Jahr 1998 Mitglied des Bundestages. Seit Oktober 2009 ist die 46-jährige gebürtige Kölnerin Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Sie ist Mitglied im CDU-Bundesvorstand.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Angstgegner der Atomwirtschaft: Sigmar Gabriel

Siggi Pop“ wurde er genannt. Damals, als Sigmar Gabriel das neue Amt des Pop-Beauftragten der niedersächsischen SPD bekleidete. Das war von 2003 bis 2005, direkt nach seiner Zeit als Ministerpräsident – und der Tiefpunkt seiner politischen Karriere. 1999 hatte er den Posten des Landeschefs von Gerhard Glogowski übernommen. Damit war er der dritte Ministerpräsident Niedersachsens in nur einer Legislaturperiode. Sein Amt verlor Gabriel schließlich an den jetzigen Bundespräsidenten Christian Wulff (CDU). Ansonsten ging es meistens bergauf. Geboren und aufgewachsen ist Gabriel in einem der wenigen Gebirgszüge des geographischen Grenzland Bundeslandes, im Harz. Unweit der deutsch-deutschen Grenze kam Gabriel 1959 in bescheidenen Goslar zur Welt. Der Vater war aus Schlesien, die Mutter aus Ostpreußen geflüchtet. Als Gabriel gerade einmal drei Jahre alt war, trennten sich die Eltern. Am Ende eines langen Sorgerechtsstreits kamen Gabriel und seine Schwester zur Mutter. Von der habe er das „Gerechtigkeitsgefühl geerbt“, wird Gabriel später sagen. Nicht weit entfernt von seiner Heimatstadt liegt ein weiterer Höhenzug Niedersachsens: die Asse, mit bis zu stolzen 234 Höhenmetern. Weniger bekannt für frische Bergluft als für sein Atommülllager. Seit Mitte der 1960er Jahre dient das ehemalige Salzbergwerk als Lagerstätte für den strahlenden Abfall. Aktuell lagern hier 126.000 Behälter, mitten im Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel, dem Wahlkreis von Sigmar Gabriel. Es ist Deutschlands einziger Bundestagswahlkreis mit gleich zwei um-



»Die Merkel-Koalition fährt die Energiewende vor die Wand.«

strittenen Atommülllagern; denn im Stadtgebiet Salzgitters liegt der Schacht Konrad. Prägend für den SPD-Politiker, der sich der Umweltpolitik verschreibt und den Atomausstieg Deutschlands nicht nur fordert, sondern auch vorantreibt. 2005 wird er Bundesumweltminister im Kabinett Schröder, 2007 fährt er persönlich in die Asse ein. Ein Medienereignis, das er 2012, mittlerweile als SPD-Bundesvorsitzender, erneut inszeniert. Denn das Erkundungsverfahren für die Rückholung der radioaktiven Abfälle ist zeitlich in Verzug geraten. Seine Pressekonferenz trägt den filmreifen Titel „Asse II: 2012 – Das Jahr der Entscheidung“. Heimvorteil. „Die Leute wollen, dass man vor Ort ist“, erklärte er am Freitag im Bundestagsplenum. Sie hätten nur noch „sehr, sehr geringes Vertrauen“ und seien „zornig“, weil nichts geschehe. Umso mehr begrüße er den neuen Lenkungsausschuss. Filmreif sind auch die rhetorisch versierten Auftritte des SPD-Politikers, der als Mitglied der „SPD-Troika“ als einer der potentiellen Kanzlerkandidaten gilt. „Keine Lügen mehr“, forderte er nach

Fukushima von Angela Merkel. Und noch mal: „Keine Lügen.“ Im Juni 2011 beschließt der Bundestag schließlich „seinen“ Atomausstieg. Fehlt nur noch eine geeignete Endlager-Regelung. Für Gabriel keine bloße Altlast, die sich nebenbei regeln ließe, sondern „das größte nukleare Problem, das wir in Deutschland haben und womöglich über Deutschland hinaus“. Vielleicht gerade deshalb nimmt er seine Aufgabe als Oppositionspolitiker mit Leidenschaft wahr. Scharf beobachtet er die Arbeit der Regierung – vor allem ihre Energiepolitik natürlich: „Die Merkel-Koalition fährt die Energiewende vor die Wand“, erhebt er via Facebook den virtuellen Zeigefinger. Das passt, denn in seinem früheren Leben war er Lehrer an einem Goslarer Gymnasium, das er selbst einst als Schüler besucht hatte. Deutsch, Politik und Soziologie hatte er dafür studiert; eine solide Basis für die Politik. Bereits als Schüler trat Gabriel der SPD bei. Das war 1977. Seit 2005 ist er Mitglied des Bundestages, im Vermittlungsausschuss ist er stellvertretendes Mitglied. Die Tage der Sitzungsausschuss beginnt der Seeheimer auf dem Laufband eines Fitnessstudios in Berlin. Ausdruck von Selbstdisziplin, die der Statur nicht unbedingt anzumerken ist. Privat wird Sigmar Gabriel mit seiner Lebensgefährtin bald vor den Traualtar treten; zuvor erwartet das Paar das erste gemeinsame Kind. Für Gabriel sind es die zweite Ehe und das zweite Kind, er hat bereits eine Tochter aus einer früheren Beziehung. Mindestens drei gute Gründe also, sich eine atomenergiefreie Zukunft und eine Regelung für die Endlagerung der radioaktiven Abfälle zu wünschen. Verena Renneberg

DasParlament

Herausgeber **Deutscher Bundestag**
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage **Aus Politik und Zeitgeschichte**
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)
Anschrift der Redaktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de
Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)
Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Monika Pilath (mpi)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)
Fotos
Stephan Roters
Redaktionsschluss
10. Februar 2012

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhseisenstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf
Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de
Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: kortmann@fs-medien.de
Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unerwartete Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.
„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



In Deutschland müssen langfristig rund 310.000 Kubikmeter Atom Müll entsorgt werden. Seit 1977 ist das Erkundungsbergwerk Gorleben als mögliches Endlager dafür in der Diskussion – und bestimmt auch die jetzige Debatte um ein Standortwahlgesetz.

Projekt für die Ewigkeit

ENDLAGER Bund und Länder suchen erstmals gemeinsam nach einer Lagerstätte für atomaren Müll

Die Nachricht versetzte das Dorf in einen Taumel. Im zentralspanischen Villar de Cañas versammelten sich viele der 500 Einwohner in der einzigen Bar und feierten. „Das bringt uns über tausend Jobs“, jubelte Bürgermeister José María Sáiz vergangenen Dezember über strahlende Aussichten: Gerade hatten die Dörfel erfahren, dass bei ihnen ein atomares Zwischenlager gebaut werden soll. Ihre Sause in der Bar schaffte es auf die Titelseiten deutscher Zeitungen, so wunderte man sich über die Reaktion der von Dauerarbeitslosigkeit und Abwanderung geplagten Leute von Villar de Cañas.

In Deutschland würde solch eine Nachricht die Landwirte in ihren Traktoren zu spontanen Protestfahrten treiben. Atom Müll vor der Haustür – auf der Horrorkala deutscher Nachbarn steht diese Vision ganz weit oben. Und sie wird bald noch mehr Dränge umtreiben, im Norden wie im Süden: Bis zum Sommer wollen Bund und Länder sich auf einen Weg einigen, ein Endlager für Atom Müll zu suchen. Über Jahre hinweg werden mehrere Standorte ins Auge gefasst. Darum reißen wird sich niemand. Jetztigen Prognosen nach geht es darum, rund 310.000 Kubikmeter radioaktiven Abfall zu entsorgen. Davon sind 29.000 Kubikmeter hochradioaktiv. Das heißt, es befinden sich Plutonium-239, Uran-235 und Jod-129 darin; Stoffe aus abgebrannten Brennelementen deutscher Kernkraftwerke, die stark radioaktiv und damit hoch lebensfeindlich sind. Die Bundesregierung sieht vor, dieses Gemisch für mindestens eine Million Jahre sicher vor dem Leben zu lagern. Damit steht die Politik in Deutschland, gemeinhin an Zeitkategorien wie vierjährige Legislaturen gewöhnt, vor einem Projekt für die Ewigkeit.

Tickende Zeitbombe Weltweit gibt es bisher kein dauerhaftes Endlager für hoch strahlenden Atom Müll. In Frankreich, Schweden und Finnland sind Anlagen in Planung. Doch die Zeit drängt, das Gift wird nicht weniger. Daher hat die EU-Kommission im Juli 2011 eine Richtlinie beschlossen, wonach alle 14 Kernenergie betreibenden EU-Mitgliedsländer bis 2015 eine Lösung für ihr Müllproblem finden, eine Art Drehbuch der Entsorgung vorlegen sollen. Gelingt dies nicht, drohen Vertragsverletzungsverfahren beim Europäischen Gerichtshof. „Bislang haben Regierungen in Deutschland wie in anderen Ländern das Problem verschleppt“, klagte EU-Energiekommissar Günther Oettinger im vergangenen Sommer gegenüber der Zeitung „Die Welt“. „In Deutschland, aber auch anderswo, wird dieses Problem wie ein Wanderpokal von Regierung zu Regierung weitergegeben, aber niemand kommt einer Lösung näher.“ Mittlerweile hat Berlin reagiert. Ende Januar gelangte ein Arbeitspapier für ein Endlagergesetz von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) an die Öffentlichkeit. Vergangenen Donnerstag traf sich Röttgen erneut mit der Bund-Länderarbeitsgruppe zu diesem Thema. Es gebe nach „jahrzehntelanger Sprachlosigkeit“ jetzt endlich die Chance für die bestmögliche Tiefenlage-

rung, sagte Röttgen. Auch der niedersächsische Umweltminister Stefan Birkner (FDP) zeigte sich optimistisch, dass Bund und Länder bald einen gemeinsamen Gesetzentwurf vorlegen können. Zwar sind bis zum Sommer noch zahlreiche strittige Punkte zu klären. Aber zumindest weist der Entwurf einen Weg aus jener Sackgasse heraus auf, in der sich die Endlagersuche in den vergangenen 30 Jahren in Deutschland befunden hat. Denn mit dem „Standortwahlgesetz“ verabschiedet sich die Bundesregierung von Gorleben als einzig vorhandener Möglichkeit und macht sich auf die Suche nach alternativen Stätten.

Konsens gesucht Eckpunkte des Entwurfs bilden eine Ethikkommission und ein neues Bundesinstitut. Er sieht vor, „in einem wissenschaftsbasierten und transparenten Verfahren“ einen Lagerstandort zu suchen, in einem „nationalen Konsens zwischen Bund und Ländern, Staat und Gesellschaft, Bürgerinnen und Bürgern“. Das neue „Bundesinstitut für Endlagerung“ soll jene Kriterien erstellen, die ein Endlager und eine Standortregion erfüllen müssen. Die abschließende Entscheidung soll bei Bundestag und Bundesrat liegen, ebenso das Votum über den „bestmöglichen“ Standort. Danach erst würde das Genehmigungsverfahren beginnen. In Gorleben hatten Anwohner und Atomkraftgegner immer

kritisiert, sie würden nicht ausreichend über den Fortgang der Erkundungen informiert. Seit den 70er-Jahren lag über dem Salzstock im Wendland ein Klima des Misstrauens. Das Thema Gorleben spaltet die Gesellschaft, hat Michael Sailer Anfang Februar in einem Essay für die „Financial Times Deutschland“ geschrieben. Der Nuklearexperte und Sprecher der Geschäftsführer des Öko-Instituts e.V. weiter: „Fakt ist, dass der Entscheidungsgang für den Standort in den 70er-Jahren nach wie vor nicht transparent und nicht fachlich nachvollziehbar ist.“ Ein Thema, das momentan einen eigenen Bundestagsuntersuchungsausschuss beschäftigt. (Siehe Beitrag rechte unten)

»Es gibt eine weiße Landkarte – kein Tabu.«

Norbert Röttgen (CDU)

ein Standort weniger als 50 Kilometer von einer Grenze entfernt liegen, sollen auch Betroffene im Nachbarland Gehör finden. Die neu zu schaffende Ethikkommission soll alle Schritte mit ihrem Rat begleiten. Richtig mit entscheiden sollen die Bürger aber nicht. „Wenn wir das Gefühl bekämen, das entpuppt sich als Showveranstaltung, wäre das schwierig“, sagt Eveline Lemke, grüne Wirtschaftsministerin in Mainz, die die rot-grüne Haltung bei den Gesprächen koordiniert.

Am vergangenen Donnerstag stand die Achillesferse deutscher Endlagersuche, das Thema Gorleben, offiziell zwar nicht auf der Tagesordnung. Röttgen sagte aber, es solle keinen „politischen Vorab-Ausschluss“ geben. Alle möglichen Standorte sollten gleich behandelt werden. Während Union und FDP den früheren Salzstock generell nicht von vornherein abschreiben wollen, haben sich SPD und Grüne schon gedanklich vom Salzstock verabschiedet – und zeigen sich dennoch uneins. Man habe da einen „klitzekleinen Streit“, bekannte Grünen-Chefin Claudia Roth. Während Umweltverbände und die niedersächsischen Grünen Gorleben ausschließen wollen, tun das die Bundes-Grünen nicht von vornherein. Bei der SPD gibt es ähnliche Tendenzen. Zwar hat der Parteitag im vergangenen Dezember Gorleben zum Tabu erklärt; in einem Beschluss der Bundestagsfraktion heißt es indes: „Die Standortwahl wird nicht vorab beschränkt.“ Die Linke plädiert ebenfalls dafür, auf den Standort Gorleben von vornherein zu verzichten. Die Opposition und Umweltverbände übten an Röttgens bisherigen Plänen heftige Kritik. Der SPD-Umweltexperte Michael Miersch bezeichnete das Verfahren als „nicht akzeptabel“. Er kritisiert unter anderem, dass der Standort Gorleben als „gesetzt“ betrachtet werde.

hohen Wasserzutritts nur bedingt geeignet erscheinen. Im Gegensatz zu den wenig gestörten Graniten Finnlands und Schwedens sind die in Deutschland auftretenden Formationen in Süddeutschland, Sachsen, Thüringen und in der Oberpfalz nach Aussagen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) stärker zer-

schenen Strukturen nicht für eine Endlagerung geeignet. Und im emsländischen Wahn hat sich zum Beispiel die SPD schon im Sommer 2011 positioniert: „Als Emsländer sollten wir jedoch frühzeitig eine erneute Debatte um den Salzstock Wahn als Entsorgungsstandort ablehnen“, schrieb SPD-Landratskandidat Friedhelm Wolski-Prenger in einem offenen Brief. Röttgen dagegen insistiert: „Es gibt eine weiße Landkarte – kein Tabu.“

Vorher sind noch ganz andere, grundsätzliche Fragen der Endlagersuche zu klären: Sollen die Atombehälter so vergraben werden, dass niemand mehr an sie herankommen könnte? Oder sollte man sie doch rückholbar lagern, um kommenden Generationen die Möglichkeit zu geben, auf Grund höheren technischen Wissens den Müll noch besser anzugehen?

Wissenschaft und Politik haben bisher keine eindeutige Antwort gefunden. Wie auch? Die Ewigkeit lässt sich schwer planen. Noch einmal Michael Sailer vom Öko-Institut e.V.: „An welchem Standort auf der Welt hätte ein um das Jahr 1500 errichtetes Zwischenlager auch nur ein, zwei Jahrhunderte überlebt?“ Einfacher sagt es Mikael Jensen von der Strahlenschutzbehörde Schwedens im dänischen Dokumentarfilm „Into Eternity“ auf die Frage nach dem Vermögen, Prognosen über Hunderttausende von Jahren zu treffen: „Die kurze Antwort lautet, dass niemand auch nur das Geringste weiß.“

Jan Rübel

Parlamännchen
Politik für Kinder

Atom Müll

Überall, wo Menschen leben, gibt es Abfälle. Wenn wir eine Banane essen, werfen wir die Schale weg. Wenn wir einen Joghurt essen, schmeißen wir den Becher anschließend in den Müll. Organischer Müll, wie die Bananenschale, verrottet. Abfall wie der Joghurtbecher wird zu neuen Bechern verarbeitet. Aber dann gibt es leider auch noch Müll, der nie verrottet, nicht wiederverwertbar und auch noch sehr schädlich ist. Dazu gehört der Atom Müll, der bei der Stromgewinnung in Atomkraftwerken entsteht. Er strahlt radioaktiv, das heißt, dass unsichtbare Strahlen von ihm ausgehen, die für uns tödlich sind. Und weil dieser Müll nie zu strahlen aufhört, muss man ihn ganz sicher lagern.

klüftet und damit weniger geeignet – was nicht heißt, dass am Ende im Süden keinesfalls ein Endlager entstünde. Landespolitiker indes üben sich schon im Sankt-Florian-Prinzip. „Unsere Generation hat auch die Pflicht, die Endlagerung auf deutschem Boden zu lösen“, sagte der bayerische Umweltminister Marcel Huber (CSU). Jedoch seien aus seiner Sicht die bayeri-

Aussichtsreiche Standorte Die innerparteilichen Debatten haben auch einen finanziellen Hintergrund. Rund 1,5 Milliarden Euro hat die Energiewirtschaft in die Erkundung Gorlebens investiert. Sollte Gorleben aus politischen Gründen gekippt werden, droht eine Debatte über die Rückführung dieser Kosten. „Es gibt bisher keine Erkenntnisse, die Gorleben grundsätzlich als Endlager ausschließen“, formuliert es Wolfram König, Chef des Bundesamts für Strahlenschutz.

Überhaupt zeichnet sich ab, dass die Endlagersuche breiter gefasst werden könnte, als es Röttgens Entwurf bislang umreißt. Die Grünen fordern, bis 2016 deutschlandweit mindestens vier „aussichtsreiche“ Standorte zu identifizieren. Als Endlagermedium kämen nicht nur Salzgestein wie in Gorleben, sondern auch Granit und Ton in Frage. Die übertägige Erkundung lief bis 2020, die untertägige von mindestens zwei der Standorte dann bis 2027. Nach dem Konzept würde der Bundestag den endgültigen Standort 2028 beschließen. Die Inbetriebnahme wäre 2042.

Doch welche Standorte werden in Deutschland zu Kandidaten? In Betracht kämen etwa die Salzstöcke Zwischenahn, Gorleben, Wahn (Hümming) und Wattenkatt – alle in Niedersachsen gelegen. Oder der Salzstock Gülze-Sumte in Mecklenburg-Vorpommern. Bei den Tonformationen konzentrierte sich die Geologen bisher ebenfalls auf norddeutsche Standorte, weil die süddeutschen Formationen entweder in seismisch aktiven Gebieten oder in Karstregionen liegen (Schwäbische Alb), die aufgrund des

Die Lehren aus Gorleben

ATOMMÜLL Ausschuss soll Standort-Entscheidung klären

Es war im Juni 2011, als die Vorsitzende Maria Flachsbarth (CDU) die Sitzung des Ersten Untersuchungsausschusses mit den Worten „und ich begrüße die nicht anwesenden Medienvertreter“ eröffnete – sie blieb bei dieser Wortwahl über mehrere Wochen hinweg. Zwar gab es auf der Tribüne den einen oder anderen Journalisten, aber die Abgeordneten des Gorleben-Ausschusses schmerzt, dass die Öffentlichkeit von seiner Arbeit eher randläufig Notiz nimmt. Im März 2010 hatte der Bundestag mit den Stimmen der Opposition den Untersuchungsausschuss eingesetzt. Die Abgeordneten sollen der Frage nachgehen, ob es bei der Entscheidung der Bundesregierung im Jahr 1983, sich bei der Suche nach einem atomaren Endlager auf den Standort Gorleben zu beschränken, zu politischen Einflussnahmen oder Manipulationen gekommen ist. Vor dem Ausschuss liegt echte Aufklärungsarbeit – auch, um für die aktuelle Endlagersuche aufzuarbeiten, welche Fehler der Vergangenheit besser nicht wiederholt werden sollten. So könnte eine Art Blaupause für Parameter entstehen, die bei der Suche unbedingt eingehalten werden

sollten. Doch erst einmal müssten sich die Abgeordneten auf eine gemeinsame Sicht auf die Historie einigen. Während die Opposition argwöhnt, dass die Eignung Gorlebens bei der Auswahl weniger eine Rolle gespielt hat, weist die Koalition solche Zweifel zurück. Dies ist die vordergründige Konfliktlinie. Die tiefer liegende hat kommende Wahlkämpfe im Blick. SPD und Grüne wollen die atompolitischen Debatten bis hin zu den nächsten Umwängeln treiben, um sich zu positionieren. Den Ausschuss, eigentlich mit Themen der Vergangenheit betraut, benutzen sie als Vehikel. Die Union dagegen spielt auf Abwehr, will Schaden von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) als ehemaliger Bundesumweltministerin abwenden. Über die bisherigen Ergebnisse der Aktenauswertungen und Zeugenbefragungen zeigt man sich uneins. SPD und Grüne werten die Auswahl Gorlebens als politisch motiviert – und sehen den Standort als „verbrannt“ an. Die Union dagegen kommt zum Schluss, für die Entscheidung pro Gorleben sei die Geologie maßgeblich gewesen. Angesichts solcher Umstände wird der Ausschuss noch das ganze Jahr 2012 lang tagen – mindestens.

jr



Ortstermin unter Tage: 2010 besuchten die Mitglieder des Bundestags-Untersuchungsausschusses Gorleben den ehemaligen Salzstock in Niedersachsen.

Umstrittene Beobachtung

INNERES Die Beobachtung von Abgeordneten der Fraktion Die Linke durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) bleibt im Bundestag umstritten. Während im Innenausschuss vergangene Woche aus der Opposition deutliche Kritik an der Praxis des Bundesamtes kam, verteidigte die Bundesregierung das Vorgehen des BfV. Ein Vertreter des Innenministeriums betonte, dass Die Linke vom BfV seit Jahren im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben beobachtet werde. Dies sei durch Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen in der Partei gerechtfertigt. Gleichwohl habe Ressortchef Hans-Peter Friedrich (CSU) eine Überprüfung der Liste der beobachteten Abgeordneten veranlasst. BfV-Präsident Heinz Fromm wies Vorwürfe zurück, seine Mitarbeiter handelten rechtswidrig. „Das BfV hält sich an Recht und Gesetz“, sagte er. Die Rechtsposition des BfV sei vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt worden. Niemand könne von einer Behörde verlangen, Gesetze nicht anzuwenden. Die SPD-Fraktion sagte, es dürfe nur ausnahmsweise und mit guter Begründung zu einer solchen Beobachtung kommen. Die Auflistung von 27 beobachteten Linke-Abgeordneten sei „nicht erklärlich“. Die Linke warf die Frage auf, wie der Begriff „extremistisch“ definiert werde. Kapitalismuskritik sei nicht verfassungswidrig. Die Grünen plädierten für eine gesetzliche Regelung bei der Beobachtung von Abgeordneten durch den Verfassungsschutz und verwiesen auf Überlegungen, dies analog zum Immunitätsrecht bei Strafverfahren zu regeln. Die CDU/CSU-Fraktion gab zu bedenken, dass eine Beobachtung von Abgeordneten zu einer Frage der Mehrheitsverhältnisse würde, wenn ein Bundestagsgremium einer solchen Maßnahme zustimmen müsste. Die FDP-Fraktion argumentierte, für die Entscheidung, ob Abgeordnete zu beobachten sind, habe man das BfV. **sto**



Einsam auf weiter Flur: Es gibt immer weniger Landwirte in Deutschland. Die Reform der Sozialversicherung reagiert darauf.

Drei unter einem Hut

LANDWIRTSCHAFT Die Sozialversicherung für Bauern, Gärtner und Förster wird in einem Bundeträger zusammengefasst

In der Werbung funktioniert es noch immer gut, das bauerliche Idyll. Die Realität der Landwirte in Deutschland ist nicht ganz so idyllisch, ihre Zahl sinkt kontinuierlich. Waren 1950 noch fünf Millionen Menschen auf knapp zwei Millionen Höfen beschäftigt, so kam die Landwirtschaftszählung von 2010 gerade noch auf 300.000 landwirtschaftliche Betriebe. Das waren 6,5 Prozent weniger als 2007. Auf diesen Strukturwandel reagiert die Bundesregierung nun mit einem Gesetz, das die landwirtschaftliche Sozialversicherung in Deutschland umfassend neu strukturiert. Am 9. Februar beschloss der Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (17/7916, 17/8459) in der vom Ausschuss für Arbeit und Soziales geänderter Fassung (17/8616). Es ist nicht die erste Reaktion auf diesen schon lange anhaltenden Wandel. Bereits 2001 verringerte eine Organisationsreform der landwirtschaftlichen Sozialversicherung die ehemals 20 Verwaltungsgemeinschaften auf neun, ohne allerdings die Grundstrukturen zu verändern.

Bund zahlt drauf An der erneuten, diesmal weit umfassenderen Reform scheint mit Blick auf die Zahlen des Bundesrechnungshofes kein Weg vorbei zu führen: Demnach gibt es seit vielen Jahren ein steigendes Ungleichgewicht zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung. So stehen in der Alterssicherung der Landwirte derzeit rund 257.000 Beitragszahlern mehr als 600.000 Rentner gegenüber. Unter anderem um diese Finanzierungslücke zu schließen, schießt der Bund allein 2012 fast vier Milliarden Euro in die Sozialkassen. Das sind 70 Prozent des Agrarhaushaltes insgesamt. Auch bei den Verwaltungsausgaben steht ein großer Apparat immer weniger Klienten gegenüber. Noch heute ist die landwirtschaftliche Sozialversicherung an insgesamt

32 Standorten mit 5.700 Beschäftigten vertreten. Derzeit betreuen zum Beispiel neun landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften 3,5 Millionen Versicherte in der Landwirtschaft. Im Vergleich dazu sind neun gewerbliche Berufsgenossenschaften für 47 Millionen Versicherte zuständig. Das nun beschlossene Gesetz sieht vor, einen Bundeträger als Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts zu errichten. Dieser bundeseinheitliche Träger soll künftig für die Alterssicherung, Unfall-, Kranken- und Pflegeversicherung der Branche zuständig sein und den Titel „Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau“ tragen.

Die bisherigen regionalen Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, die Träger für den Gartenbau und der Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung sollen in den neuen Bundeträger eingegliedert werden. Bisher verhinderte die Abstaffelung der halbparitätischen Arbeitnehmervertretung im Gartenbau zugunsten einer Drittel-Parität schwäche jedoch die Interessen der Arbeitnehmer. Birkwald stellte außerdem die Frage in den Raum, ob ein eigenständiges Alterssicherungssystem für Landwirte angesichts des ungünstigen Verhältnisses zwischen Einzahlern und Empfängern langfristig Bestand haben könne. Friedrich Ostendorff (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte die Regelung, wonach kleine landwirtschaftliche Betriebe höhere Beiträge in die Unfallversicherung entrichten sollen als größere. Dies sei absurd, sagte er. Ferner forderte er, das Beratungsmonopol des Deutschen Bauernverbandes abzuschaffen. Eine Beratung müsse ausschließlich durch Fachleute der LSV erfolgen, da viele Bauern kein Mitglied im Deutschen Bauernverband seien. Auch Ostendorff plädierte für das Ende der Hofabgabeklausel. Diese passe nicht mehr ins Bild einer sich wandelnden Gesellschaft, sagte er. **Claudia Heine**

Fairer Wettbewerb In der Debatte verwies Gitta Connemann (CDU) auf die Notwendigkeit einer Strukturreform angesichts sinkender Beitragszahlen. Ein einheitlicher Bundeträger bedeute mehr Effektivität und die damit einhergehende Schaffung eines neuen Beitragssystems mehr Gerechtigkeit. „Heute wird ein Betrieb je nach Region unterschiedlich zur Kasse gebeten und das trotz gleichen Risikos. Diese schmerzhaften Wettbewerbsverzerrungen können wir nicht länger hinnehmen“, sagte die CDU-Parlamentarierin. Wilhelm Priesmeier (SPD) kritisierte trotz grundsätzlicher Zustimmung zu dem Ge-

setz die Hofabgabeklausel, die seiner Meinung nach ihre agrarpolitische Bedeutung verloren habe. Es könne nicht sein, dass Bauern gezwungen sind, ihren Beruf aufzugeben, um eine Rente zu bekommen, obwohl diese Rente nicht ausreicht und sie eigentlich etwas hinzuverdienen wollen. Für die FDP hob Edmund Peter Geisen hervor, dass der neue Bundeträger auf Basis eines breiten Konsenses zustande gekommen sei und dem Strukturwandel gerecht werde. Im Gegensatz zu Priesmeier verteidigte er jedoch die Hofabgabe. Deren Abschaffung würde das Ende der eigenständigen Alterssicherung für Landwirte bedeuten, argumentierte Geisen.

Kritik an Monopolstellung Auch Matthias W. Birkwald (Die Linke) bestätigte den Reformbedarf in diesem Bereich. Zwar sei es richtig, die Beitragszahlungen an die Berufsgenossenschaften zu vereinheitlichen. Die Abschaffung der halbparitätischen Arbeitnehmervertretung im Gartenbau zugunsten einer Drittel-Parität schwäche jedoch die Interessen der Arbeitnehmer. Birkwald stellte außerdem die Frage in den Raum, ob ein eigenständiges Alterssicherungssystem für Landwirte angesichts des ungünstigen Verhältnisses zwischen Einzahlern und Empfängern langfristig Bestand haben könne. Friedrich Ostendorff (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte die Regelung, wonach kleine landwirtschaftliche Betriebe höhere Beiträge in die Unfallversicherung entrichten sollen als größere. Dies sei absurd, sagte er. Ferner forderte er, das Beratungsmonopol des Deutschen Bauernverbandes abzuschaffen. Eine Beratung müsse ausschließlich durch Fachleute der LSV erfolgen, da viele Bauern kein Mitglied im Deutschen Bauernverband seien. Auch Ostendorff plädierte für das Ende der Hofabgabeklausel. Diese passe nicht mehr ins Bild einer sich wandelnden Gesellschaft, sagte er. **Claudia Heine**

Infos zur landwirtschaftlichen Sozialversicherung unter: www.lsv.de

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Kritik an 50-Prozent-Klausel

ARBEIT UND SOZIALES Die Vorschläge der Opposition, die 50-Prozent-Klausel im Tarifvertragsgesetz zu ändern, stoßen bei Experten auf ein weitgehend positives Echo. Das wurde in einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales deutlich, die sich vergangene Woche mit drei Anträgen der Opposition (17/8459, 17/8148, 17/4437) zum Tarifsysteem befasste. Die 50-Prozent-Klausel im Tarifvertragsgesetz besagt, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales Tarifverträge auf Antrag der Tarifparteien für allgemeinverbindlich erklären kann, wenn erstens ein öffentliches Interesse daran besteht und zweitens die tarifgebundenen Arbeitgeber mindestens die Hälfte aller unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fallenden Personen beschäftigen. SPD, Linke und Grüne wollen dieses System der Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) reformieren, um in mehr Branchen als bisher Mindestlohnstandards beziehungsweise Mindestlöhne durchzusetzen.

Der Arbeitsrechtler Ralf Wank sagte, angesichts der ständig abnehmenden Tarifbindung sei eine Senkung dieses Schwellenwertes auf beispielsweise 40 Prozent, wie es die Grünen vorschlagen, angebracht. Auch Franz-Josef Düwell, bis 2011 Vorsitzender des 9. Senats des Bundesarbeitsgerichts, machte einen erheblichen Reformbedarf bei den Regelungen der AVE aus. Derzeit seien nur etwa 0,65 Prozent aller Tarifverträge allgemeinverbindlich, rechnete er vor. Sie erfüllten demnach für den Arbeitsmarkt nur eine marginale Funktion. Das 50-Prozent-Quorum sollte nach Ansicht Düwells für den Erlass einer Rechtsverordnung keine Voraussetzung sein. Ein zahlenmäßig festgelegtes Quorum führe immer nur zu Rechtsstreitigkeiten, argumentierte er. Florian Rödl, Arbeitsrechtler aus Frankfurt am Main, sagte, es sei dringend geboten, das 50-Prozent-Quorum zugunsten der Repräsentativität abzulösen und verwies, wie Düwell, auf „erstaunliche Schwierigkeiten“ bei der Handhabung aus juristischer Sicht. **che**

»UN-Konvention schlecht umgesetzt«

FAMILIE Das Deutsche Institut für Menschenrechte moniert die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland. Der Institutsmitarbeiter Hendrik Cremer begrüßte es am vergangenen Mittwoch vor dem Familienausschuss zwar ausdrücklich, dass Deutschland seine Vorbehaltserklärung im Juli 2010 zurückgenommen hat. Allerdings habe sich in der Praxis seitdem nichts geändert. Deutschland hatte mit seiner Vorbehaltserklärung ausländerrechtlichen Bestimmungen ursprünglich Vorrang vor Teilen der Konvention eingeräumt. Konkret forderte Cremer von den Abgeordneten Nachbesserungen für Kinder im Asyl- und Aufenthaltsrecht. Gemäß der UN-Konvention seien alle Menschen bis zum Erreichen der Volljährigkeit als Kinder anzusehen. Doch gerade 16- bis 17-Jährige würden von den deutschen Behör-

den all zu oft wie Erwachsene behandelt. Besonders gravierende Probleme benannte Cremer beim Umgang mit unbegleiteten Kindern, das heißt Kindern, die ohne volljährige Familienmitglieder nach Deutschland kommen. Es stehe im klaren Widerspruch zu Artikel 20 der Konvention, wenn diese in Sammel- oder Massenunterkünften untergebracht werden. Sie seien vielmehr in einer Pflegefamilie oder einer anderen kindgerechten Unterkunft zu betreuen. Unterstützung bekam Cremer für seine Kritik von Seiten der Oppositionsfraktionen. Den Verweis der CDU/CSU auf die Aufgaben der Länder und Kommunen in diesem Bereich wollte Cremer nicht gelten lassen. Die völkerrechtlich bindende Konvention nehme aus gutem Grund keine Rücksicht auf die föderale Ordnung. Der Bund müsse ihr Geltung verschaffen. **aw**

Verbesserungen für Ehrenamtliche

PETITIONEN Der Petitionsausschuss spricht sich für eine Verbesserung der Aufwandsentschädigung sowie des Steuerfreibetrages für ehrenamtliche Betreuer „im Rahmen des finanziell Machbaren“ aus. Der Ausschuss beschloss am vergangenen Mittwoch einstimmig, eine entsprechende Petition den zuständigen Bundesministerien als Material zu überweisen und den Fraktionen zur Kenntnis zu geben. In der Eingabe wird die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Betreuung und die Anpassung des Steuerfreibetrages gefordert. Der Petent begründet sein Anliegen unter anderem damit, dass die Arbeit ehrenamtlicher Betreuer mehr gewürdigt werden müsse. Mit einer Erhöhung der Aufwandsentschädigung könne das Engagement der ehrenamtlichen Betreuer deutlich unterstützt werden, heißt es in der Petition. Betreuer könnten

durch größeren finanziellen Rückhalt letztendlich mehr leisten, da sie sich selbst weniger um ihren Lebensunterhalt kümmern müssten. Zudem sei es an der Zeit, die Regelung über die Aufwandsentschädigungen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation anzupassen, fordert der Petent. Für den Petitionsausschuss steht es „außer Frage, dass die ehrenamtlichen Betreuer bei ihrer Tätigkeit ausreichend unterstützt werden“ müssen, heißt es in der Begründung zur Beschlussempfehlung des Ausschusses. Derzeit hätten die Betreuer die Wahl zwischen dem konkret im Einzelnen zu berechnenden Aufwandsersatz oder einer pauschalen Aufwandsentschädigung, schreibt der Ausschuss. Diese betrage seit dem 1. Juli 2004 jährlich 323 Euro. Bis zu einer Höhe von 500 Euro sei die Aufwandsentschädigung steuerfrei. **hau**

Mehr Schutz für Künstler

REFORM Opposition will Arbeitslosenversicherung umbauen

Fast zeitgleich mit der Eröffnung der Berlinale, diesem glamourösen Filmfestival in Berlin, debattierten der Bundestag über die Kehrseite der Glitzerwelt. Zumindest indirekt. Denn es ging in dieser arbeitsmarktpolitischen Debatte am 9. Februar natürlich nicht um die Filmwelt, sondern um die prekäre Situation von kurzzeitig Beschäftigten. Und darunter finden sich, abseits der roten Teppiche, viele Künstler, auch Schauspieler. Ihre oft unterbrochene, projektgebundene Arbeitsweise erschwert es ihnen, genügend Ansprüche für den Bezug von Arbeitslosengeld zu erwerben. Die Folge: Sie zahlen zwar Geld in die Arbeitslosenversicherung ein, rutschen aber bei Arbeitslosigkeit dennoch oft sofort in den Hartz-IV-Bezug. Für Angelika Krüger-Leißner (SPD) ist das ein „sozialpolitischer Skandal“, der nicht nur eine Randgruppe betrifft. Für 25 Prozent der Beschäftigten hat die Arbeitslosenversicherung ihre Schutzfunktion verloren“, empörte sie sich.

Mit dieser Empörung ist sie nicht allein. Sowohl SPD, als auch Bündnis 90/Die Grünen und die Linke haben Anträge (17/8574, 17/8579, 17/8586) vorgelegt, in denen sie sich für leichtere Zugangsbedingungen zur Arbeitslosenversicherung einsetzen. Unter anderem geht es um eine Verlängerung der Rahmenfrist, innerhalb derer die zwölfmonatige Anwartschaftszeit für den Bezug von Arbeitslosengeld erfüllt sein muss. Carsten Linnemann (CDU) nannte die Behauptung über die fehlende Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung „abstrus“. Er verwies auf die seiner Ansicht nach positiven Entwicklungen in der Arbeitsmarktpolitik. Gleichwohl müsse man in bestimmten Sonderfällen nachbessern, sagte er. Sabine Zimmermann (Die Linke) betonte, es gehe nicht um eine Berufsgruppe, sondern um ein allgemeines Problem. Sie warf SPD und Grünen vor, in ihrer Regierungszeit die Weichen auf dem Arbeitsmarkt in eine „völlig falsche Richtung“ gestellt zu haben.

Für Johannes Vogel (FDP) muss es darum gehen zu überlegen, wie man den Betroffenen eine längerfristige Perspektive auf dem Arbeitsmarkt gibt. Dies löse man aber nicht im Rahmen der Arbeitslosenversicherung, sagte er. Brigitte Pothmer (Grüne) warf der Regierung vor, an den Sonderregelungen für Kurzezeitbeschäftigte festzuhalten, obwohl diese offensichtlich unwirksam seien. Nötig seien nun „praxistaugliche Regelungen“, forderte Pothmer. Die Debatte geht nun in den Ausschüssen weiter. **che**

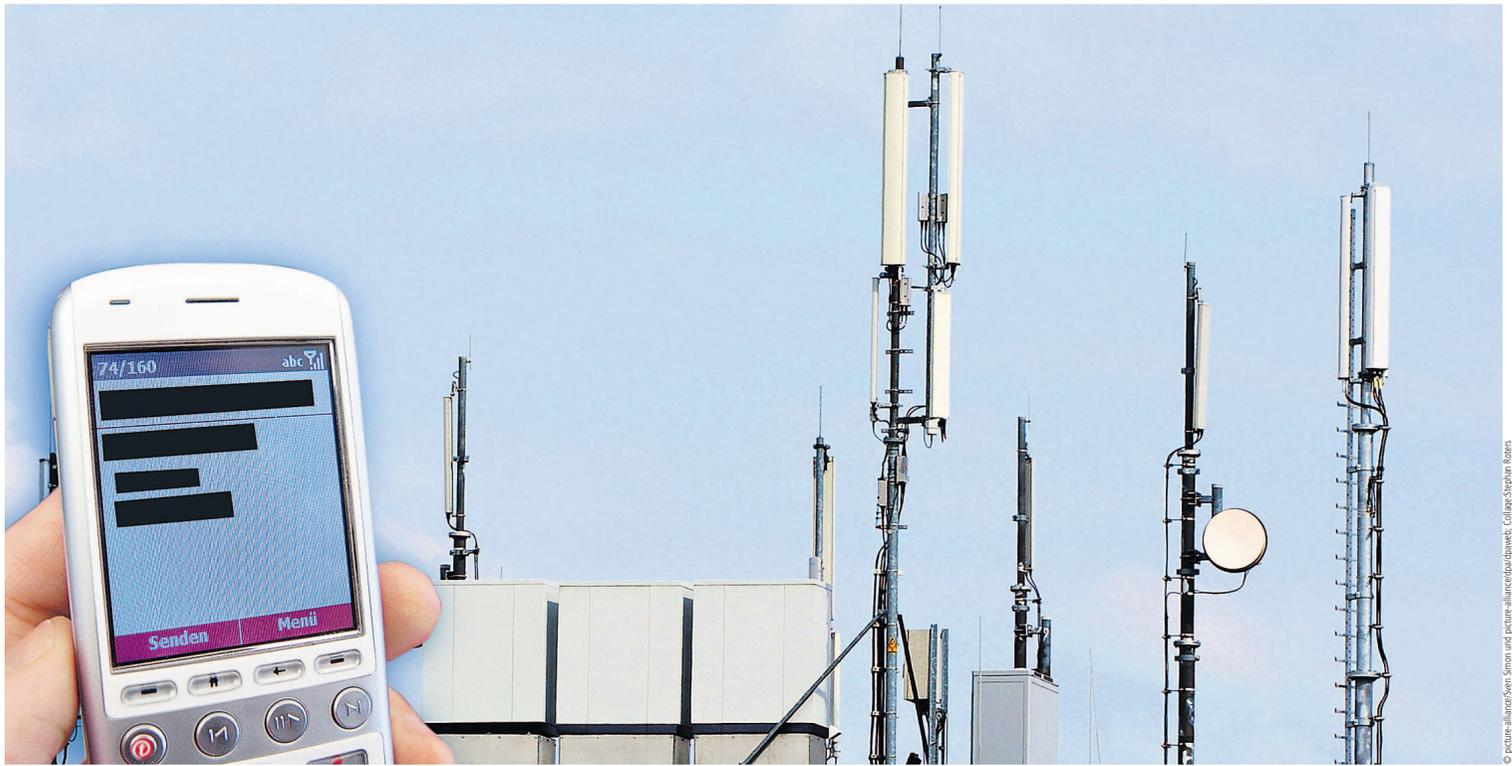


Arbeitslos und sofort auf Hartz IV? Keine Seltenheit

Linke-Vorstoß zu Implantaten

GESUNDHEIT Die Linksfraktion fordert Konsequenzen aus dem Brustimplantate-Skandal. In einen Antrag (17/8581), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag erstmals beriet, verlangen die Abgeordneten, dass Betroffene die operative Entfernung fehlerhafter Brustimplantate nicht aus eigener Tasche bezahlen müssen. Dazu soll den Angaben zufolge ein Paragraf im Fünften Sozialgesetzbuch abgeschafft werden, der die gesetzlichen Krankenkassen verpflichtet, die Versicherten bei Folgebehandlungen von Schönheitsoperationen „in angemessener Höhe an den Kosten zu beteiligen“. Laut Linksfraktion soll die Bundesregierung regeln, „dass künftig weder die Betroffenen noch die gesetzliche Krankenversicherung aufgrund von medizinisch notwendigen Folgebehandlungen von Schönheits-OPs finanziell belastet werden“. Die Linke schreibt in ihrem Antrag, wer als Folge medizinisch nicht notwendiger ästhetischer Operationen, Tätowierungen oder Piercings medizinisch behandelt werden muss, werde von seiner Krankenkasse nach derzeit geltendem Recht an den Kosten der Behandlung beteiligt. Diese Selbstverschuldens-Regel hätten die Fraktionen von Union und SPD im Jahr 2007 gemeinsam geschaffen. Für privat Krankenversicherte gelte diese Regel nicht, heißt es in dem Antrag weiter. Die privaten Krankenversicherungen zahlen nach Darstellung der Linkspartei „sogar die Einsetzung eines neuen Implantats“.

mpi



Bei einer Funkzellenabfrage wird jeder erfasst, der in zeitlicher und räumlicher Nähe rund um einen bestimmten Sendemasten mit seinem Handy auf Empfang war.

Immer mehr Pflegebedürftige

UNTERRICHTUNG Derzeit erhalten rund 2,42 Millionen Menschen Leistungen aus der Pflegeversicherung. Wie aus dem Fünften Bericht über die Entwicklung der Pflegeversicherung hervorgeht, der jetzt als Unterrichtung der Bundesregierung (17/8332) vorliegt, betrifft dies zirka 2,29 Millionen Menschen in der sozialen und rund 142.000 Menschen in der privaten Pflegeversicherung. Dem Bericht zufolge bekamen insgesamt rund 1,67 Millionen Pflegebedürftige ambulante Leistungen, 750.000 Pflegebedürftige waren vollstationär untergebracht. In dem Bericht heißt es weiter, aufgrund der demografischen Entwicklung nehme die Zahl der Pflegebedürftigen zu. Im Jahr 2010 habe der Anstieg rund 2,4 Prozent betragen. Wie aus der Vorlage hervorgeht, waren Ende 2010 in der sozialen Pflegeversicherung von den ambulanten Pflegebedürftigen rund 968.000 oder 61,3 Prozent der Pflegestufe Eins (erhebliche Pflegebedürftigkeit) zugeordnet. In der Pflegestufe Zwei (schwere Pflegebedürftigkeit) waren laut Regierung rund 472.000 Menschen (29,9 Prozent). Der Pflegestufe Drei (schwerste Pflegebedürftigkeit) seien rund 138.000 Menschen zugeordnet gewesen. Von den vollstationär versorgten Personen seien Ende 2010 rund 291.000 Menschen (41 Prozent) in Pflegestufe Eins, 279.000 (39,3 Prozent) in Pflegestufe Zwei und 140.000 (19,7 Prozent) in Pflegestufe Drei eingruppiert gewesen, schreibt die Regierung. Sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich sei der Anteil der zu Pflegenden in Pflegestufe Eins gestiegen. Wie aus der Unterrichtung hervorgeht, bezogen Ende 2010 in der privaten Pflegeversicherung rund 99.000 Menschen ambulante und rund 43.000 Menschen stationäre Leistungen.

mpi

Digitale Anwesenheitslisten

STRAFVERFOLGUNG Experten uneinig über massenweise Sammlung von Handydaten per Funkzellenabfrage

Erheblicher Eingriff in Grundrechte wie die Presse- und Versammlungsfreiheit oder notwendige Ermittlungsmaßnahmen zum Schutz und Wohl der Bürger? Die sogenannte Funkzellenabfrage (FZA) ist spätestens seit einem Jahr heftig umstritten, als die Dresdener Polizei bei Anti-Neonazi-Protesten massenhaft Handydaten für ihre Ermittlungen sammelte. Die sogenannte Handydatenaffäre war bereits Anfang Juli vergangenen Jahres unter dem Titel „Einschränkung des Versammlungsrechts durch Massenfunkzellenabfrage“ in einer aktuellen Stunde im Bundestag. Vergangene Woche diskutierten neun Experten in einer öffentlichen Anhörung des Rechtsausschusses die FZA. Eine Funkzelle ist der Bereich, in dem das von einem Sendemast eines Mobilfunknetzes ausgehende Signal empfangen wird. Im Gegenzug sendet auch das jeweilige Mobiltelefon ständig Signale, so dass die Funkzellen „wissen“, wo es sich befindet. Somit ist jedes Handy einer Funkzelle zuzuordnen und der Besitzer leicht zu ermitteln.

Moderne Rasterfahndung Bei einer Funkzellenabfrage werden die Mobilfunkbetreiber von Polizei oder Staatsanwaltschaft infolge von Straftaten aufgefordert, sämtliche Verkehrsdaten mit Bezug zu Tatzeit und Tatort den Ermittlern mitzuteilen. Folglich gerät erst einmal jeder, der zur Tatzeit in der Nähe des Tatorts gewesen ist, ins Visier der Ermittler. Die Funkzellenabfrage ist somit ein modernes Mittel der Rasterfahndung. Während der Proteste in Dresden im Februar 2011 waren

mehr als eine Million Handy-Verbindungsdaten Tausender Demonstranten, Anwohnern, Journalisten und Politikern erfasst und gespeichert worden. Damals hatten Linksextremisten massive Straftaten verübt, darunter Gewalt gegen Polizisten.

Die Linke fordert Abschaffung Grundlage der Anhörung vergangene Woche waren zwei Gesetzentwürfe der Opposition, darunter der Gesetzentwurf zur Änderung der Strafprozessordnung (17/7335) der Linksfraktion. Die Abgeordneten wollen die Möglichkeit der Funkzellenabfrage durch Ermittlungsbehörden komplett abschaffen. Eine entsprechende Vorschrift aus der Strafprozessordnung, nach der im Falle einer Straftat von „erheblicher Bedeutung“ eine solche Maßnahme zum Einsatz kommen kann, solle gestrichen werden, heißt es in dem Entwurf. Der „Dresdner Datenskandal“, schreibt Die Linke, verdeutliche, dass es im Hinblick auf die Streubreite und die damit verbundenen schweren Eingriffe in die Grundrechte Unbeteiligter nicht ausreiche, „legislativ Sicherungen“ einzubauen, die ihre Benutzung erträglich machen. Erforderlich sei vielmehr die ersatzlose Streichung dieser Maßnahme aus dem Katalog möglicher Verfolgungsinstrumente. In der Anhörung diskutierten die Sachverständigen zudem den Gesetzentwurf (17/7033) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie geht in ihren Forderungen nicht ganz so weit wie ihre Oppositionskollegen von der Linksfraktion: Nach Meinung der Grünen soll die Funkzellenabfrage als Ermittlungsmittel „grundgesetzkonform und rechtsstaatlich“ reguliert werden. Der Entwurf sieht vor,

die richterliche Begründungspflicht auszuweiten, um Eingriffe in das Grundrecht zu begrenzen. Wilhelm Achelpöhl von der Deutschen Anwaltsverein befand in der Anhörung, dass der „Vorschlag der Grünen in die richtige Richtung“ gehe, allerdings „nicht weit genug“. Insofern halte er den Entwurf der Links-

schritt in die richtige Richtung“. Allerdings wertete er den Entwurf der Linksfraktion nicht als zukunftsweisend. Im Gegenteil: Er halte die Funkzellenabfrage an sich für akzeptabel, sagte Bannasch. Ulf Buermann, Richter am Landgericht Berlin, betonte, dass seiner Ansicht nach die ak-

che Täter zu kommen. Derartige Vorkommnisse müssten künftig ausgeschlossen werden. Bisher handle es sich um „einen verdachtslosen Grundrechtseingriff mit großer Streubreite“. Thomas Giesen, Rechtsanwalt aus Dresden, steht eigenen Angaben zufolge „beiden Entwürfen kritisch gegenüber“. Keiner der beiden Vorstöße sei weiter zu verfolgen, beide seien „schädlich“, sagte er.



Die Funkzellenabfrage während der Protestdemonstrationen gegen einen Neonazi-Aufmarsch in Dresden vor einem Jahr sorgt auch im Bundestag für Diskussionen.

fraktion „für die beste Lösung“, denn eine Funkzellenabfrage bei Demonstrationen käme einer digitalen „Anwesenheitsliste“ gleich. Auch Bernhard Bannasch, Referatsleiter Justiz, Sicherheit, Grundsatzfragen beim Sächsischen Datenschutzbeauftragten in Dresden, sah im Entwurf der Grünen-Fraktion nur „ei-

ntuelle Gesetzgebung den verfassungsrechtlichen Ansprüchen nicht gerecht wird. Es nehme in Kauf, „dass Richter Fehlentscheidungen treffen“. Der Berliner Rechtsanwalt Johannes Eisenberg merkte an, dass es nicht zulässig sei, potenzielle Zeugen per Funkzellenabfrage zu ermitteln, um an Informationen über mög-

Schädigung des Ansehens Sowohl Hans Strobl, Leitender Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Leipzig, als auch Stefan Studenroth, Oberstaatsanwalt und Leiter Betäubungsmittel/Organisierte Kriminalität der Staatsanwaltschaft Göttingen, betonten, dass auch das Ansehen der Justiz in der Öffentlichkeit zu berücksichtigen sei. „Man müsste auch mal Vertrauen in die Justiz haben, denn ich denke, sie hat es verdient“, sagte Strobl. Der Oberstaatsanwalt Robert Schnabel von der Generalstaatsanwaltschaft München resümierte, dass beide Gesetzentwürfe seiner Meinung nach „erhebliches Misstrauen gegenüber Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten erkennen lassen“, welches jedoch keinesfalls gerechtfertigt sei. Die Aufklärung von Straftaten würde so in den Hintergrund gerückt werden.

Die Handydatenaffäre fährt sich dieser Tage erstmalig. Demonstrationen werden auch im Februar diesen Jahres gegen rechtsextreme Aufmärsche anlässlich der Zerstörung Dresdens durch anglo-amerikanische Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg stattfinden. Eine grundsätzliche Entscheidung zur Zukunft der Funkzellenabfrage wird bis dahin sicher nicht fallen.

Verena Renneberg

15 Jahre Haft für Genitalverstümmelung

JUSTIZ Debatte über höheres Strafmaß zum Schutz von Frauen und Mädchen

Genitalverstümmelung soll nach dem Willen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausdrücklich als schwere Körperverletzung im Strafgesetzbuch geregelt werden. Damit würde die Höchststrafe 15 Jahre betragen, wenn die Tat absichtlich oder zumindest wissentlich herbeigeführt wird, heißt es in einem Gesetzentwurf der Fraktion (17/4759), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag erstmals debattierte. Redner aller Fraktionen vertraten unisono die Auffassung, dass Mädchen und Frauen in Deutschland bestmöglich vor der ungewollten Beschneidung geschützt werden müssen. Bei der Genitalverstümmelung handelt es sich zumeist um Eingriffe an den weiblichen Genitalien, die an Mädchen zwischen dem siebten Lebensjahr und dem 18. Lebensjahr vorgenommen werden. Dabei werden wesentliche Teile der Sexualorgane beschädigt, in der Regel sogar entfernt. Nach Schätzung der Frauenrechtsorganisation „Terre des Femmes“ leben etwa 18.000 von Genitalverstümmelung betroffene und weitere 5.000 gefährdete Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland. „Terre des Femmes“ hatte im Vorfeld der Debatte die Bundesregierung aufgefordert, eine entsprechendes Gesetz zum Schutz der Frauen vorzulegen. „Zu-



Aktion gegen Genitalverstümmelung

© picture-alliance/Stephan Rott

„Der Schmerz war so furchtbar, dass ich nur noch sterben wollte“, zitierte die FDP-Abgeordnete Marina Schuster eine Passage aus „Die Wüstenblume“, der Autobiografie des somalischstämmigen Modells Waris Dirie. Für die Fraktion der Antragsteller sprach Monika Lazar. „Weder Religion, noch Kultur schreiben die Geschlechtsverstümmelung vor“, begründete sie die Forderung nach einer Verschärfung des Strafmaßes. Durch Flucht und Migration sei die Geschlechtsverstümmelung „auch in der EU angekommen“. Es handle sich um eine schwere Menschenrechtsverletzung, für die in Deutschland kein Platz sein dürfe. „Die Mädchen und Frauen sind auf uns angewiesen“, appellierte sie an das Plenum. Auf die physischen und psychischen Folgen für die Frauen ging Sonja Steffen von der SPD-Fraktion eindringlich ein: „Blutverlust, Organversagen, Totgeburten“ seien nur einige der „weitreichenden Folgen für Leib, Leben und Würde der Frauen“. Dass die Frauen durch diese Maßnahme bewusst unterworfen werden sollten, indem sie „ihre sexuelle Selbstbestimmtheit und einen Teil ihrer Persönlichkeit“ verlieren, ergänzte die Abgeordnete der Linksfraktion, Yvonne Ploetz. Abschließend wurde der Gesetzentwurf zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen.

ver

Schärfere Meldepflichten beschlossen

GESUNDHEITSVORSCHRIFTEN Bundestag zieht Konsequenzen aus EHEC-Epidemie

Die Bürger sollen künftig wirksamer vor Epidemien geschützt werden. Der Bundestag beschloss dazu am vergangenen Donnerstag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/7576, 17/8615). Mit dem Gesetz wird Deutschland die Umsetzung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) neu regeln. Erklärtes Ziel ist es, eine grenzüberschreitende Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern. Mit dem Gesetz werden auch für Mumps, Röteln, Windpocken und Keuchhusten neue Arzt- und Labormeldepflichten eingeführt. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) sagte in der Debatte, bei zwei Milliarden Flugreisen pro Jahr blieben Epidemien nicht auf eine Region beschränkt. Auch angesichts des immer schnelleren Austausches von Handelsgütern breiteten sich Krankheitserreger rascher aus. Mit den IGV gebe die internationale Gemeinschaft darauf eine Antwort. Die „gute Nachricht“ für die Bevölkerung sei, dass Deutschland für globale Gefahren von Pandemien nunmehr besser gerüstet sei.

Fristverkürzung Zudem werde auf die EHEC-Epidemie des vergangenen Jahres reagiert. Mehr als 4.000 Menschen hatten sich mit dem gefährlichen Erreger infiziert,

50 starben. „Die Zahlen der Neuinfektionen kamen zu spät“, kritisierte Bahr den damaligen Informationsfluss zum Robert-Koch-Institut (RKI). Deshalb werde die Frist für die Meldung von heute 16 auf höchstens vier Tage verkürzt. Das RKI ist die zentrale Einrichtung der Bundesregierung zur Krankheitsüberwachung und -prävention. Die Opposition begrüßte im Grundsatz die Verkürzung der Meldefristen. Dem Entwurf zufolge muss zunächst das zuständige Gesundheitsamt innerhalb von 24 Stunden über die Diagnose einer meldepflichtigen Erkrankung informiert werden – etwa von einem Krankenhaus, das eine solche Erkrankung feststellt. Die SPD-Fraktion kritisierte, die Verkürzung der Meldefrist für Infektionskrankheiten auf den nächsten Arbeitstag sei bei einem Zusammentreffen mit Feiertagen immer noch zu lang. Moderne Kommunikationsmittel erlaubten durchaus eine kürzere Fristsetzung. Die Änderungen reichten nicht aus, sagte die SPD-Gesundheitsexpertin Bärbel Bas. Dagegen betonte die CDU-Abgeordnete Karin Maag, die Koalition habe das „Mögliche für eine Schadensminderung“ im Falle eines Epidemieausbruchs getan. Die IGV sind laut Regierung das zentrale Rechtsinstrument der WHO. Die drei Rechtsverordnungen, die zur Umsetzung

der IGV aus dem Jahr 1969 erlassen worden waren, seien überholt und würden nun durch ein einheitliches Gesetz abgelöst. Die neuen Vorschriften beziehen sich etwa auf die Schaffung von Kapazitäten für den öffentlichen Gesundheitsschutz in Flughäfen und Häfen. Vorgesehen sind dafür die Flughäfen Berlin-Brandenburg, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg und München sowie die Häfen in Bremen, Bremerhaven, Hamburg, Kiel, Rostock und Wilhelmshaven. Der FDP-Abgeordnete Jens Ackermann sagte, die „Kapazitäten für den Ernstfall“ müssten nun bis Mitte des Jahres eingerichtet werden.

„Wenig Unsinn“ Die Linksparteiarierin Kathrin Vogler, sagte, der schwarz-gelbe Gesetzentwurf enthalte „ausnahmsweise so wenig Unsinn“, dass die Opposition „nicht dagegen stimmt“. Leider habe es die Bundesregierung aber versäumt, klare Vorsorge gegen die von Atomtransporten auf See ausgehenden Gesundheitsgefahren zu treffen. Der Grünen-Abgeordnete Harald Terpe bemängelte, das geplante Modellprojekt zur Optimierung der elektronischen Meldewege sei zu wenig ambitioniert. Es gehe nicht darum, „ob wir elektronische Medien benutzen, sondern wie und wie schnell wir sie benutzen“, betonte Terpe.

Monika Pilath

Die Zahl wirkt alarmierend. 846 Verletzte hat es nach Aussage der Polizei im Jahr 2011 durch Gewalt in Fußballstadien gegeben – ein Rekordwert. Im Oktober des vergangenen Jahres konnten die Fernsehzuschauer live miterleben, wie Fans von Dynamo Dresden beim DFB-Pokalspiel in Dortmund randalierten und Leuchtraketen zündeten. Anfang dieses Jahres musste ein Hallenturnier in Hamburg abgebrochen werden, weil es zu einer Massenschlägerei zwischen unterschiedlichen Fangruppen kam. Ereignisse wie diese haben die Sportpolitik des Bundestages veranlasst, sich Expertenrat zu holen. Die Fragestellung bei der öffentlichen Anhörung vergangene Woche lautete daher: Was kann gegen die Gewalt in und um Fußballstadien unternommen werden? Um es vorwegzunehmen: Die berühmte Antwort auf den Silberblett gab es nicht.

Miteinander sprechen „Mehr Pädagogik“, forderte Heribert Bruchhagen, Vorstandsvorsitzender von Eintracht Frankfurt, der aber auch einräumte: Je tiefer man in die Materie eindringt, desto ratloser werde man. Finanziell besser ausgestattete Fanprojekte könnten als „Brückenbauer“ fungieren, regte Michael Gabriel von der Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS) an. Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Bernhard Witthaut, forderte, Gewalttäter müssten „dauerhaft vom Fußball isoliert werden“. Holger Hieronymus von der Deutschen Fußball Liga (DFL) mahnte eine Versachlichung der Diskussion an und forderte eine differenzierte Betrachtung: „Die Begriffe Gewalt, Fans und Fußball dürfen nicht in einen Topf geworfen werden.“ Einig waren sich die Experten in der Forderung nach einer Intensivierung des Dialogs. Dieser müsse miteinander statt übereinander geführt werden, sagte Ben Praße vom vereinsübergreifenden Fan-Zusammenschluss „Unsere Kurve“. Dass beim Zusammenspiel zwischen Fan-Vertretern und der Polizei noch Luft nach oben ist, wurde im weiteren Verlauf der Anhörung deutlich. So räumte KOS-Leiter Gabriel zwar ein, dass es ein Problem mit Gewalt im Fußball gebe, was auch damit zu tun habe, dass sich die Gewalt durch sogenannte Ultras in die Fan- und damit in die Stadien zurückverlagert habe. Zugleich wandte er sich gegen „Law-and-Order“-Maßnahmen wie den Einsatz von Gesichtsscannern und die Brandmarkung von Rädelführern. Das könne zu einem Zusammenschluss und einer Radikalisierung der gesamten Fan-Szene führen.

Stadionverbote umstritten Wie Gabriel lehnte auch Ben Praße Stadionverbote ab, da sie noch immer ohne Anhörung der Betroffenen verhängt würden und die Gewalt lediglich aus den Stadien in den öffentlichen Raum verlagerten. Polizeivertreter Witthaut stellte hingegen nüchtern fest, „dass es Menschen mit Freude an der Gewalt gibt“. Seiner Ansicht nach haben sich Stadionverbote bewährt, wenngleich sie konsequenter durchgesetzt werden müssten. Auch die Frage, was der Auslöser für die Gewalt zwischen Fans und Polizei ist, wird unterschiedlich beurteilt. So sagte Fan-Koordinator

Zum Prügeln ins Stadion

FUSSBALL Der Sportausschuss ging Problemen im Kampf gegen Gewalt von Fans nach. Patentrezepte gibt es nicht



Verbotene Pyrotechnik: Kölner Fans brennen im vergangenen Herbst im Leverkusener Stadion Feuerwerkskörper ab.

nator Gabriel, dass sich die großen Fan-Organisationen schon heute von Gewalt distanzieren. Angesichts des oft als unangemessen empfundenen Auftretens der Polizei komme es dann aber doch immer wieder zu Gewalt. Polizeivertreter Witthaut gab den Schwarzen Peter zurück. Wenn Fan-Beauftragte mit der Polizei getroffene Absprachen nicht einhielten, „gehen die Kollegen schon mal etwas nachhaltiger vor“. Aus Sicht von Eintracht-Frankfurt-Chef Bruchhagen ist mit repressiven Methoden jedoch nichts zu erreichen. Die Fan-Gruppen müssten sich „aus sich selbst bereinigen“, forderte er. Drakonische Strafen imponierten nicht. Er habe die Erfahrung ge-

macht, dass ein Stadionverbot nicht als Makel, sondern als eine Auszeichnung unter Jugendlichen bewertet werde. Seine Forderung lautete: „Wir brauchen eine permanente Kommunikation.“

Disput um Pyrotechnik In der Ablehnung von Pyrotechnik in Stadien sind sich Vereine, Verbände und die Polizei einig. Dies beruht auf vielen Gefahren in sich, sagte Witthaut und forderte, der Verzicht darauf müsse der Beitrag der Ultras im Kampf gegen Gewalt sein. Für die DFL wie für den Deutschen Fußball-Bund ist das Pyrotechnik-Verbot „nicht verhandelbar“. Für Fan-Vertreter Ben Praße stellt sich die Sache anders dar. Pyro-

technik bedeute nicht zwangsläufig, dass Leuchtraketen in gegnerische Fanblocks fliegen oder Polizisten mit Böllern beworfen werden. „Pyrotechnik kann auch gewaltfrei abgebrannt werden“, sagte er. Im Übrigen sei das Verhalten der Vereine hier sehr widersprüchlich. Einerseits werde Pyrotechnik abgelehnt, andererseits feiere etwa Bayern München den Saisonabschluss mit einem riesigen Feuerwerk. Ungleichbehandlung gebe es auch in der Berichterstattung. „Wenn die Dresdner in Dortmund zünden, ist es Randalerei, aber wenn Fans von Galatasaray Istanbul bei einem Spiel in Deutschland bengallos zünden, ist die Rede von südlicher Atmosphäre.“ Götz Hausding

Dauerschlagler Doppelpass

STAATSBÜRGERSCHAFT Koalition kritisiert erneuten SPD-Vorstoß gegen Optionsmodell

Der Streit um die doppelte Staatsangehörigkeit hat beste Chancen, sich zu einem parlamentarischen Dauerschlagler dieser Legislaturperiode zu entwickeln. Nachdem der Bundestag erst im November 2011 mit den Stimmen der schwarz-gelben Koalitionsmehrheit Vorlagen der drei Oppositionsfraktionen zu Erleichterungen bei der Einbürgerung von Ausländern abgelehnt hatte, stand das Thema vergangenen Donnerstag erneut auf der Tagesordnung – diesmal in Form eines neuen SPD-Antrags (17/7654). Zielsetzung: In Deutschland geborene Kinder von Ausländern sollen sich künftig nicht mehr mit Erreichen der Volljährigkeit bis zum 23. Lebensjahr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden müssen.

Voraussetzungen erleichtern Daher fordern die Sozialdemokraten die Bundesregierung in der Vorlage auf, einen Gesetzentwurf zur Abschaffung dieser sogenannten Optionspflicht vorzulegen. Ferner soll dem Antrag zufolge bei einer Einbürgerung nicht mehr die alte Staatsbürgerschaft aufgegeben werden müssen. Zudem sollen die Einbürgerungsvoraussetzungen laut Vorlage erleichtert werden. Für den CSU-Abgeordneten Stephan Mayer ist das „alter Wein in alten Schläuchen“, für seinen FDP-Kollegen Hartmut Wolff, „erneut aufgegossener Tee“. Vormalig habe der Bundestag in den vergangenen zwei Jahren über entsprechende Anträge der Opposition debattiert, rechnete der CDU-Parlamentarier Ingo Wellenreuther vor und verwies darauf, dass die Regierungsvorstellungen jedes Mal erklärt hätten, am Grundsatz festzuhalten, mehrfache Staatsbürgerschaft prinzipiell zu vermeiden. Dagegen betonte der Grünen-Abgeordnete Memet Kilic, selbst wenn die SPD „in dieser Wahlperiode noch zehnmal den gleichen Antrag einbringen wird, wer-



Optionspflicht: Hoang Dang Anh kam Anfang 2000 in Deutschland zur Welt.

den wir sie zehnmal unterstützen“. Und der SPD-Parlamentarier Rüdiger Veit versicherte, seine Fraktion werde bei ihrem Anliegen „nicht lockerlassen“. Eingeführt wurde das Optionsmodell 1999 bei der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts unter Rot-Grün, bei der das Abstammungsprinzip um das Geburtsortsprinzip (ius soli) ergänzt wurde: Wer in Deutschland geboren wird, hat damit unabhängig von der Nationalität der Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft. Um eine Mehrheit im Bundesrat zu finden, kam es damals als Kompromiss zur Optionspflicht. Im Zuge des Optionsmodells konnten durch eine Übergangsregelung auch Kinder, die am 1. Januar 2000 noch nicht zehn Jahre alt waren, auf Antrag eingebürgert werden. Daher warb Veit für eine „Abschaffung der Optionspflicht, damit nicht jene junge Menschen, die demnächst, also 2013 (...) 23 Jahre alt werden, in einen Loyalitätskonflikt

zwischen ihrer Abstammung und dem Herkunftsland der Eltern und der deutschen Kultur, in der sie aufgewachsen sind, geraten“. Für die SPD sei die Einbürgerung nicht der „krönende Abschluss der Integration, sondern ein ganz wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zur vollständigen Integration“.

Prüfungen abwarten Genau an diesem Punkt ist die CDU/CSU-Fraktion „dezidiert anderer Auffassung“, wie es Mayer formulierte: „Wir sind der Meinung: Die Ausreichung der deutschen Staatsangehörigkeit kann erst am Ende eines erfolgreichen Integrationsweges stehen. Dabei bleiben wir.“ Mayers Fraktionskollege Wellenreuther verwies darauf, dass in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen sei, „die Erfahrungen mit einer nennenswerten Zahl der ersten Optionsfälle auszuwerten und einen möglichen Verbesserungsbedarf zu prüfen“. Die Ergebnisse dieser Prüfungen und wissenschaftlichen Studien würden in der ersten Hälfte dieses Jahres erwartet, weshalb die SPD mit ihrem Antrag „wieder einmal zu früh dran“ sei. Auch Wolff nannte es für die FDP-Fraktion „sinnvoll, erst einmal Erfahrungen zu sammeln, wie sich diese Regelung auswirkt, und danach die rechtlichen Anpassungsmöglichkeiten zu prüfen“. Dagegen bezeichnete es der Grünen-Abgeordnete Kilic als „integrationspolitischen Unsinn, in Deutschland geborene Jugendliche vor die Zwangswahl zwischen ihren zwei Staatsbürgerschaften zu stellen“. Für die Linksfraktion war ihre Abgeordnete Sevim Dagdelen der Koalition „ideologische Borniertheit“ vor. Sie verwies darauf, dass die FDP im niedersächsischen Landtag in einem Papier sagte, die Optionspflicht sei unerträglich. Sie wüsste sich, dass man diesen Kollegen „entgegenkommt und sagt: Wir schaffen diese blöde Optionsregelung ab“. Helmut Stoltenberg

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Alle für Rechtsschutz im Wahlrecht

WAHLRECHT Die Bundestagsfraktionen wollen für Rechtsschutz im Wahlrecht sorgen. In der ersten Lesung eines entsprechenden Gesetzentwurfes der Linksfraktion (17/7848) verwiesen Vertreter von Koalition und Opposition darauf, dass die Fraktionen von Union, SPD, FDP und Grünen bereits an einer gemeinsamen Vorlage arbeiteten. Die vier Fraktionen wollten in den nächsten Wochen einen „praktikablen und verfassungskonformen Entwurf vorlegen“ und keinen „Schnellschuss“ wie Die Linke, sagte Unions-Fraktionsvize Günter Krings (CDU). Für die Linksfraktion verwies ihre Parteivize Halina Wawzyniak darauf, dass die Partei „Die Partei“ 2009 vom Bundeswahlausschuss nicht zur Bundestagswahl zugelassen worden sei und es gegen die Entscheidung kein Rechtsmittel gebe. Rechtsschutz sei „erst nach der Wahl, aber nicht vor der Wahl möglich“. Diesen „unhaltbaren Zustand“ wolle Die Linke beenden. Danach solle eine Partei, die vom Bundeswahlausschuss nicht als Partei zugelassen wird, zum Bundes-

verfassungsgericht gehen können. Werden ein Kreiswahlvorschlag oder Landeslisten nicht zugelassen, solle der Gang zu den Verwaltungsgerichten eröffnet werden. Krings betonte, man sei sich einig, dass es an dieser Stelle Handlungsbedarf gebe. Dabei sei die Verankerung des Wahlrechtsschutzes eine komplexe Aufgabe, die der Entwurf der Linksfraktion nicht erfülle. Der FDP-Abgeordnete Manuel Höferlin ergänzte, neben „grundsätzlich richtigen Gedanken“ gebe es in dem Linke-Entwurf auch „problematische Stellen“. Der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz zeigte sich „ganz sicher“, dass die Gesprächsrunde zwischen Koalition, Grünen und seiner Fraktion „in wenigen Wochen liefern“ werde. Er kritisierte zugleich, dass Die Linke an diesen Gesprächen nicht beteiligt sei. „Frau Wawzyniak hätte die Möglichkeit haben müssen, ihre Argumente einzubringen“, sagte Wiefelspütz. Ähnlich äußerte sich der Grünen-Parlamentarier Jerzy Montag. sto

Bundestag will Patentrecht ändern

RECHT Der Bundestag wendet sich gegen eine Patentierung von konventionell gezüchteten landwirtschaftlichen Nutztieren und -pflanzen. Einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP sowie der oppositionellen Sozialdemokraten und Grünen (17/8344) verabschiedete das Parlament am vergangenen Donnerstag einstimmig. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auf EU-Ebene für eine Konkretisierung und Änderung der Biopatentrichtlinie einzusetzen. Damit soll unter anderem klargestellt werden, „dass keine Patente auf konventionelle Züchtungsverfahren, mit diesen gezüchtete landwirtschaftliche Nutztiere und -pflanzen sowie deren Nachkommen und Produkte erteilt werden“. Zugleich soll die Regierung dem Beschluss zufolge prüfen, ob das Patentrecht

„schon jetzt abweichend von den europäischen Vorgaben dahingehend geändert werden kann“. In der Vorlage wird der Schutz geistigen Eigentums durch Patente als „hohes Gut“ gewertet. Zugleich wird darauf verwiesen, dass konventionelle Züchtungsverfahren nicht unter das Patentrecht fielen. Diesem Anliegen folge die Entscheidung der Großen Beschwerdekammer des Europäischen Patentamtes zu den sogenannten Brokkoli-/Tomatenpatenten vom 9. Dezember 2010. Nach dieser Entscheidung seien Verfahren „auch dann im Wesentlichen biologisch und somit nicht patentierbar, wenn bei ihnen technische Verfahrensschritte zur Durchführung von Verfahren der Kreuzung von Pflanzen und nachfolgender Selektion der geeigneten Pflanzen genutzt werden“. sto

Antrag zu Polizei-Abzug abgelehnt

AFGHANISTAN Die Fraktion Die Linke ist im Bundestag mit einem Vorstoß zum Abzug deutscher Polizisten aus Afghanistan gescheitert. Mit den Stimmen der vier anderen Fraktionen lehnte das Parlament am Freitag einen entsprechenden Antrag der Linksfraktion (17/4879) ab. Darin wurde die Bundesregierung aufgefordert, nicht mehr Angehörige der Bundespolizei zu Ausbildungszwecken nach Afghanistan zu entsenden sowie das bilaterale „German Police Project Team“ und die deutsche Beteiligung an der EU-Polizeimission in Afghanistan (Eupol AFG) einzustellen. Auch sollte die Regierung laut Vorlage die in Afghanistan befindlichen Polizeibeamten „unverzüglich“ abziehen. In der Debatte sagte die Linke-Abgeordnete Ulla Jelpke, der Polizeiaufbau in Afghanistan sei eine „Facette des Militäreinsatzes“. Der Einsatz deutscher Polizisten sei zum Scheitern verur-

teilt, weil die Nato auf die Stärkung eines korrupten Regimes setze. Demgegenüber bescheinigte der CDU-Parlamentarier Armin Schuster den deutschen Polizisten eine „hervorragende Arbeit in Afghanistan“. Vor allem die bilaterale Mission genosse international und bei den Afghanen selbst „hohe Wertschätzung“. Der FDP-Abgeordnete Jimmy Schulz sagte, Die Linke wolle scheinbar durch den Abzug der Polizeiausbilder erreichen, „dass in Afghanistan der Aufbau ziviler Sicherheitsstrukturen dauerhaft verhindert wird“. Der Grünen-Parlamentarier Wolfgang Wieland fragte, „wo da Logik sein soll“, wenn Jelpke sage, das Problem der Korruption bei der afghanischen Polizei werde besser, wenn man die deutschen Ausbilder abziehe. Der SPD-Abgeordnete Wolfgang Gunkel gab zu Protokoll, dass Eupol durchaus Chancen berge und größere Unterstützung verdiene. sto

Streit um »Berufsverbote«

INNERES Bundestag lehnt Antrag der Linksfraktion ab

Die Linke ist mit ihrem Vorstoß gescheitert, 40 Jahre nach Beschluss des sogenannten Radikalerlasses eine Rehabilitierung der Betroffenen zu erreichen. Der Bundestag lehnte vergangenen Donnerstag den Antrag (17/8376) ab, „gesetzliche Regelungen zur materiellen Entschädigung der Betroffenen“ zu schaffen. Neben den Koalitionsfraktionen stimmte auch die SPD gegen den Antrag. Linke und Grüne votierten dafür. Am 28. Januar 1972 hatten die Länderregierungschefs und Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) beschlossen, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes auf ihre Verfassungstreue zu überprüfen. Ziel des umstrittenen Erlasses war es, Menschen mit radikaler Gesinnung nicht im öffentlichen Dienst arbeiten zu lassen. Laut Vorlage wurden 3,5 Millionen Bewerber für den öffentlichen Dienst aufgrund der sogenannten Regelanfrage an den Verfassungsschutz auf Verfassungstreue durchleuchtet. Dies habe zu 11.000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2.200 Diszipli-

narverfahren, 1.256 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst geführt, heißt es in dem Antrag. Zu dessen Begründung schreiben die Autoren, es sei nie öffentlich eingestanden worden, „dass der Radikalerlass Unrecht war“. Der Linke-Parlamentarier Wolfgang Gehrcke betonte in der Debatte: „Der Radikalerlass hat viel Demokratie in unserem Land zerstört.“

Wehrhafte Demokratie Dagegen sagte der CDU-Abgeordnete Helmut Brandt, auch aus heutiger Sicht sei „die Forderung nach einer wehrhaften Demokratie aktuell“. Die Gewähr, jederzeit für die demokratische Grundordnung einzutreten, sei richtigerweise Teil der Eignungsvoraussetzungen für die Einstellung in den öffentlichen Dienst. Sein FDP-Kollege Stefan Ruppert warf der Linksfraktion vor, ihr Antrag diene „ausschließlich parteipolitischen Kalkül“. Der SPD-Innenexperte Michael Hartmann sagte, mit dem sogenannten Radikalerlass sei „sicherlich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet“ worden. Deshalb habe der Erlass nach einer Entscheidung des Verfassungsgerichts seine Gültigkeit verloren. Die Linke solle aber keine „Schlachten der Vergangenheit“ kämpfen. Die Grünen-Abgeordnete Ingrid Hönlinger begrüßte die Initiative. Sie sagte, auch ihre Fraktion wolle erreichen, dass Betroffene rehabilitiert und entsprechende Unterlagen des Verfassungsschutzes über das Bundesarchiv zugänglich gemacht würden. mpi



Demonstration 1984 in Frankfurt am Main

KURZ NOTIERT

Die Linke für leichteren Handel mit Downloadware

Die Linksfraktion möchte eine „gesetzliche Weiterveräußerungsbefugnis für unkörperliche Werkexemplare“ ins Urheberrechtsgesetz aufnehmen. Es sei rechtlich ungeklärt, ob Verbraucher, die Musik, Filme, Bücher oder Computerspiele als Download im Internet kaufen, berechtigt sind, die entsprechenden Daten im Rahmen des privaten Gebrauchthandels weiterzuverkaufen, schreibt die Fraktion in einem Gesetzentwurf (17/8377). Obwohl einer „Weiterveräußerung von Immaterialgütern keine gesetzliche Bestimmung explizit im Wege steht“, enthielten die allgemeinen Geschäftsbedingungen von Downloadshops in aller Regel Formulierungen, die dies ausdrücklich ausschließen. sto

Bevölkerung schrumpft bis 2060 um bis zu 21 Prozent

Die Bevölkerung in Deutschland wird nach Modellberechnungen des Statistischen Bundesamtes bei Fortsetzung der aktuellen demografischen Trends bis 2060 auf 65 bis 70 Millionen Menschen zurückgehen. „Das wären bis zu 17 Millionen Einwohner weniger oder ein Rückgang um 14 Prozent bis 21 Prozent innerhalb von 50 Jahren“, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/8372) auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion (17/6377). Danach nimmt die Bevölkerung seit dem Jahr 2003 ab und ist mit Stand vom März vergangenen Jahres auf 81,7 Millionen Einwohner gesunken. Die Zahl der Sterbefälle übersteigt die Zahl der Geburten immer mehr; die hohen Sterbefallüberschüsse werden seit 2003 nicht mehr von Wanderungsüberschüssen ausgeglichen. sto



Deutsche Industriearbeiter: Jedes zweite Industrieprodukt geht in den Export.

Kabinenluft kein Thema mehr

VERKEHR Gesundheitsgefährdende Belastungen durch kontaminierte Kabinenluft in Flugzeugen muss nicht weiter untersucht werden. Anträge der SPD (17/7611) und von Bündnis 90/Die Grünen (17/7480), in denen dieses gefordert wurde, lehnte der Verkehrsausschuss am Mittwoch mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP ab. Die Sozialdemokraten wollten unter anderem umfassende Langzeitmessungen zur toxischen Belastung der Kabinenluft. Im Rahmen einer unabhängigen Studie müsse der Zusammenhang zwischen kontaminierter Kabinenluft und den gesundheitlichen Auswirkungen erforscht werden. Die Grünen forderten „die Verwendung von neurotoxisch bedenklichen Triebwerks-Ölen zu unterbinden“. Die Koalition begründete ihre Ablehnung vor allem damit, dass es zurzeit keinen Handlungsbedarf gebe. Bei jährlich mehr als drei Millionen Starts und Landungen in Deutschland seien nur wenige Vorfälle gemeldet worden. Diese würden jetzt untersucht. Für die SPD sind die Vorfälle schon „seit langem“ bekannt. Deshalb müsse den Dingen jetzt auf den Grund gegangen werden. Die Grünen wiesen darauf hin, dass es im vergangenen Jahr einen Vorfall gegeben habe, bei dem ein Crew-Mitglied ausgefallen sei. Für die Linksfraktion waren die vorgeschlagenen Maßnahmen „nachvollziehbar und wichtig“. Der Regierungsvertreter sagte, in der Sache sei die europäische Ebene zuständig. **mk**

Problem mit Steuerverträgen

FINANZEN Eine geplante Gesetzesänderung der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP zur Verhinderung von Steuerausfällen durch die Freistellung von ausländischen Dividenden aus Schachtelbeteiligungen in einigen Fallkonstellationen ist bei Experten auf Bedenken gestoßen. So wiesen mehrere Experten am Mittwoch in einem Fachgespräch des Finanzausschusses auf die Probleme mit der Besteuerung von Unternehmen in der Rechtsform einer „Kommanditgesellschaft auf Aktien“ (KGaA) hin. Diese Gesellschaften unterliegen zwar der Körperschaftsteuer. Schachteldividenden aus dem Ausland sind jedoch nach den Regelungen in Doppelbesteuerungsabkommen steuerfrei. Das Problem besteht darin, dass Gewinnanteile für persönlich haftende Gesellschafter in diesen Fällen ebenfalls steuerfrei sind, wenn die Steuerpflicht in Abkommen nicht ausdrücklich geregelt wird. Dies ist nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelsstaates (DIHK) bei einigen Abkommen wie mit Frankreich, USA und Großbritannien nicht der Fall. Die Koalitionsfraktionen haben deshalb einen Änderungsantrag für die ohnehin geplante Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes (17/8235) vorbereitet. Damit soll erreicht werden, dass die Steuerfreiheit von Dividenden aus ausländischen Schachtelbeteiligungen (Schachtelprivileg) nur Kapitalgesellschaften gewährt wird und es nicht zu Steuerausfällen im dreistelligen Millionenbereich kommt. Dietmar Gosch, Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof, warnte davor, völkerrechtliche Abmachungen zu brechen. Dagegen empfahl Professor Lorenz Jaras, den Entwurf der Koalition zunächst umzusetzen und später die Sache grundsätzlicher aufzufassen. Der DIHK und die Bundestoberkammer empfahlen die Nachverhandlung der Besteuerungsabkommen. **hle**

Herzkammer des Standorts

INDUSTRIE Bundestag einig über die Bedeutung des Produktionsgewerbes. Sichere Energieversorgung verlangt

Beim Ziel herrscht Einigkeit: Die deutsche Industrie ist der wichtige Kern des Wirtschaftslebens und verdient Unterstützung. Aber wie die aussehen soll und was zuerst zu tun ist, darüber gingen die Ansichten im Bundestag am Donnerstag weit auseinander. In der Debatte über zwei von der SPD-Fraktion (17/8572) und den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/8585) eingebrachten Anträgen würdigte Hubertus Heil (SPD) die Lage der deutschen Industrie: „Dass wir heute besser dastehen, ist kein Wunder und kein Zufall, sondern Ergebnis harter Arbeit – auch schmerzhafter Strukturreformen“, sagte der SPD-Abgeordnete. Es gebe jedoch keinen Anlass zu Selbstzufriedenheit oder Überheblichkeit.

folgreiches Industrieland bleiben. In ganz Europa brauche man eine Stärkung der industriellen Basis und nicht der Finanzwirtschaft. Daher müsse es eine Finanztransaktionssteuer geben, um mit deren Aufkommen ein europäisches Aufbauprogramm für die Wirtschaft schultern zu können. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU) sah große Probleme durch eine um sich greifende Technikfeindlichkeit in unserem Land“, forderte Pfeiffer, der den Wegzug der grünen Gentechnik-Sparte von BASF als „größtes Fanal“ bezeichnete. Zentrale Handlungsfelder seien die Rohstoffversorgung und die Energiesicherheit. Die Strompreise für die Industrie seien in Deutschland um 40 Prozent höher als in Frankreich. Die Arbeitnehmer seien durch die Politik der Regierung demütigenden Arbeitsbedingungen und Niedriglöhnen ausgesetzt, beklagte Ulla Lötzer (Die Linke). Finanzmarktakteure hätten mit Spekulationen und

maßlosem Druck auf Maximalrenditen großen Schaden in der Industrie angerichtet. Lötzer verlangte zur Rohstoffsicherung eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und kritisierte das Rohstoffabkommen mit dem kasachischen Diktator. In dessen Land seien demonstrierende Arbeiter erschossen worden. „Rohstoffpolitik ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Sie muss an soziale, menschenrechtliche und ökologische Bedingungen geknüpft werden“, verlangte Lötzer.

»Risiken von der SPD« Martin Lindner (FDP) warf der SPD vor, einen „Katalog von Risiken“ erstellt zu haben. Mit den Sozialdemokraten seien weder grüne Gentechnologie noch die CCS-Technologie zu machen. Auch das „Fracking“, die Förderung von unkonventionellem Erdgas, werde abgelehnt. „Überall sind sie weg, wenn’s um die Wurst geht und werden zum Vegetarier“, spottete Lindner. Zur Rohstoffversorgung sagte der FDP-Politiker, kaum habe die Bundesregierung „dieses hervorragende Abkommen mit Kasachstan unterschrieben, geht das Geheule der Opposition doch wieder los. Wenn wir Rohstoffpartnerschaften auf Gebiete beschränken, wo die freiheitlich-demokratische Grundordnung gilt, dann werden wir nichts ausbuddeln können.“ Kerstin Andreae von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bekannte sich zum Industrieland Deutschland. Die Industrie sei Partner für die ökologische Erneuerung. Und diese Erneuerung werde angesichts des Kli-

mawandels auf der Welt und der begrenzten Kapazitäten gebraucht. Daher müsse jede Branche grün werden. Die Sorgen der Wirtschaft wegen der Bezahlbarkeit und Sicherheit der Energieversorgung sowie der Rohstoffversorgung nehme man durchaus ernst. Aber die Antwort könne nicht sein, immer mehr Unternehmen von der Erneuerbare-Energien-Gesetz-Umlage zu befreien und Rohstoffabkommen mit Kasachstan zu schließen, und damit Menschenrechte hinter die Rohstoffversorgung zu stellen, sagte Andreae.

Die beiden Anträge wurden an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Antrag eine aktive Industriepolitik für Vollbeschäftigung, einen neuen gesellschaftlichen Konsens für die dringend benötigte Modernisierung und den Ausbau der Infrastruktur sowie eine „sichere, bezahlbare und nachhaltige Energie- und Rohstoffversorgung der Industrie“. Die Koalition verlangt eine preisgünstige und sichere Energieversorgung und bezeichnet die Industrie als „tragende Säule der deutschen Wirtschaft“. **Hans-Jürgen Leersch**



»Wir erleben heute viele Nörgler und Neinsager«

Joachim Pfeiffer (CDU)

Saubere Energieversorgung Eine der größten Herausforderungen „ist eine sichere, eine saubere, eine versorgungssichere und eine bezahlbare Energieversorgung“, sagte Heil. Die Bundesregierung fahre durch die sich blockierenden Minister Philipp Rösler (FDP, Wirtschaft) und Norbert Röttgen (CDU, Umwelt) die Energiewende vor die Wand und sei damit „das größte Standortrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland“. Deutschland müsse ein er-

STICHWORT

INDUSTRIE – Entscheidend für die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft

- Wertschöpfungsanteil** Deutschland hat trotz aller Krisen eine starke Industrie. Ihr Anteil an der Wertschöpfung liegt bei etwa 20 Prozent. In den USA, Frankreich und Großbritannien sind es etwa zehn bis zwölf Prozent, in Japan 18 Prozent.
- Export** An den Exporterfolgen der deutschen Wirtschaft hat die Industrie einen entscheidenden Anteil. Nahezu jedes zweite Erzeugnis werde exportiert, schreiben die Koalitionsfraktionen in ihrem Antrag (17/8585). Deutschland ist aber kein Exportweltmeister mehr, sondern liegt nach China und USA auf Platz drei.
- Arbeitsmarkt** In der Industrie waren 2011 fünf Millionen Menschen beschäftigt und damit 131.000 mehr als 2010.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Energiewende besteht Härtestest

WIRTSCHAFT In der Energiepolitik sind unversöhnliche Gegensätze zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen deutlich geworden. In einer von Bündnis 90/Die Grünen beantragten Aktuelle Stunde des Bundestages warf Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin der Bundesregierung Versagen auf allen Gebieten vor. Dagegen verwahrte sich Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) und stellte fest: „Die Energiewende ist ökonomisch und ökologisch ein Erfolgsmodell.“ Trittin wies auf die drei Grundsätze Energiesparen, Energieeffizienz und Ausbau der erneuerbaren Energien hin. „Diese drei E sind der Schlüssel jeder Energiewende“, rief Trittin, der jedoch der Regierung vorwarf, auf allen drei Gebieten zu versagen. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien hätten sich Röttgen und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) verkeilt. Trittin wies auch auf falsche Vorhersagen nach dem Abschalten mehrerer Atomkraftwerke hin. Von Stromausfällen und Blackouts sowie großen Stromimporten sei die Rede gewesen. Engpässe in der Stromversorgung gebe es aber nicht in Deutschland, sondern in Frankreich, weil dort viel mit Strom geheizt werde. Deutschland sei hingegen Netto-Stromexporteur. Dagegen warf Rösler SPD und Grünen vor, in sieben Jahren rot-grüner Regierungszeit weder

beim Netzausbau noch bei der Energieeffizienz viel getan zu haben. Es sei daher „ganz schön dreist“ von den Grünen, die Energiewende auf die Tagesordnung zu setzen. Es werde der Opposition nicht gelingen, Umwelt- und Wirtschaftsministerium auseinander zu dividieren. Er sei sich mit Röttgen einig, dass die Bezahlbarkeit der Energie im Auge behalten werden müsse, versicherte Rösler. Massive Kritik kam von SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier: „Was Sie Energiewende nennen, ist nichts anderes als ein einziges Gewürge.“ Die Regierung habe die Energiewende „an die Wand gefahren, bevor sie überhaupt begonnen hat“. Das sei brandgefährlich. Im Kabinett würden die Hauptbeteiligten Rösler und Röttgen gegeneinander arbeiten. Dorothee Menzner (Die Linke) sagte, alle großen Veränderungen würden in den Köpfen beginnen. In der Koalition sei aber immer noch nicht klar, was Energiewende bedeute. Die Regierung verstehe sich weiter als Interessenvertreter der großen Energiekonzerne. Röttgen sagte, seit Tagen erlebe Deutschland klirrende Kälte und extreme Nachfrage nach Strom. Und es gebe Netzstabilität, Strom werde ins Ausland exportiert. „Die Energiewende hat ihren ersten Härtestest bestanden“, rief der Minister aus. **hle**

Urlaub ohne Hürden

TOURISMUS Ökonomische Bedeutung barrierefreier Angebote

In barrierefreien Reiseangeboten steckt für die Tourismusbranche viel unerschlossenes Wachstumspotenzial. Davon zeigten sich bei einer öffentlichen Anhörung des Tourismusausschusses am vergangenen Mittwoch etliche Experten überzeugt. Der Geschäftsführer des Deutschen Seminars für Tourismus (DSFT), Rolf Schrader, sagte, die ökonomische Bedeutung barrierefreien Reisens sei insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in der Tourismusbranche „noch nicht ausreichend vor Kenntnis genommen und in entsprechende Produkte und Dienstleistungen umgesetzt worden“. Von den rund fünf Millionen mobilitäts- oder aktivitätseingeschränkten Menschen der Generation 65 plus unternehme nur die Hälfte eine Urlaubsreise pro Jahr, während die Reiseintensität im Bundesdurchschnitt bei rund 75 Prozent liege, erläuterte Schrader.

Komfortabel für alle Die Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft „Barrierefreie Reiseziele in Deutschland“, Carmen Hildebrandt, erläuterte, der Reisebranche entgingen jedes Jahr deutlich mehr als zwei Milliarden Euro an Umsatz, da etwa Menschen mit Behinderungen auf eine Reise verzichten. Sie fügte hinzu, Barrierefreiheit sei für rund zehn Prozent der Menschen zwingend

erforderlich, aber für hundert Prozent aller Reisenden komfortabel. Bislang gehörten der Arbeitsgemeinschaft acht Regionen an: Eifel, Erfurt, Fränkisches Seenland, Längoog, Magdeburg, Niederlausitz, Ruppiner Land und Sächsische Schweiz. Auf die Frage der Abgeordneten, weshalb seit der Gründung 2008 nicht mehr Regionen hinzugekommen seien, sagte Hildebrandt: „Wir tragen niemanden zum Jagen.“ Möglicherweise seien die Qualitätsanforderungen für eine Aufnahme sehr hoch. Es gehe um den Praxisnachweis barrierefreier Angebote wie entsprechende Stadtführungen oder Gaststätten mit Blindenleitsystemen. Auf die Anregung von Abgeordneten, die laufende Lutherdekade bis zum Jahr 2017 für Investitionen in barrierefreie Angebote wie Informationen für Menschen mit Hörschwächen zu nutzen, reagierten die Sachverständigen zustimmend. Er würde sich freuen, wenn daraus ein fünfjähriges Projekt werden könnte, sagte etwa der Vorstandsvorsitzende der Nationalen Koordinationsstelle Tourismus für Alle (NatKo), Rüdiger Leidner. Er wies zugleich darauf hin, dass viele Hoteliers und Reiseanbieter die Kosten der Barrierefreiheit viel zu hoch einschätzten. Hier sei noch viel Beratungsarbeit notwendig, für die es finanzielle Unterstützung geben müsse. **Monika Pilath**

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Jetzt auch als E-Paper

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

DasParlament
Die Ware Wissen

Bestellungsnummer: 069-75014253
Thema: Zukunft des Wissens im Digitalen Zeitalter

Das Kreuz mit den Ressourcen

WIRTSCHAFT Die Enquete-Kommission »Wachstum« debattiert über das komplizierte Unterfangen, den Rohstoffverbrauch zu senken. Soll der Staat höhere Preise verordnen?



Eine Reduzierung des Rohstoffverbrauchs kann vor allem über den Preis erreicht werden.

Populär ist so etwas nicht. Klipp und klar verlangt Ernst-Ulrich von Weizsäcker („Der Markt macht das nicht“) eine politisch durchgesetzte, auf lange Sicht angelegte „Erhöhung der Kosten für Energie und Rohstoffe“. Nur über Preissteigerungen lässt sich aus Sicht des Umweltsachmanns und einstigen SPD-Abgeordneten aus einer Sackgasse herausfinden: dass eine drastische Reduzierung des Ressourcenverbrauchs zwar technisch zu bewerkstelligen sei, aber einfach keine Fahrt aufnehmen wolle. Für den Ex-Präsidenten des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie ist eine „Verfünffachung der Rohstoffproduktivität“ ohne weiteres drin.

Steigender Energieverbrauch Warum aber, fragte am Montag bei der Diskussion mit von Weizsäcker sowie den Co-Referenten Reinhard Hüttel und Friedel Hütz-Adams in der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ SPD-Obfrau Edelgard Bulmahn, komme dann etwa die Altbauanierung nicht voran? Hüttel, Leiter des Deutschen Geoforschungszentrums, weist darauf hin, dass der Energieverbrauch weltweit in den nächsten Jahrzehnten „um bis zu 40 Prozent zunehmen wird“. Weizsäcker kritisiert, „dass wir bisher Energie ohne Ende vergeuden“ und nennt einige Beispiele: Die Recyclingquote bei Seltenen Erden liege unter einem Prozent, der Autoverkehr und besonders die Lkw-Logistik seien viel zu billig, das 1,5-Liter-Auto sei technisch möglich, existiere indes nicht, die US-Stadt Atlanta sei flächenmäßig 25mal größer als Barcelona, was mit einem enormen Raum- und Energiebedarf einhergehe.

Der Ressourcenverbrauch nehme immer noch zu. Zwar wachse der Rohstoffkonsum inzwischen langsamer als das Bruttoinlandsprodukt, nötig sei aber eine Verminderung des Ressourceneinsatzes, insistiert von Weizsäcker. Der Grünen-Abgeordnete Hermann Ott hat die Arbeit der von ihm geleiteten Projektgruppe zu diesem Thema von Beginn an unter dieses Leitmotiv gestellt: „Die Senkung des Rohstoffkonsums um 80 Prozent ist eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts.“ Mit der Debatte über Ressourceneffizienz stößt die Kommission zu einem Kern ihres Auftrags vor.

Zunehmende Effizienz Preisanhebungen würden Bürger und Wirtschaft keine neuen Bürden auferlegen, wirbt von Weizsäcker: Die zusätzlichen Kosten für den Energie- und Ressourceneinsatz sollen in dem Maße klettern wie die Effizienz zunimmt, zu der auch eine erhebliche Verbesserung des Recycling gehört. Anders formuliert: Einsparungen durch geringeren Verbrauch und Mehrbelastungen durch höhere Preise neutralisieren sich. Zudem will er durch Niedrigtarife für den Grundbedarf soziale Härten vermeiden. Die Verteuerung von Energie und Rohstoffen soll die Ressourceneffizienz beschleunigen, was er mit der Wirtschaftsgeschichte vergleicht: Im Industriezeitalter hätten Lohnsteigerungen eine immer höhere Arbeitsproduktivität erzwingen. Die politisch verfügbare Preisanhebung soll dem „Rebound-Effekt“ entgegenwirken: dass nämlich Einsparungen durch mehr Effizienz keine Senkung des Energie- und Rohstoffkonsums bewirken, sondern dies durch zusätzlichen Konsum konterkariert wird. Verringert sich der Benzinbedarf bei Autos,

so ein Beispiel, dann ergeben sich ohne Treibstoffverteuerung mehr Fahrkilometer. Oder: Als Folge der Wärmedämmung bei Gebäuden weitet sich die Wohnfläche aus. Oder: Wer durch Energieeinsparung mehr Geld in der Tasche hat, bezahlt damit vielleicht Fernreisen mit dem Flugzeug. Weizsäcker findet viel Zustimmung im Oppositionslager. Doch bei manchen Kommissionmitgliedern wird auch Kritik laut. Der Sachverständige Karl-Heinz Paqué sieht in der Parallelität zwischen Arbeitsproduktivität und hohen Löhnen einerseits und Ressourceneffizienz durch teure Rohstoffe einer „schiefen Analogie“, schließlich schwingt im letzteren Fall der Staat „die Peitsche“. Die FDP-Abgeordnete Judith Skudelný zweifelt

FAKTEN

> Zusammensetzung Der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ gehören 17 Abgeordnete und 17 Wissenschaftler an, die von den Fraktionen benannt wurden.

> Auftrag Das Gremium soll das ökonomisch ausgerichtete Bruttosozialprodukt als Messgröße für gesellschaftliches Wohlergehen durch ökologische, soziale und kulturelle Kriterien ergänzen und eine Definition von qualitativem Wachstum entwickeln.

> Detailarbeit Der für Ende 2013 erwartete Abschlussbericht wird in fünf Projektgruppen vorbereitet.

die These an, der Markt bringe die Ressourceneffizienz nicht voran: Die Fortschritte auf diesem Feld seien hierzulande doch größer als im globalen Maßstab. André Habisch benennt das Verbraucherverhalten als Bremsfaktor: So würden sich Autos mit geringem Benzinbedarf schlechter verkaufen als andere Fahrzeuge. Gerade ältere Leute änderten ungern ihre Gewohnheiten, merkt der Sachverständige an. Aus Sicht Paqués blendet Weizsäckers Strategie hoher Preise „soziale Kosten“ aus, zudem sei zu fragen, ob solche staatlichen Interventionen nicht demokratische Prinzipien gefährdeten. Paqué über das Beispiel Atlanta: „Was ist, wenn die Leute gern im Grünen wohnen und sich nicht in Hochhäuser einpfirchen lassen wollen?“ Weizsäcker knappe Reaktion: Das in Zeiten billiger Energie entstandene Modell städtischer Ausdehnung in die Fläche sei „nicht nachhaltig, das geht nicht mehr“.

Verlagerung Ein gravierendes Dilemma: Hierzulande schreitet die Ressourceneffizienz voran, doch kann sich der Rohstoffverbrauch stattdessen in andere Länder verlagern. So wandern Firmen vielleicht dorthin aus, wo Energie billiger ist. Hüttel weist auf die Einfuhr von Biomasse wie Holz. Friedel Hütz-Adams vom Südwind-Institut warnt vor dem Import von Halbfabrikaten, deren Herstellung am Ursprungsort oft mehr Rohstoffe benötige als in hiesigen Gefilden. Weizsäckers Rezept gegen dieses Problem ist ein weltweit abgestimmtes Vorgehen in Richtung Ressourceneffizienz – wobei sich die Mehrheit der Staaten notfalls gegen Bremser wie die USA zusammenschließen solle. *Karl-Otto Sattler*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Rohstoff aus dem Biotop

LANDWIRTSCHAFT Mit der „Waldstrategie 2020“ will die Bundesregierung einerseits die öffentlichen und privaten Wälder in Deutschland an Klimaänderungen anpassen sowie den Nachschub des Rohstoffes Holz für die Forst- und Holzwirtschaft sichern. Andererseits soll der Wald als Naherholungsraum dienen und zur Erhaltung der Arten- und Pflanzenvielfalt beitragen. In einer zweistündigen Anhörung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur „Waldstrategie“ am vergangenen Mittwoch begrüßte deshalb der Sachverständige Philipp Freiherr zu Guttenberg von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände die vorgelegte Strategie. „Nur wenn der Wald auch in Zukunft nachhaltig bewirtschaftet wird, kann er diese Anforderungen erfüllen“, sagte er. In Deutschland gebe es rund zwei Millionen private und kommunale Waldbesitzer. Rund 170 Milliarden Euro würden pro Jahr in der Holzwirtschaft umgesetzt. Doch merkte er an, dass die Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie nicht im Einklang mit der Waldstrategie stünden. Darin verpflichtet sich die Bundesregierung zur Schaffung eines Naturwalderbes von fünf Pro-

zent der gesamten deutschen Waldfläche. Das bedeute den Entzug von Flächen auf Kosten der Holzbewirtschaftung. Der Sachverständige Hubert Weiger vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) bezweifelte, dass die Ziele erfüllt werden können. „Der Papierverbrauch ist in Deutschland so hoch wie in Südamerika und Afrika zusammen“, kritisierte er. Der Wald werde einseitig auf seine Nutzungsfunktion reduziert. Lars Schmidt vom Bundesverband Säge- und Holzindustrie Deutschland sagte, dass der Abbau des Personals in den Forstbetrieben und Rohstoffengpässe der Holzindustrie zu schaffen mache. „Gerade im Ersatz energieintensiver Baustoffe durch Holz liegt der Wert der Holznutzung“, betonte Schmidt. Doch würde der Waldumbau weg vom Nadelholz hin zum Laubholz zu einem „dramatischen Rückgang von Nadelholzflächen“ führen. Georg Winkel vom Institut für Forst- und Umweltpolitik stellte fest, dass zwar Naturschutzziele in der Waldstrategie formuliert wurden, doch der steigende Bedarf an Holz diesen entgegen stehen. „Ein umfassendes Konzept zukünftiger Waldpolitik ist die Strategie nicht.“ Die grundlegenden Konflikte würden bestehen bleiben. *Jan Eisel*

Der Einzelhandel will weiter wachsen

WIRTSCHAFT Der deutsche Handel will auch in diesem Jahr weiter wachsen. Möglich seien 1,5 Prozent Umsatzwachstum, sagte der Präsident des Hauptverbands des Deutschen Einzelhandels (HDE), Josef Sanktjohanser, in einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie. Im vergangenen Jahr sei der Handel, dessen Gesamtumsatz bei 400 Milliarden Euro liegt, um 2,4 Prozent gewachsen. Sanktjohanser sprach sich für eine Liberalisierung des Ladenschlusses aus bei gleichzeitigem Schutz der Sonntage. Der HDE-Chef verwies darauf, dass es neben dem Umsatzwachstum auch zusätzliche Arbeitsplätze im Handel gebe. Knapp ein Drittel der Beschäftigten seien in Minijobs; der Anteil der Minijobber an den Arbeitsstunden betrage aber nur 15 Prozent. Einen staatlichen Mindestlohn lehnte Sanktjohanser ab. Der Handel bevorzuge tarifliche Modelle. Die CDU/CSU-Fraktion zeigte sich überrascht, dass der Anteil der Minijobber an den Arbeitsstunden im Handel verhältnismäßig niedrig sei. Die SPD-Fraktion freute sich über die Umsatzzahlen, was Ausdruck einer im Moment sehr robusten Binnennachfrage sei. Im Handel müssten vernünftige Löhne gezahlt werden, forder-

te die SPD-Fraktion angesichts der hohen Zahl von Werkverträgen. Die FDP-Fraktion unterstützte die HDE-Forderung nach Liberalisierung von Ladenöffnungszeiten. Man könne den Händlern nicht vorschreiben, wann sie zu öffnen und wann sie zu schließen hätten. Diese Ansicht stieß auf massiven Widerspruch der Linksfraktion. Es gehe nicht nur um die Händler, sondern es gelte auch eine Verantwortung für die Beschäftigten wahrzunehmen. Die Fraktion kritisierte zugleich den hohen Anteil an Minijobs. Viele Beschäftigte seien gezwungen, mehrere dieser Jobs anzunehmen. Das sei kein tragbarer Zustand. Auf Probleme mit den Minijobs wies auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin. Mit diesen 400-Euro-Jobs werde Altersarmut aufgebaut, da die Beschäftigten keine Rentenansprüche oberhalb der Grundsicherung aufbauen könnten. Der Staat dürfe den Aufbau von Altersarmut nicht zulassen, so ein Sprecher der Fraktion. Der Vorsitzende des Ausschusses, Ernst Hinsen (CSU), sagte, der Handel müsse täglich im Wettbewerb bestehen. Dabei sei Qualität das A und O. „Qualität bedeutet, wenn nicht die Ware, sondern der Kunde in den Laden zurückkehrt“, sagte Hinsen. *h/e*

Balanceakt Sicherheit

FORSCHUNG Großflächiger Stromausfall, Terrorismus, Erdbeben, Cyberattacken. Die moderne Welt bringt nicht nur neue Chancen mit sich, sondern auch neue Risiken. Mit einem Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit“ will die Bundesregierung darauf reagieren. Am vergangenen Donnerstag war das als Unterrichtung (17/8500) vorliegende Papier zusammen mit einem gleichlautenden Antrag der Koalitionsfraktionen (17/8573) Thema im Plenum. Im Mittelpunkt stand unter anderem die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit. Das Rahmenprogramm ist auf die Jahre 2012 bis 2017 angelegt und baut auf dem ersten nationalen Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit aus dem Jahr 2007 auf. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Thomas Rachel (CDU), dem Plenum mitteilte, sollen jährlich 55 Millionen Euro in das Programm investiert werden. Der Sicherheitsbegriff in dem Programm sei zu schwammig, kritisierte René Röspe (SPD). So sei in einigen Bereichen nicht erkennbar, um welche Art von Sicherheit es gehen solle. Auch die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit sei schwer herzustellen. Zudem kritisierte er die wirtschaftlichen Zielsetzungen des Programms.

Wirtschaftliche Erfolge seien maßgeblich für die Sicherheit, widersprach Florian Hahn (CSU). Sie sorgten für Arbeitsplätze und Wohlstand in der Gesellschaft. Das Rahmenprogramm unterstütze die mittelständische Wirtschaft, die von den Innovationen profitieren könne. Martin Neumann, wissenschaftlicher Sprecher der FDP-Fraktion, wies auf den Antrag der Koalitionsfraktionen hin. Dieser fordere eine Evaluation bei Auslaufen der ersten Programmphase. Dies solle die Opposition anerkennen. Die Fraktion Die Linke erkannte zumindest die Stärkung des gesellschaftlichen Aspekts an. Dennoch fehle es dem Programm an Konkretheit, fand die wissenschaftliche Sprecherin Petra Sitte. Vor allem hinsichtlich des Zusammenspiels von Sicherheit und Kontrolle gebe es offene Fragen. Viele neue Technologien seien nur bei Einschränkung der Grundrechte breit einsetzbar, betonte Sitte. Als Beispiel nannte sie unter anderem den Nacktscanner. Auch Krista Sager, Sprecherin für Wissenschafts- und Forschungspolitik der Grünen kam auf den Nacktscanner zu sprechen. Er sei als „Leuchtturmprojekt“ gestartet und habe als Flop geendet. Derartige Projekte brauchten Begleitforschung, Evaluation und Transparenz, forderte sie. *tyh*

Sonnenbaden für den Wirtschaftsaufschwung

GRIECHENLAND Die Reisebranche ist ein Strohalm, an den sich Athens Hoffnung auf bessere Zeiten knüpft. Auf Initiative des Tourismusausschusses sitzen nun die richtigen Leute zusammen

Griechenland setzt zur Überwindung seiner Krise verstärkt auf deutsche Touristen. Bei einem griechisch-deutschen Tourismusforum in der vergangenen Woche im Bundestag warb die griechische Delegation für Investitionen und den Ausbau der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene. Die Teilnehmer des Forums verständigten sich auf die Einsetzung einer Arbeitsgruppe mit Entscheidern der Tourismusbranche beider Staaten, die konkrete Möglichkeiten ausloten soll. Die Bundesregierung will sich dabei allerdings zurückhalten. Schließlich schicke „nicht die Politik Reisende nach Griechenland, sondern die Reiseveranstalter“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär und Tourismusbeauftragte der Bundesregierung, Ernst Burgbacher (FDP). Der Tourismusausschuss des Bundestages unter Leitung seines Vorsitzenden Klaus Brähmig (CDU) hatte die Initiative zu dem

Forum ergriffen. Aus Sicht der griechischen Delegation war dies bitter nötig. In diesem Jahr gebe es einen „Stillstand im Tourismus“, erläuterte der griechische Staatssekretär für Kultur und Tourismus, George Nikitiades. Die Buchungszahlen seien im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Der griechische Parlamentspräsident Philippos Patsalnikos, der zusammen mit seinem deutschen Amtskollegen Norbert Lammert (CDU) die Schirmherrschaft der Veranstaltung übernommen hatte, machte als einen Grund dafür das negative Bild Griechenlands in deutschen Medien aus. So würden etwa die Reformanstrengungen als ungenügend gekennzeichnet. Das Bild sei falsch. „Das griechische Volk bringt große Opfer“, unterstrich Patsalnikos. Er betonte, der Tourismus sei eine der entscheidendsten Branchen seines Landes. Er hoffe, dass die anhaltende Krise die Urlauber nicht abschrecke.

Lammert betonte, es sei „wichtig, sichtbare Signale der Zusammenarbeit beider Länder zu setzen“. Deshalb sei das griechisch-deutsche Tourismusforum zu begrüßen.

Brähmig sagte, gerade da der Tourismus in Griechenland ein wichtiges ökonomisches Standbein sei, gelte es, „über innovative Zukunftsstrategien des Tourismus in Grie-

chenland“ nachzudenken. Dies setze eine „selbstkritische und wertfreie Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen des heimischen Marktes“ voraus. „Wir dürfen keine falschen Hoffnungen wecken, neue Ängste schüren oder in blinden Aktionismus verfallen“, sagte der Ausschussvorsitzende. Die Zahlen für den Griechenland-Tourismus 2011 machten deutlich, „dass dieser anders als andere Schlüsselbereiche der hellenischen Ökonomie nicht komplett geschwächt auf dem Boden liegt“. Allerdings lasse sich das Wachstum „eher auf die Schwächen anderer Konkurrenten im Mittelmeerraum als auf die Überzeugungskraft des eigenen Profils zurückführen“. So gebe es „nach wie vor große Defizite auf dem Gebiet der Infrastruktur und Investitionen, des Preis-Leistungs-Verhältnisses oder der strategischen Positionierung in zukunftsträchtigen Angebotssegmenten“.

Daran arbeitet Hellas laut Delegationsteilnehmern auf Hochtouren. Angebote wie neue Golfresorts und rabattierte Schülerreisen sollen Griechenland als ganzjähriges Reiseziel attraktiver machen.

»Know-How-Partnerschaften« Schon heute stellen die Deutschen mit 13 Prozent „die größte Reisegruppe in Griechenland“, betonte Burgbacher. Der Parlamentarische Staatssekretär im Arbeitsministerium und Beauftragte für die Deutsch-Griechische Versammlung, Hans-Joachim Fuchtel (CDU), sagte, die kommunalen Spitzenverbände Deutschlands stünden bereit, Kooperationen auszubauen. Das Ziel seien „Know-How-Partnerschaften“. Er sieht deutliche Steigerungsmöglichkeiten: Während Deutschland mit Frankreich 2.000 solcher Partnerschaften pflege, seien es mit Griechenland nur 30. *Monika Pilath*



Ausschussvorsitzender Brähmig, Bundestagspräsident Lammert, der griechische Parlamentspräsident Patsalnikos und Griechenlands Botschafter Rallis (von rechts)



Frank übt täglich im Verein „Lesen und Schreiben“ im Berliner Bezirk Neukölln. Er hat wie Millionen Menschen in Deutschland Probleme mit dem Schreiben.

Buchstaben ohne Sinn

ALPHABETISIERUNG Lese- und Rechtschreibprobleme unterscheiden sich stark. Die Förderung soll ausgebaut werden

Es ist ein Problem. E und R. Er immer wieder schreibt Frank das falsch. Giraffe ist leicht, Sofa, Fete und Regina – auch kein Problem. Nur das Er ist verflucht. Jahrelang hat Frank dieses Er nicht gebraucht, hat sich immer und überall auf sein Gedächtnis verlassen. Wo andere einen Straßennamen gelesen haben, hat Frank sich den Micky-Maus-Aufkleber auf dem Schild gemerkt. Festgetretene Kaugummis und Zigarettenautomaten identifizierten eine Straßenecke. Um eine bestimmte Wohnung wiederzufinden, hat er sich am Schmutz im Treppenhaus und an den Schuhen vor der Tür orientiert. Zur Not half der Teppichläufer. Die Unregelmäßigkeiten, die abgenutzten Stellen, die Farbschattierungen waren Wegweiser. In Deutschland leben 7,5 Millionen sogenannte funktionale Analphabeten zwischen 18 und 64 Jahren, hat die 2010 vom Bildungsministerium im Auftrag gegebene „leo. Level-One Studie“ ergeben. Sie können einzelne Sätze lesen oder schreiben, jedoch keine Texte. Laut Studie sind 57 Prozent erwerbstätig, 42 Prozent haben nicht Deutsch als Muttersprache. Rund vier Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten im engeren Sinne: Sie können einzelne Wörter lesen und schreiben, aber keine Sätze.

West-Berlin unterwegs. Manchmal arbeitet er auch – aber er sitzt bestimmt nicht in der Schule. Den Lehrern sei das egal gewesen, sagt er, und der Mutter auch. „Zu Hause war eh immer Stress.“ Die Hausaufgaben haben andere für ihn gemacht. Andere, die zwar besser in der Schule waren, aber nicht so groß und kräftig. Die Frank einschüchtern konnte. „Wenn man dieses Defizit hat, hat man sich eben anders Respekt verschafft“, sagt er. Entweder man sei aggressiv geworden oder habe sich zurückgezogen – voll Scham und Selbstzweifel. So wie Rosi, die sieben Jahre älter ist als Frank. Für ihre Schulzeit fällt ihr nur ein Wort ein – „grausam“. Die Deutscharbeiten waren nach der Korrektur rot, beim Lesen kam sie ins Schlingern. Der Lehrer habe die guten Schüler nach vorne gesetzt und die schlechten nach hinten. „Der hat uns abgeschrieben, wir waren ja doof“, sagt sie. Das habe ihr jedes Selbstvertrauen genommen. Schließlich kam Rosi auf die Sonderschule. Ob sie dort einen Abschluss gemacht hat, weiß sie nicht mehr. „Aber auf meinem letzten Zeugnis waren nur Sechsen.“ Ein fehlender Schulabschluss gehört zu den Risikofaktoren, die zu einem späteren Analphabetismus führen können, sagt Anke Grotluschen, Professorin für Lebenslanges Lernen an der Universität Hamburg und

Leiterin der „leo“-Studie. Auch Menschen, die einen höheren Bildungsabschluss haben, können aufgrund fehlender Übung das Lesen und Schreiben wieder verlieren. Zudem ist laut Grotluschen das Elternhaus entscheidend. Das heißt: Erwachsene ohne Schulabschluss bekommen Kinder, deren Lese- und Schreibfähigkeit etwas schlechter ausgebildet ist als die von Gleichaltrigen.

Bunte Gruppe Menschen In Franks Lerngruppe, der Anfängergruppe des Vereins „Lesen und Schreiben“, sitzen Männer und Frauen unterschiedlichen Alters und Herkunft: Mehmet, der anfangs gebracht werden musste, weil er den Weg alleine nicht finden konnte. Annemarie, die immer mal wieder für ein paar Monate kommt. Timo, der einzige Nicht-Berliner, der mit dem Bleistift so fest aufdrückt, als wolle er die Buchstaben ins Papier meißeln. Und eben Frank, der bereits lesen kann. Heute sitzt er Roland gegenüber und diktiert ihm Wörter von Papierkärtchen. Bei dem Wort Gehege bleiben die beiden hängen. Roland schafft es nicht, die Buchstaben zu Papier zu bringen. Frank wiederholt das Wort. Einmal, zweimal. Dann wirft er einen Blick zur Lehrerin, einer weißhaarigen Frau, pensionierte Berufsschullehrerin: „Ge-he-ge“, sagt sie langsam, die einzelnen Silben

betonend, und hält sich die Hand vor den Mund. „Was spürst du da?“ Roland hält sich ebenfalls die Hand vor den Mund, spricht das Wort nach, spürt einen Luftzug an den Fingern. „Ich spüre ein H“, ruft er. Sein H klingt wie ein Stoßseufzer, er kann es so besser in den Wortkontext einordnen. Die Probleme, die funktionale Analphabeten haben, sind unterschiedlich: Einige schreiben so, wie sie hören – also Ulaub statt Urlaub –, andere haben Probleme mit den Buchstaben in Verbindung bringen: Warum fängt München mit einem M an, nicht aber das Wort Emmentaler? Nach dem Unterricht am Vormittag geht es für die Lerngruppe in die angrenzende Werkstatt. Hier riecht es nach Hobespänen und Honig. Auf einem Werkstück steht ein Modell-Lkw, grün-schwarz-rot angemalt. „Vorsicht Farbe“, verkündet ein Pappschild daneben. Frank sagt ein Brett, Roland trägt neues Holz herein. Andere Schüler kochen im Vorderhaus das Mittagessen, einer ist für den Vordruck auf einem Botengang in Berlin unterwegs – allein.

Lernen fürs Leben Manche der Schüler von „Lesen und Schreiben“ haben ihren Kiez nie verlassen und müssen lernen, sich im Alltag allein zurechtzufinden. Sie haben keine Ahnung, was der Unterschied zwischen einer Stadt und einem Kontinent ist, für sie sind fünf Euro das gleiche wie fünfzig Euro. „Diese Menschen leben quasi nicht in dieser Welt“, sagt Urda Thiessen vom Vereinsvorstand. Das sind zwar Härtefälle, dennoch geht es nicht nur darum, lesen und schreiben zu lernen, sondern auch darum, einen Platz im Leben zu finden. Und irgendwann auch einen Arbeitsplatz. Doch genau hier, beim Arbeitsplatz, gibt es ein Problem. Die Leute, die in Berlin-Neukölln oder ähnlichen Einrichtungen lernen, sind in der Regel erwerbstätig – sonst könnten sie nicht den ganzen Tag dort sein. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) übernimmt die Kosten jedoch nur in manchen Fällen. Einer offiziellen Stellungnahme nach wird Alphabetisierung generell dem Bereich der Allgemeinbildung zugerechnet und ist damit nicht Aufgabe der Grundsicherung für Arbeitslose. Was das im Einzelfall bedeutet, hat Rosi am eigenen Leib erfahren. Jahrelang hat sie mit der Angst gelebt, dass ihre Kindern sie auslachen oder ihr Mann wegen ihrer Probleme weglaufen könnte. Irgendwann hat sie Mut gefasst, mit ihrer Familie gesprochen – sich „geoutet“, wie sie sagt – und sich mit dem Computer das Lesen beigebracht. Doch dann, an einem Freitag im Februar, in ihrem von der BA bezahlten Berufsför-

derungskurs war die Angst wieder da. Sie sollte ein Motivations schreiben verfassen – umgeben von Frauen und Männern, die keine Probleme haben, ihre Vorstellungen auf Papier zu bringen. Rosi hat gezittert, geschwitzt, keine Luft mehr bekommen. „Was soll ich da?“, fragt sie. „Ich bin noch nicht soweit.“ Was sie braucht, sei ein Schreibkurs und keine Nachhilfe darin, wie sie ihren Lebenslauf ansprechend gestaltet.

Arbeitsmarktförderung Der Grundbildungspakt, auf den sich der Bund und die Länder Ende vergangenen Jahres geeinigt haben, sieht vor, die Alphabetisierung zum Bestandteil der Arbeitsmarktförderung zu machen. Die Unterstützung der Lese- und

Schreibkompetenz soll dazu beitragen, Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zudem sollen Alphabetisierung und Grundbildung am Arbeitsplatz ausgebaut werden und die Unternehmen für Grundbildungsdefizite sensibilisiert werden. Für die Betroffenen ein Grund zu hoffen: Wenn sie schreiben kann, möchte Rosi arbeiten, am liebsten in der Altenpflege. Und auch für Frank ist das Schreiben lernen nur ein Schritt zur Selbstständigkeit. Er träumt von einem eigenen Fahrradladen oder einer eigenen Kneipe. Die Formulare für die Behörden wird er dann selbst ausfüllen können.

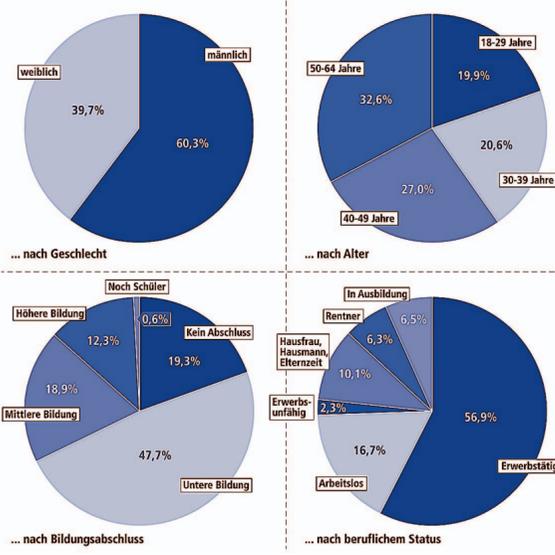
Tatjana Heid

Namen sind geändert

Auf der Schulbank Frank ist Teil der Statistik. Das Lesen hat er sich irgendwann selbst beigebracht, beim Schreiben hat es alleine nicht geklappt. Für Kurse fehlte ihm lange die Motivation. Als Trockenbauer sei er ja auch ohne Schrift zurecht gekommen, sagt er. Doch dann lernte er seine Freundin kennen und wollte ihr SMS schreiben. Und so sitzt er, mittlerweile erwerbstätig, täglich im Verein „Lesen und Schreiben“ in Berlin-Neukölln und lernt. Das Zimmer ist ein typischer Berliner Altbau: Holzdielen, hohe Decken, zugig. Von der Decke hängen Buchstaben, hell angemalt und aus Styropor gefertigt: A, H, C, D. Die Tische sind auf eine Tafel ausgerichtet, in der Ecke hängt ein Geodreieck. An den Wänden kleben Papierbögen mit Sätzen, zusammen gesetzt aus Zeitungswörtern: „Böser Knoblauch sucht ein Wohnzimmer“ oder „Irrsinn! Abgeordneter greift die Melancholiker an“. Es sind Nonsens-Sätze, die aber grammatikalisch und orthografisch korrekt sind. Frank sitzt davor, in Wollmütze und schwarzem Kapuzenpulli und überträgt Wörter in ein Schulheft. Seine Buchstaben sind geschwungen, fast ein wenig schnörkelig. Er schreibt immer in Schreibschrift. „Meine Generation kennt nur Schreibschrift“, sagt er und lacht. Frank ist 47 Jahre alt. Wenn er an seine Schulzeit denkt, dann ist er vor allem auf den Straßen Kreuzbergs im damaligen

Funktionaler Analphabetismus in Deutschland ...

... betrifft 14,5% der deutschsprachigen erwachsenen Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren



Anspruch und Wirklichkeit

BILDUNGAUSSCHUSS Diskussion um Grundbildungspakt

Es gibt Fortschritte, aber noch immer eine deutliche Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Darin waren sich die Sachverständigen bei einem öffentlichen Fachgespräch zum Thema Alphabetisierung am vergangenen Mittwoch im Bildungsausschuss weitgehend einig. Ende vergangenen Jahres haben sich Bund und Länder auf eine nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung verständigt. Bereits im Frühjahr hatte die SPD-Fraktion einen Antrag (17/5914) vorgelegt, in dem sie die Bundesregierung unter anderem dazu auffordert, 20 Millionen Euro für einen Grundbildungspakt von Bund, Ländern und Kommunen zur Verfügung zu stellen.

Vom Ziel weit entfernt „Das Problem trifft die Mitte der Gesellschaft“, sagte Matthias Anbuhl vom Deutschen Gewerkschaftsbund Bundesvorstand. Von dem Ziel der Weltalphabetisierungsdekade von 2003 bis 2012, die Zahl der Analphabeten zu halbieren, sei Deutschland weit entfernt. Die von Bund und Ländern beschlossene nationale Strategie begrüßte er, betonte jedoch, dass sie hinter den Anforderungen zurückbleibe. Vor allem fehlten eigene Ansätze der Länder. Außerdem sei die Bundesagentur für Arbeit in der Pflicht, die derzeit vor allem kurzfristige Hilfen finanziere. „Die Maßnahmen greifen aber ins Leere, wenn die betreffende Person nicht anständig lesen und schreiben kann“, betonte Anbuhl. Günter Lambertz vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) wies darauf hin, dass das Thema Analphabetismus im eigenen Betrieb bei zahlreichen Unternehmen auf Unverständnis stoße. Dennoch gebe es etwa bei den Auszubildenden funk-

tionale Analphabeten, von denen ein Großteil jedoch die Prüfungen bestehe. Dies zeige, dass Hilfe und Druck durch Unternehmen Erfolg haben könnten, sagte er. Jörg Maas von der Stiftung Lesen wies darauf hin, dass jeder fünfte 15-Jährige ein defizitäres Textverständnis habe. Diese Jugendlichen liefen Gefahr, irgendwann als Analphabeten in der Statistik aufzutreten. Alphabetisierung müsse bereits bei der frühkindlichen Bildung anfangen. Bei der nationalen Strategie dürfe es nicht allein um das Lesen und Schreiben lernen gehen, betonte Ulrich Aengenvoort vom Deutschen Volkshochschul-Verband. Ziel müsse vielmehr sein, die volle berufliche, gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe der Betroffenen zu gewährleisten. Ein flächendeckendes, wohnortnahes Grundbildungsangebot sei notwendig, das alle Lebensbereiche umfasse und von allen gesellschaftlichen Kräften getragen werde. Die Länder müssten sich der Herausforderung stellen, bundesweit rund 100.000 Kursplätze zur Verfügung zu stellen, forderte Peter Hubertus, Geschäftsführer des Bundesverbands Alphabetisierung und Grundbildung. Wichtig sei zudem die Einrichtung von Clearingstellen, die die Aktivitäten von Bund und Ländern zusammenführen. Zudem forderte er eine „verlässliche Grundbildungsinfrastruktur“. Bislang seien die Fördermaßnahmen vom Bund vor allem projektbezogen. Auf das Thema Alphabetisierungsarbeit bei Migranten machte Carola Cichos von Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aufmerksam. Pro Jahr besuchten nur 12.000 Migranten einen Alphabetisierungskurs, sagte Cichos. Das sei zu wenig.

tyh

KURZ NOTIERT

Grüne: Protokoll zum UN-Sozialpakt ratifizieren

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung auf, das Fakultativprotokoll zum UN-Sozialpakt zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Die Prüfung der mit einer Ratifikation verbundenen Anpassungserfordernisse im deutschen Recht scheine „vollends ins Stocken“ geraten zu sein, schreiben die Abgeordneten in einem Antrag (17/8461). Das Fakultativprotokoll zum internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ermöglicht laut Antrag unter anderem ein Verfahren, mit dem Personen beim zuständigen UN-Ausschuss Beschwerde einlegen können, wenn sie ihre im UN-Sozialpakt garantierten Rechte verletzt sehen. Mittels eines Gesetzesentwurfes (17/8452), fordert die Fraktion dem Fakultativprotokoll zuzustimmen. *tyh*

Grüne fordern universellen Zugang zu Medikamenten

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will den Zugang zu Medikamenten weltweit verbessern. Die meisten Erkrankungen in Entwicklungs- und Schwellenländern seien armutsbedingt; umgekehrt gelte, dass Krankheiten Armut verursachen, heißt es in einem Antrag (17/8493). Es sollten unter anderem jene Medikamente und Impfstoffe, „die auf öffentlich finanzierten Forschungsförderung beruhen“, für Menschen in ärmeren Ländern leichter zugänglich gemacht werden. Außerdem soll der deutsche Beitrag an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria von derzeit 200 Millionen auf 300 Millionen Euro jährlich erhöht werden. *ahf*

Diplomatische Beziehungen mit Palästina

Die Fraktion Die Linke fordert eine Aufwertung der diplomatischen Beziehungen zu Palästina. Die Bundesregierung soll „unverzüglich“ mit der palästinensischen Autonomiebehörde Verhandlungen über die gegenseitige Aufwertung des Status der deutschen und der palästinensischen Generaldirektionen aufnehmen. Das fordert die Fraktion in einem Antrag (17/8375). Ferner seien die bisherigen diplomatischen Vertretungen beider Länder zu regulären diplomatischen Missionen aufzuwerten. *bob*

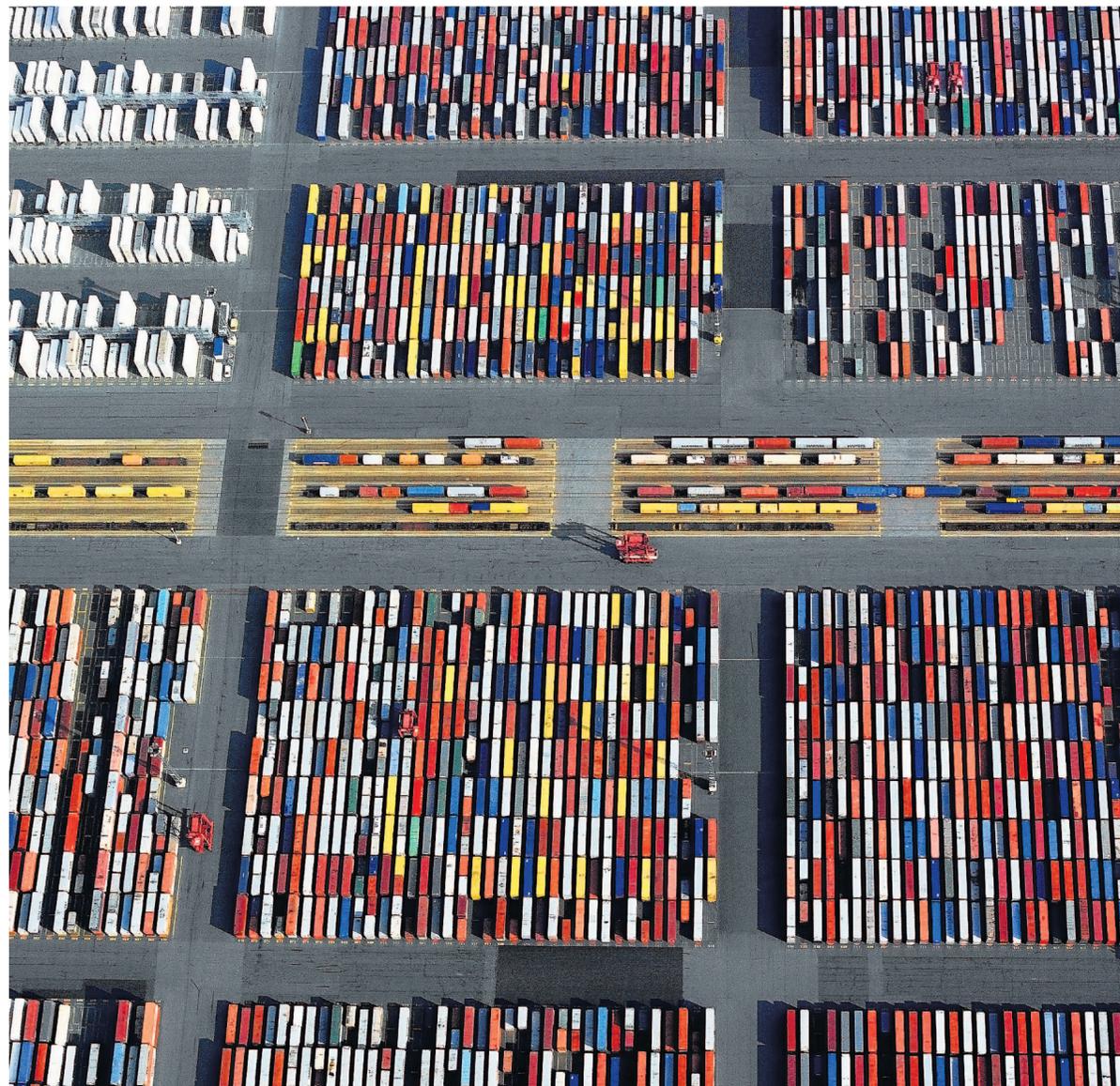
»Deutschlandjahre« werben für Wirtschaftsstandort

Mit der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wirbt die Bundesregierung auch für Deutschland als Wirtschafts- und Wissensstandort. Dies geht aus ihrem 15. Bericht hervor (17/8326). In diesem Zusammenhang habe das Format der Deutschlandjahre zunehmend an Bedeutung gewonnen. Ziel der gemeinschaftlichen Projekte des Auswärtigen Amtes, des Goethe-Instituts und der deutschen Wirtschaft sei eine „umfassende und facettenreiche“ Darstellung Deutschlands in ausgewählten Partnerländern. *bob*

Hilfe für Kindersoldaten

MENSCHENRECHTE Die Bundesregierung soll eine drohende oder erfolgte Rekrutierung als Kindersoldat als spezifisches Asylgrund anerkennen. Das fordert die Fraktion Die Linke in einem entsprechenden Antrag (17/8491), der am vergangenen Donnerstag erstmals im Plenum auf der Tagesordnung stand – pünktlich zum Internationalen Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten am 12. Februar (siehe Beitrag zum Red-Hand-Day auf Seite 14). Deutschland verletze mit seiner asylverfahrensrechtlichen Praxis grundlegende Vertragspflichten, indem es die besondere Schutzwürdigkeit von traumatisierten ehemaligen Kindersoldaten und von einer Zwangsrekrutierung bedrohten Minderjährigen missachtet, heißt es darin. Nach Willen der Abgeordneten sollen ehemalige Kindersoldaten und generell traumatisierte Kinder unmittelbar nach ihrer Einreise in Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht werden, so dass eine „angemessene Betreuung durch ausgebildetes Fachpersonal gewährleistet ist“. Weiter fordert die Fraktion, den Export von Kleinwaffen und leichten Waffen in Staaten und Konfliktregionen zu untersagen, in denen Minderjährige als bewaffnete Akteure eingesetzt werden. Zudem müsse die militärische Zusammenarbeit mit Streitkräften beendet werden, die Minderjährige für Militäreinsätze ausbilden, und Maßnahmen zur sozialen Wiedereingliederung ehemaliger Kindersoldaten zum Schwerpunkt deutscher Entwicklungszusammenarbeit gemacht werden. Laut Antrag geht die UN davon aus, dass derzeit 250.000 Kinder in mindestens 22 Staaten als Soldaten eingesetzt werden. Der Antrag wurde an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. *tyh*

Wandel durch Handel

GLOBALISIERUNG Bundesregierung setzt auf Partnerschaften mit Schwellenländern

Blick auf den Containerterminal Burchardkai im Hamburger Hafen: Als Exportnation ist Deutschland auf starke Partnerschaften angewiesen.

Diplomatisches Parkett ist glatt – das weiß niemand besser als ein Außenminister. Guido Westerwelle (FDP) zog am vergangenen Freitag bei der Vorstellung des Globalisierungskonzepts der Bundesregierung im Bundestag denn auch den Vergleich zur Ostpolitik der 1970er Jahre: So wie diese die Westbindung nicht in Frage gestellt habe, so stoße Deutschland heute nicht bewährten Partnern vor den Kopf, wenn es neue strategische Partnerschaften in einer multipolaren Welt schmiede. Die Abgeordneten nahmen das am Mittwoch vom Kabinett beschlossene Konzept „Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen“ (17/8600) zum Anlass für eine außenpolitische Grundsatzdebatte. Mit dem Konzept will die Regierung engere Beziehungen zu neuen, aufstrebenden „Gestaltungsmächten“ aus der Reihe der Schwellenländer knüpfen. Westerwelle plädierte dafür, in der Diskussion um Europas Schuldenkrise den Blick auf die Welt jenseits des Kontinents nicht aus dem Blick zu verlieren. Man dürfe nicht ignorieren, „dass neue Kraftzentren gewachsen sind und neue Gestaltungsmächte auf die politische Bühne kommen, die nicht nur wirtschaftlichen Erfolg haben, sondern auch politischen Einfluss“, sagte Westerwelle. Im Westen glaube man häufig immer noch, „den Taktstock fest in den Händen zu halten“.

Es sei wichtig, rechtzeitig „Partnerschaften mit diesen neuen Gestaltungsmächten“ einzugehen und aufzubauen. Das bedeute nicht, sich von alten Partnern abzuwenden. Europa, die Europäische Union und die transatlantische Partnerschaft blieben „das Fundament deutscher Außenpolitik“, betonte der Minister.

„Herzstück“ der deutschen Außenpolitik blieben außerdem die Vereinten Nationen. Allerdings müsse die Organisation die heutigen Kräfteverhältnisse widerspiegeln. Westerwelle kündigte an, sich weiter für eine Reform der UN stark zu machen, die eine stärkere Repräsentation von Weltregionen wie Südamerika, Afrika und Asien zum Ziel hat.

Als „Produkt des unangreifbaren guten Willens und der jeden Widerspruch entmutigenden Schlichtheit“ bezeichnete Gernot Erler das Globalisierungskonzept. „Hier wird buchstäblich über alles gesprochen“, sagte der Außenexperte der SPD-Fraktion, nur nicht darüber, welche Staaten der Außenminister denn konkret im Blick habe. Überdies sei Westerwelles Begriff der „neuen Kraftzentren“ eines der Hauptargumente in der Kontroverse nach der Entscheidung des UN-Sicherheitsrats im März 2011 zum Luftfeinsatz in Libyen gewesen, bei der sich Deutschland mit Russland und China entgegen Verbündeten wie die USA, Frankreich und Großbritannien gestellt habe. Der Begriff der neuen Kraftzentren sei Westerwelles „großes Aber zu unseren historisch gewachsenen, nicht aufgebbaren Partnerschaften“, kritisierte Erler.

Fingerzeig Philipp Mißfelder lenkte den Blick auf die gewachsene Verantwortung Deutschlands in Europa und der Welt, die sich in der „hohen Taktfrequenz“ ausländischer Staatsbesuche und der gefragten Rolle Deutschlands auf internationalen Konferenzen zeige. Das Konzept der Bundesregierung nannte der außenpolitische Experte der Unionsfraktion „ambitioniert und auch richtig“, weil es sich den Herausforderungen der Globalisierung sehr konkret stelle. Im Spannungsfeld zwischen werte- und interessengeleiteter Außenpolitik helfe nicht

der „erhobene Zeigefinger“. Die Welt warte nicht darauf, „dass wir sie belehren und ihr erklären, was wir für den besten Weg halten; vielmehr müssen wir aus unserer wirtschaftlichen Stärke heraus unsere politische Konzeption so glaubwürdig vertreten, dass sie als das attraktivste Lebensmodell der Welt erscheint“, sagte Mißfelder. Wolfgang Gehrcke von der Linksfaktion begrüßte die Grundsatzdebatte, das „Wesen“ des Globalisierungskonzepts hielt er jedoch für falsch: Es sei kein „Gestaltungskonzept, sondern ein Zerstörungskonzept“. Wer alte Partner wie im Augenblick Griechenland mit Sparkommissar-Vorschlägen und Diktaten zu Löhnen, Renten und Steuern traktiere, der werde keine neuen Partner finden. Das Konzept der Bundesregierung basiere auf der „Idee des freien Welthandels“, erhebe also die Macht des Geldes zur „wichtigsten Gestaltungskraft“, kritisierte Gehrcke. Nötig seien aber sozialer Ausgleich und „Solidarität statt Konkurrenz“. Zudem sei das Papier im Kern geprägt von „altem

Denken“, weil es keine Antworten auf die „großen Fragen der Menschheit“ liefere: auf den Kampf gegen Armut und Hunger, den „Stopp der Rüstungsspirale“ und die Verhinderung von Kriegen. Frithjof Schmidt hielt es bezeichnend für den FDP-Minister, dass in seinem Konzept das Wort „Gerechtigkeit“ fehle. Globalisierung zu gestalten heiße jedoch, einen „gerechten globalen Interessenausgleich“ zu schaffen, sagte der Außenexperte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Vor allem aber bedeute sie, politischen Selbstverpflichtungen nachzukommen. Deutschland halte seine eigenen Zusagen jedoch nicht ein – etwa bei der Bekämpfung des Klimawandels oder der weltweiten Armut im Rahmen der Millenniumziele. Deshalb enthalte das Konzept „viele leere Versprechen und wenig Substanz“. Zudem dränge sich der Eindruck auf, dass Außenpolitik „vor allem Vorhut deutscher Wirtschaftsinteressen“ sei, sagte Schmidt.

Lernprozess Diesen Vorwurf wollte der FDP-Außenexperte Rainer Stinner nicht unwidersprochen lassen: Einfluss und internationale Handlungsfähigkeit eines Landes würden „in einem ganz großen Maße“ von dessen wirtschaftlicher Kraft abhängen. Überdies sei der Vorwurf falsch: Vielmehr sei der Etat für die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik 2012 so hoch wie nie zuvor. Stinner unterstrich, dass sich Deutschland in einem Lernprozess befinde. Die multipolare Welt entwickle sich nicht nur nach europäischen Maßstäben und Werten. Deutschland müsse lernen, auch mit Staaten umzugehen, „die anders ticken als wir“, sagte Stinner. Ein Entschließungsantrag (17/8624) der Linksfaktion fand im Anschluss an die Debatte keine Mehrheit. Die Fraktion hatte darin die Bundesregierung aufgefordert, „unverzüglich“ mit der palästinensischen Autonomiebehörde über die gegenseitige Aufwertung des Status der Generaldelegation Palästinas in Deutschland und der deutschen Generaldelegation in Ramallah“ zu verhandeln. *Alexander Heinrich*

> KOMPAKT

> Globalisierung Mit dem Konzept „Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen“ will die Bundesregierung ein Kooperationsangebot an die „neuen Gestaltungsmächte“ in der Reihe der Schwellenländer richten.

> Arbeitsfelder Das Konzept skizziert ein vertiefte Zusammenarbeit in den Bereichen Frieden und Sicherheit; Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit; Wirtschaft und Finanzen; Ressourcen, Ernährung und Energie; Arbeit, Soziales und Gesundheit; sowie Entwicklung und Nachhaltigkeit.

> Global Governance Ein Schwerpunkt ist zudem die Reform der Vereinten Nationen – in deren Sicherheitsrat Schwellenländer mehr Gewicht bekommen sollen.

Oligarch auf Stimmenfang

RUSSLAND Der neueste Kandidat ist gleichzeitig der undurchsichtigste. Michail Prochorow, 46 Jahre alt und mit geschätzten 18 Milliarden Dollar drittreichster Russe, nimmt zum ersten Mal an einer Kremlwahl teil. Die anderen Bewerber um das Amt des Präsidenten sind den Russen vertraut. Nur über den Oligarchen Prochorow rätseln sie, ob er am Ende nicht vom Kreml ins Rennen geschickt ist, um die Stimmen der Protestwähler abzufangen und somit Wladimir Putin die Rückkehr ins oberste Staatsamt zu erleichtern. Prochorows Antwort auf diese Frage hilft kaum weiter. „Das letzte Mal habe ich Putin im April gesehen, und ich habe auch nicht mit ihm telefoniert“, sagt er. In diesem Jahr versuchen alle Kandidaten zur Präsidentenwahl am 4. März mit liberalen Ansätzen bei den Unzufriedenen im Land zu punkten. Mit Vorschlägen von einer stärkeren Korruptionsbekämpfung bis zur Neuwahl des Parlaments wollen sie jene Zehntausende für sich gewinnen, die seit Dezember für faire Wahlen auf die Straßengehen. Selbst Regierungschef Putin präsentiert in diesen Tagen immer neue Ideen für ein moderneres Russland. Doch viele Bürger bezweifeln, dass den schönen Worten später auch große Taten folgen werden. Ansonsten ist klar, was sie von den Bewerbern zu erwarten haben. Für den Rechtspopulisten Wladimir Schirinowski ist es bereits die fünfte Kreml-Wahl. Kommunist Gennadij Sjuganow tritt zum vierten Mal an. Sergej Mironow, Chef der Partei „Gerechtes Russland“, steht zum zweiten Mal auf dem Stimmzettel. Grigorij Jawlinskij von der oppositionellen Jablko-Partei hätten viele Protestwähler gerne als Alternative angekreuzt, doch die Wahlleitung ließ ihn erst gar nicht als Kandidaten zu. Zu groß war offenbar die Angst, er könnte Putin in eine Stichwahl zwingen, die das Image des starken Führers schwächen würde. Nun erklärt Prochorow, er werde gegen Putin in einem zweiten Durchgang antreten. Der Geschäftsmann rechnet mit 15 bis 20 Prozent der Stimmen. Er fordert mehr Konkurrenz in Politik und Wirtschaft. Dass er einerseits Putin schlagen möchte, andererseits aber nicht ausschließt, Regierungschef unter Putin werden zu können, lässt Fragen offen. Davon abgesehen ist kaum zu erwarten, dass die Russen einen Oligarchen zu ihrem Präsidenten machen. In Umfragen kommt Prochorow auf knapp vier Prozent. Auch die anderen Bewerber liegen weit hinter Putin zurück, der derzeit knapp über 50 Prozent der Stimmen liegt. Der nächste Präsident Russlands dürfte damit feststehen. Spannung bereitet nur noch die Frage, wie viele Wahlgänge nötig sind. *Oliver Bilger, Moskau*

Der Autor ist „Handelsblatt“-Korrespondent.

Parlamentarier zu Gast

Albanien/Tunesien Auf Einladung von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat die Präsidentin des Parlaments der Republik Albanien, Jozefina Coha Topalli, Berlin besucht. Wichtigstes Thema der Gespräche mit ihrem deutschen Amtskollegen in der vergangenen Woche war die Aufnahme Albanien in die Europäische Union, für die es bislang kein Datum gibt. Nach dem jüngsten Fortschrittsbericht hat die Europäische Kommission eine entsprechende Empfehlung für die Verleihung des Kandidatenstatus nicht ausgesprochen, da das über 40 Jahre in der Isolation lebende Land die Voraussetzungen für eine EU-Mitgliedschaft derzeit nicht erfüllt. „Albanien wird noch einige Zeit benötigen“, sagte Lammert im Anschluss an sein Gespräch mit den Gästen aus Tirana. Das Balkan-Land unternimmt Anstrengungen bei der Bekämpfung der grassierenden Korruption. Parlamentspräsidentin Topalli setzt sich für weitere Visa-Erleichterungen für Reisen in die EU ein. Gemeinsam mit den sie begleitenden Abgeordneten der Demokratischen und Sozialistischen Partei verfolgt Topalli einen Teil der Bundestagsitzung. Ebenfalls vergangene Woche informierte Mustaphar Ben Jaäfar, der Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Tunesiens, den Bundestagspräsidenten über den Verlauf des Beratungsprozesses zum künftigen Staatsaufbau Tunesiens. Seit Lammerts Visite in Tunis im Dezember 2011 sind bereits verschiedene Gesetze verabschiedet worden. Tunesien erlebt derzeit intensive Debatten unter anderem darüber, ob es sich eine präsidentiale oder parlamentarische Struktur geben wird und ob die Scharia, das islamische Recht, in die Gesetzgebung integriert wird oder nicht. Ein Jahr hat sich die Verfassungsgebende Versammlung, die im Oktober 2011 gewählt wurde, für die Lösung dieser Fragen Zeit gegeben. Vorentscheidungen zeichnen sich momentan nicht ab. *sad*



Parlamentspräsidentin Jozefina Topalli

»In Syrien herrscht Krieg«

AUFSTAND In Damaskus ist vergangene Woche viel über Reformen und einen Dialog mit der Opposition gesprochen worden. Russland und der Iran schickten Emissäre zu Präsident Baschar al-Assad, um die Aussichten auf eine politische Lösung auszuloten. Von Reformen unter der Ägide des Vizepräsidenten Farouq al-Matar war die Rede und von einem Verfassungsreferendum. Mit der Realität in den Hochburgen der Protestbewegung haben diese Gespräche wenig zu tun. Dort schießen die Truppen des Regimes aus vollen Rohren. Besonders schlimm ist die Lage in Homs, wo Granaten auf Wohnhäuser abgefeuert wurden und Dutzende Zivilisten starben. Aber auch in Daraa, Idlib, Hama und im Umland von Damaskus geht das Regime mit äußerster Brutalität gegen seine Gegner vor. Am Freitag kamen in Aleppo im Norden des Landes mindestens 25 Menschen bei Autobombenanschlägen ums Leben. „Was für ein Dialog denn? In Syrien herrscht Krieg“, rief die syrische Oppositionelle Rima Feleihan empört während einer Talkshow des TV-Senders Al-Arabiya. Feleihan gehört dem Syrischen Nationalrat (SNC) an, der für die Einrichtung einer UN-Schutzzone in Syrien eintritt. Davon ist die internationale Gemeinschaft jedoch weit entfernt. Eine solche Schutzzone wäre ohne Luftangriffe kaum durchzusetzen. Russland und China sind ohnehin strikt dagegen. Sie haben schon zum zweiten Mal eine scharfe Syrien-Resolution durch ihr Veto zu Fall gebracht und wollen die vom Westen beschlossenen Sanktionen gegen das Regime nicht mittragen. Sanktionen und diplomatische Isolation durch die Araber können ein Regime zwar schwächen. Doch einen Umsturz bewirken können sie nicht. Der frühere irakische Diktator Saddam Hussein trat den Beweis dafür einst an ebenso wie der Libyer Muammar al-Gaddafi. Möglicherweise richtet sich das syrische Regime auf eine lange Durststrecke ein, die es mit Hilfe von Verbündeten wie Iran, China



Andreas Jacobs, Büroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Kairo: Im Dezember vergangenen Jahres durchsuchten ägyptische Sicherheitskräfte die Büroräume der Stiftung.



MELDUNG

Büro der KAS Ägypten vorübergehend geschlossen

Aufgrund staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen ist das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ägypten vorübergehend geschlossen. Telefonate und E-Mails können nicht beantwortet werden. In dringenden Fällen wenden Sie sich bitte

Ein bisschen Einigkeit

MITTELMEERPOLITIK Fraktionen verurteilen ägyptisches Vorgehen gegen Konrad-Adenauer-Stiftung

Es begann Ende 2011 mit Durchsuchungen der Büros von 17 Nichtregierungsorganisationen (NGO) und ausländischen Institutionen in Kairo, darunter auch denen der Konrad-Adenauer-Stiftung. Am 6. Februar dieses Jahres wurde dann von ägyptischer Seite offiziell bekannt gegeben, dass gegen Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo Anklage wegen angeblicher verbotener Aktivitäten und illegaler Annahme von Geldern aus dem Ausland erhoben wurde. Aus Sicht aller Fraktionen des Bundestages ist dieses Vorgehen der ägyptischen Behörden inakzeptabel. Einem Antrag der Koalitionsfraktionen (17/8578), der die umgehende Einstellung des Verfahrens fordert, schlossen sich während der Debatte am vergangenen Donnerstag daher auch die Oppositionsfraktionen an.

Haltlose Vorwürfe Die Vorwürfe gegen die Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung seien haltlos, betonte der Fraktionsvorsitzende der Union, Volker Kauder. Derzeit liege noch nicht einmal eine Anklageschrift vor, so dass sich der Verdacht aufdränge, dass das Vorgehen politischen Zwecken diene, sagte Hans-Ulrich Klose (SPD). Die Grünen-Abgeordnete Kerstin Müller verwies darauf, dass neben den beiden Mitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung zahlreiche weitere Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) angeklagt seien. Wolfgang Gerhard (FDP), Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung, erinnerte da-

ran, dass die Arbeit der politischen Stiftungen bei den Transformationsprozessen in Portugal und Spanien sehr erfolgreich gewesen sei. Es sei aber auch weltweit zu beobachten, dass die Stiftungen „misstrauisch beäugt werden“. Im Falle Ägyptens müsse man deutlich machen, dass es mit einer Revolution allein nicht getan sei. Auch eine durch Mehrheit an die Macht gekommene Struktur müsse wissen, dass „Mehrheit nicht alles darf“, sagte Gerhard. Wichtig für eine funktionierende Zivilgesellschaft seien auch der Minderheitenschutz und das „Recht des Fremden“. Ägypten brauche die Bereitschaft zur Transformation, betonte Gerhard.

Bei der Arbeit der politischen Stiftungen gehe es um Demokratieförderung und den Aufbau von Zivilgesellschaften, machte Hans-Ulrich Klose deutlich, selbst Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Arbeit sei oft schwierig und gefährlich, da schnell der Vorwurf der Einmischung erhoben werde. Was nun den Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung vorgeworfen werde, sei nicht ganz klar, sagte Klose. Ziel der zuständigen Ministerin sei es offenbar, das Geld der Stiftungen und NGOs im Land in einem Topf zu bündeln, über den die Regierung verfügen könne. Zugleich habe er die Vermutung, dass die Militärregierung die Aktion nutze, „um innenpolitisch zu

punkten“, sagte der SPD-Außenpolitiker. Er persönlich sei zutiefst davon überzeugt, dass die Gelder durch die Stiftungsmitarbeiter nicht zweckentfremdet wurden.

Einhaltung von Menschenrechten Die deutsche Regierung habe den Weg Ägyptens in die Demokratie unterstützt, ohne sich in die innenpolitische Diskussion einzuschalten, betonte Volker Kauder (CDU). Die erhobenen Vorwürfe gegen die Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung seien haltlos und unverständlich, stellte er klar. Auch dem Stiftungsvorsitzenden Hans-Gert Pöttering sei bei seinen Gesprächen mit den Behörden kein konkreter Vorwurf genannt worden, kritisierte Kauder. „Einschüchterung“, betonte der Vorsitzende der Unionsfraktion weiter, „darf nicht zum Maßstab ägyptischer Politik werden.“ Der Transformationsprozess könne nur in Zusammenarbeit mit Europa gelingen. „Das geht aber nur, wenn universelle Menschenrechte eingehalten werden“, machte er deutlich.

Auch die Linksfraktion stehe solidarisch zu den Mitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung, sagte Niema Movassat (Die Linke). Daher stimme man dem Antrag zu. Es sei gleichwohl bedauerlich, dass es nicht gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag zu verabschieden. Movassat übte zugleich Kritik an der Bundesregierung. Diese müsse Ver-

trauen wieder zurück gewinnen, das durch die „jahrzehntelange Zusammenarbeit“ mit dem Diktator Husni Mubarak verloren gegangen sei. Deutschland habe Mubarak Waffen geliefert, die möglicherweise auch gegen Demonstranten eingesetzt worden seien, sagte der Linkenabgeordnete und forderte ein Ende der Rüstungsexporte in das Land.

Ungeachtet des internationalen politischen Drucks seien neben den beiden Mitarbeitern der Adenauer-Stiftung weitere 42 Mitarbeiter von NGOs angeklagt, sagte Kerstin Müller (Grüne). „Das ist ein völlig unakzeptabler Vorgang“, machte sie deutlich. Ein ermutigendes Zeichen wiederum sei die Tatsache, dass der Menschenrechtsausschuss des ägyptischen Parlamentes kritisch über das Vorgehen der Behörden diskutiere, sagte Kerstin Müller. Bedauerlich nannte es die außenpolitische Sprecherin der Grünen allerdings, dass die Union das Thema „innenpolitisch ausschaltet“ und sich gegen eine Beteiligung der Linksfraktion an dem Antrag ausgesprochen habe. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hätten sich daraufhin der Initiative ebenfalls nicht angeschlossen, sagte sie.

Breiter Konsens Eine Erklärung hierfür lieferte der stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende und CDU-Außenexperte Andreas Schockenhoff. Er dankte der Opposition für ihre Zustimmung und nannte es zugleich eine „Grundsatzentscheidung der CDU/CSU-Fraktion, dass wir mit einer Fraktion dieses Hauses keine parlamentarische

Zusammenarbeit pflegen“. Das ändere jedoch nichts an dem zu begrüßenden breiten Konsens, betonte Schockenhoff.

Problemfall Syrien Auf die Situation in Syrien gingen während der abschließenden Lesung zweier Oppositionsanträge (SPD: 17/5487, Die Linke: 17/8582) am vergangenen Freitag gleich mehrere Redner ein. Günter Glos (SPD) richtete dabei ebenso wie sein Unions-Kollege Joachim Hörster einen Appell an Russland und China, sich im Weltfriedensrat für eine Konfliktlösung einzusetzen. Von der Bundesregierung forderte Glos „einen kompletten Abschiebestopp nach Syrien“. Sevim Dagdelen, Sprecherin für Internationale Beziehungen der Linksfraktion wandte sich deutlich gegen ein militärisches Eingreifen in Syrien. Die Linke stehe „ohne Wenn und Aber auch im Mittelmeerraum für Verhandlungen statt Eskalation“. Ebenso wie die Linkeabgeordnete übte auch Viola von Cramon (Grüne) Kritik an der Migrationspolitik der Bundesregierung. Visafreiheit ist ihrer Ansicht nach ein wichtiger Baustein für den Demokratisierungsprozess. Die Bundesregierung verhandle stattdessen über Rücknahmevereinbarungen, sagte von Cramon.

Breite Unterstützung gab es während der Debatte für die geplanten Freihandelszonen. Wer aber wie die Linksfraktion dagegen sei, dass die Märkte für die arabischen Länder geöffnet würden, verfolge eine Verleumdungsstrategie, kritisierte der FDP-Abgeordnete Rainer Stinner. **Goetz Hausding**



Aufstand gegen Assad

und Russland zu überstehen hofft. Was der herrschenden Klasse in Damaskus in die Hände spielt, ist die Zersplitterung der Opposition, die durch die Gründung des SNC im vergangenen Jahr keineswegs beendet worden ist. Außerdem haben viele Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten Angst, dass nach einem Sturz des Assad-Regimes mit Unterstützung der arabischen Golfstaaten eine islamistisch-sunnitische Regierung an die Macht kommt, die ihre Rechte ignoriert. **Anne-Béatrice Clasmann**

Die Autorin ist dpa-Korrespondentin für die arabische Welt.

Die Revolution frisst ihre Kinder

ÄGYPTEN Repressionen und schleppende Machtübergabe: Das Misstrauen gegen den regierenden Militärrat ist so groß wie nie

Das Szenario, das sich derzeit in der ägyptischen Hauptstadt abspielt, könnte aus einem der historischen Schlachtenfilme stammen. In gebührendem Abstand stehen sich die beiden Parteien gegenüber, beäugen sich misstrauisch, bis einer den Befehl zum Angriff gibt oder die Hochspannung durchbricht und einfach auf das Gegenüber losrennt. Seit dem verheerenden Blutbad im Fußballstadion von Port Said Anfang Februar, bei dem 74 Menschen ums Leben kamen und fast Tausend verletzt wurden, hat die Wut auf die Sicherheitskräfte in Ägypten stetig zugenommen. Aber nirgends wird die Konfrontation so bildlich ausgetragen wie in der Kasr al-Aini-Straße, unweit des Tahrir-Platzes im Zentrum von Kairo. Dort stehen Reihen von schwarz gekleideten Polizisten mit Schild, Helm und Knüppel Hunderten von teilweise verummten, mit Mundschutz, Steinen, Feuerwerkskörpern und Brechstangen ausgerüsteten Protestierern gegenüber. Man werde nicht aufhören, so lange der Innenminister noch im Amt ist und der Militärrat nicht klare Angaben zur Machtübergabe an eine Zivilregierung mache, wird von Seiten der wütenden Demonstranten immer wieder betont. Noch vor genau einem Jahr war es umgekehrt. Damals gingen das Volk und Armee Hand in Hand. Eine Million Menschen hat-

ten auf dem Tahrir-Platz den Abtritt ihres 30 Jahre regierenden „Pharaos“ Husni Mubarak gefordert und die Militärs drängten den Despoten schließlich zum Rücktritt. Überschwangliche Freude und Dankbarkeit für die Armee war die Folge. Bilder mit jubelnden Ägyptern, die Soldaten umarmten, ihnen Blumen schenkten und ihre Kinder auf den Panzern fotografierten, gingen um die Welt. Jetzt ist die Party vorbei und nur noch Katerstimmung übrig. „Sie haben Mubarak gepöppelt, um selbst an der Macht bleiben zu können“, vermuten Aktivisten der ersten Stunde. Das Misstrauen gegenüber dem regierenden Militärrat ist so groß wie noch nie. Das Verfahren gegen Mubarak, seine beiden Söhne, und den ehemaligen Innenminister und das neu gewählte Unterhaus des Parlaments reichen für eine positive Bilanz des vergangenen Jahres nicht aus. „Die Militärs verschleppen die Erneuerung absichtlich“, sagen die jungen Revolutionäre der Demokratiebewegung. „Dafür sind wir nicht auf die Straße gegangen und haben unser Leben aufs Spiel gesetzt.“

Staat im Staate Das Mismanagement des Militärrats und die schleppende Übergabe der Macht an zivile Institutionen hat nun auch eine friedliche Initiative des zivilen Ungehorsams hervorgerufen. Das Online-Portal „Boycott Them“ macht deutlich, wie

sehr die Militärs in der Gesellschaft verankert sind und sich einen Staat im Staate geschaffen haben. Schätzungen zufolge werden bis zu 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes von Betrieben erwirtschaftet, die der Armee gehören. Darunter sind Tankstellen, Kinos, Hotels und Firmen, die Marmelade herstellen, Wasser abfüllen oder Kühlschränke produzieren. „Die nehmen unser Geld, um uns zu töten, anstatt uns zu beschützen“, schreibt ein wütendes Mitglied



Protest vor dem Innenministerium in Kairo

der Initiative auf Twitter und ruft die Ägypter auf, die Produkte zu boykottieren. Auch wenn der Internet-Aufruf keine Breitenwirkung haben wird, da fast die Hälfte der Ägypter Analphabeten sind, so hoffen die Initiatoren, doch ein Bewusstsein für die Rolle des Militärs zu schaffen.

Anklagen „Auf lange Sicht könnte dies ein Werkzeug sein, um den Druck auf die Armee zu erhöhen“, schätzt Ziad Akl, Analyst des Al-Ahram-Zentrums für politische Studien. Denn bisher haben sich die Militärs geweigert, Rechenschaft über ihre Finanzen abzulegen. Die einzige Zahl, die in diesem Zusammenhang jemals veröffentlicht wurde, sind die 1,3 Milliarden US-Dollar Militärhilfe, die Washington alljährlich seit dem Friedensschluss mit Israel 1979 an Kairo überwies. Genau dies stellt die US-Regierung jetzt in Frage seitdem ein ägyptisches Gericht Anklage gegen 43 Mitglieder von ausländischen Organisationen erhoben hat, die den Demokratisierungsprozess unterstützen wollen. Ihnen wird vorgeworfen, die Sicherheit Ägyptens zu gefährden und ohne Lizenz zu arbeiten. Unter den Angeklagten sind auch zwei deutsche Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung (siehe Beitrag oben). **Birgit Svensson, Kairo**

Die Autorin ist freie Korrespondentin.

Anzeige

Wählergemeinschaften



Politik an den Parteien vorbei
Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative
Herausgegeben von Martin Morlok | Thomas Poguntke | Jens Walther
2012, 295 S., brosch., 59,- €
ISBN 978-3-8329-7052-9
(Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung, Bd. 42)

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/14163



Sparen in der Not

EUROPA Mit dem Fiskalpakt wollen sich 25 EU-Staaten zu mehr Haushaltsdisziplin verpflichten. Ein Meilenstein – finden Union und FDP. Die Opposition hält dagegen: Sparen bringt noch kein Wachstum in Ländern wie Griechenland



Mit dem Fiskalpakt will Europa auf die Schuldenbremse drücken.

Meisterstück oder eher ein Freifahrtschein für Sozialabbau? Über den Fiskalpakt zur Überwindung der Schuldenkrise in Europa gingen vergangenen Donnerstag die Meinungen im Parlament weit auseinander. Eine auf Verlangen der Linksfraction abgeraumte Aktuelle Stunde nutzte die Opposition für ihre Generalkritik am europapolitischen Kurs der Bundesregierung. Während Union und FDP den Fiskalpakt als „Meilenstein“ auf dem Weg zu ausgeglichene Haushalten lobten, kritisierten Sozialdemokraten, Grüne und Linke, dass Länder wie Griechenland mit fiskalischer Disziplin allein kaum auf die Beine kommen könnten.

Spaltung Von einer „Diktatur der Finanzmärkte“ sprach der Fraktionsvize der Linken, Dietmar Bartsch, zu Beginn der Debatte. Die jüngsten Verhandlungen in Athen würden erneut zeigen, dass Löhne und Renten gesenkt, Vermögende jedoch nicht zur Kasse gebeten werden. Eine Politik des Sparökonomens führe zu Armut, Verzweiflung und zur Spaltung Europas, warf er der Bundesregierung vor. Zudem bleibe die Demokratie auf der Strecke: Während sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die „marktkonforme Demokratie“ wünsche, wolle die Linke einen „demokratischen Markt“, Norbert Barthle von der Unionsfraktion erwiderte, dass die Linke Altbekanntes im

Sinne habe: mit mehr Steuergeld den Konsum und damit das Wachstum anzukurbeln. Dieser Kurs sei in Griechenland gründlich schief gegangen. Bei der Bekämpfung der Staatsschuldenkrisen müsse man an die „Wurzel heran“, und das heiße: weniger Schulden und eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Barthle warf seinem Vordenker Scheinheiligkeit vor: Wenn Griechenland mehr Geld bekommen soll, dann müsse Bartsch heimischen Arbeitnehmern auch erklären, „warum sie bis 67 arbeiten sollen, während Ihre Freunde in Griechenland sieben Jahre fürher in Rente gehen“, sagte Barthle.

Das „Prinzip Hoffnung“ erblickte der SPD-Haushälter Klaus Hagemann im Fiskalpakt. Die Ratifizierung in 25 Ländern und die Umsetzung seien noch völlig offen. Haushaltsdisziplin allein erzeuge außerdem noch kein Wachstum. Es stelle sich auch die Frage nach Lebensperspektiven und nach der Würde von Nationen: Viele Griechen würden noch nicht einmal einen „Silberstreifen am Horizont“ erkennen können, sagte Hagemann. Umso fragwürdiger seien die Forderungen der Bundeskanzlerin nach einem Sparkommissar oder die Formulierung des Unionsfraktionsvorsitzenden Volker Kauder, in Europa werde Deutsch gesprochen. Hier habe die Koalition bereits „viel politisches Porzellan zerschlagen“.

Von einer „unausweichlichen Entgiftung“ sprach Joachim Spatz von der FDP-Fraktion: „Wir verabschieden uns vom süßen Gift der

Verschuldung, und das tut weh.“ Dieser Schritt sei jedoch nötig, um sich von Geldgebern unabhängig zu machen und künftigen Generationen nicht die Gestaltungsspielräume zu nehmen. Die Koalition setze auf einen europa- und fiskalpolitischen „Dreiklang“, erläuterte Spatz: Solidarität durch den angestrebten Fiskalpakt, Solidarität durch den Rettungsschirm ESM sowie Wachstum durch Investitionsmittel aus den EU-Fonds. Europa wettbewerbsfähiger zu machen heiße nicht, den Starken zu schwächen, sondern den Schwachen stark zu machen, sagte der Liberale.

> FAKTEN

> Fiskalpakt 25 EU-Staaten wollen Anfang März ein Abkommen für mehr Haushaltsdisziplin schließen. Dazu gehört, dass die Länder eine Schuldenbremse einführen.

> Sanktionen Deutschland hatte zunächst für ein Klagerecht der EU-Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof bei Verstößen eines Vertragslandes gegen den Pakt erworben, sich mit diesem Vorschlag aber nicht durchgesetzt.

> Klagerecht Nach derzeitigem Stand würden sich die Staaten einander vor Gericht bringen können. Auf eine konkreten Mechanismus wollen sich die 25 Länder bis zur Vertragsunterzeichnung einigen.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Michael Link (FDP), wies den Vorwurf zurück, der Fiskalpakt spalte Europa und untergrabe die Demokratie: Es bleibe erklärtes Ziel, den jetzt noch zwischenstaatlich ausgehandelten Vertrag spätestens in fünf Jahren in die EU-Verträge zu überführen. Zum anderen würden die Parlamente in Europa selbstbestimmt und in Abstimmung untereinander über die parlamentarischen Begleitverfahren entscheiden. Bei der umstrittenen Regelung zum Klagerecht bei Vertragsverletzungen sei man noch nicht „am Ende der Reise“ (siehe „Fakten und Beitrag unten“). Alexander Heinrich

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Vertreter des Dalai Lama zu Besuch

MENSCHENRECHTE Der Vertreter des Dalai Lama in der EU hat nachdrücklich für die Einsetzung eines EU-Sonderkoordinators für Tibet geworben. Zudem betonte Kelsang Gyaltsen vergangene Woche vor dem Menschenrechtsausschuss, dass eine Resolution des Bundestages zur Situation in Tibet ein wichtiges Zeichen öffentlicher Solidarität darstellen könne. Die Lage in den tibetischen Provinzen sei dramatisch. Die Zahl der Selbstverbrennungen nehme zu, allein 2012 hätten sich sieben Tibeter verbrannt. Damit sei die Zahl der Selbstverbrennungen in Tibet auf 20 gestiegen. Wie Gyaltsen weiter mitteilte, werden Demonstrationen mit Gewalt beendet und internationale Delegationen, Diplomaten und Berichterstatter von den Provinzen ferngehalten. Der Bundestag müsse gegenüber China darauf dringen, dass eine Delegation sich die Situation vor Ort anschauen könne. Die Wichtigkeit von Delegationsreisen nach Tibet unterstrich auch die CDU/CSU-Fraktion und erinnerte an eine Reise von Abgeordneten des Menschenrechtsausschusses vor zwei Jahren nach Tibet. Hinsichtlich eines EU-Sonderkoordinators stelle sich die Frage, ob er die Mühen der

EU nach Meinung Gyaltsens potenzieren sollte oder ob er notwendig sei, weil die EU keine einheitliche Meinung habe. Die SPD-Fraktion bekundete ihren Willen zu einer gemeinsamen Resolution des Bundestages. Gleichzeitig wollte sie wissen, ob die Tibeter im In- und Ausland eine einheitliche Position hinsichtlich der Selbstverbrennungen hätten. Der Dalai Lama habe öffentlich deutlich gemacht, dass er diese Art des Protests für kein geeignetes Mittel halte. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wollte wissen, warum es gerade in letzter Zeit eine Zunahme von Selbstverbrennungen gegeben habe. Sie bekräftigte zudem, dass die Probleme in Tibet gegenüber China offen angesprochen werden müssten. Eine gemeinsame Resolution sei hierbei ein „starkes Signal“ und wirksamer, als wenn jede Fraktion einzeln vorgehe. Auch die FDP-Fraktion erkundigte sich nach den Selbstverbrennungen. Sie fragte, wie die Exiltibeter darüber dächten und welchen kulturellen Hintergrund die Verbrennungen hätten. Zudem wollten die Abgeordneten wissen, welchen Einfluss der Verzicht des Dalai Lama auf alle weltlichen Ämter habe. tyh

Transparenz bei Rohstoffen

ENTWICKLUNG Die Pläne der EU-Kommission für mehr Transparenz auf den Rohstoffmärkten stießen bei allen Fraktionen und bei der Bundesregierung auf grundsätzliche Zustimmung. „Drei Viertel der ärmsten Menschen leben in rohstoffreichen Ländern“, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin im Entwicklungsministerium, Gudrun Kopp (FDP), vergangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Es sei „hohe Zeit“, hier für mehr Transparenz zu sorgen, damit diese Menschen stärker vom Rohstoffvorkommen ihrer Länder profitieren als bisher. Trotz Einigkeit in der Sache fand ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/8354) zu verbindlichen Offenlegungspflichten von Rohstoffunternehmen im Ausschuss keine Mehrheit. Die Grünen fordern die Bundesregierung darin auf, die Vorschläge der Kommission „aktiv und vollumfänglich zu unterstützen und ihre Umsetzung auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene zügig in die Wege zu leiten“. Die SPD-Fraktion, die für den Antrag der Grünen votierte, hob insbesondere die vorgesehene Offenlegung jedes einzelnen Rohstoffförder-

projekts hervor: Ohne diesen Projektbezug wäre die geplante EU-Richtlinie eine „stumpfes Schwert“, sagte ein Vertreter der Fraktion. Die Linke begrüßte die Pläne der EU-Kommission, enthielt sich aber bei der Abstimmung zum Grünen-Antrag: Man könne von den im Rohstoffsektor tätigen Unternehmen „deutlich mehr Verantwortung verlangen“, sagte ihr Vertreter. Genau in diesem Punkt meldeten die Koalitionsfraktionen Zweifel an: Sowohl Union und FDP-Fraktion begrüßten die Vorschläge aus Brüssel, gaben aber zu bedenken, dass sie noch einige ungeklärte Fragen – etwa die Auswirkungen für Unternehmen – enthielten. Den Antrag der Grünen lehnte die Unionfraktion ab, weil „er zu viel auf die Unternehmen abwälzen“ wolle. Die Verantwortung für nachhaltige Entwicklung, etwa für den „Aufbau von Wertschöpfungsketten“ und Bildungssystemen liege zuallererst in der Verantwortung der Regierungen der Entwicklungsländer selbst, sagte ein Vertreter der Unionsfraktion. Es müsse darauf geachtet werden, dass Unternehmen „keine überbordende Bürokratie“ aufgebürdet würde, sagte ein Vertreter der Liberalen. ahe

Pakistan soll abrüsten und vermitteln

AUSWÄRTIGES Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert, Pakistan auf der „außenpolitischen Agenda“ eine höhere Priorität einzuräumen. Das Land solle stärker als bisher für eine politische Lösung im benachbarten Afghanistan aber auch für die gesamte süd- und zentralasiatischen Region eingebunden werden, heißt es in einem Antrag der Fraktion (17/8492), der am vergangenen Donnerstag auf der Tagesordnung des Plenums stand. Die Abgeordneten fordern die Bundesregierung zu einer „aktiven Einbindungs-Diplomatie“ auf, die Pakistan einerseits zur Lösung regionaler Konflikte in die Pflicht nimmt, andererseits klarstellt, dass das Land als Partner „erwünscht ist und gebraucht wird“. Pakistan soll zudem aufgefordert werden, gegenüber Indien abzurüsten und ebenso wie das Nachbarland dazu bewegt werden, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. Konkret schlagen die Abgeordneten außerdem vor, die „demokratischen Kräfte“ und die Zivilgesellschaft in Pakistan von offizieller Seite zu stärken, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit „deutlich zu erhöhen“ sowie die „Lieferung von Kriegsgerät in die Spannungsgebiete Pakistan und Indien zu unterlassen“.

Pakistan komme eine entscheidende Rolle für die Entwicklung der gesamten süd- und zentralasiatischen Region zu, schreiben die Abgeordneten zur Begründung. Während das Land nahezu ausschließlich unter „Afghanistan-politischen Gesichtspunkten“ wahrgenommen werde, schwebten ungelöste Konflikte mit Indien weiter und die Frage des Umgangs mit dem pakistanischen Atomwaffenprogramm bleibe unbeantwortet, heißt es weiter. Während der ersten Lesung machte Roderich Kiesewetter (CDU) darauf aufmerksam, Pakistan habe enorme geostategische Bedeutung in einer Region, die auf vielfältige Weise noch keine regionale Stabilität entwickelt hat. Johannes Pflug (SPD) stellte fest, in geopolitischer stehe das System Pakistan unter enormem Stress, wie die jüngsten Konflikte zwischen Militärführung und Regierung zeigen. Und Bijan Djir-Sarai (FDP) fand, das Land gehöre auf die politische Agenda. Jan van Aken (Die Linke) fiel auf, wenn man in Deutschland über Pakistan rede, dann immer in einem Atemzug mit Afghanistan und mit Terror. Ute Koczy (Grüne) konstatierte, dass Pakistan viel zu lang abseits der politischen Agenda gestanden habe. ahe/bob

Stippvisite auf der größten und schönsten Baustelle der Welt

EUROPA Bundestagspräsident Lammert besucht anlässlich des fünfjährigen Bestehens das EU-Verbindungsbüro des Bundestages in Brüssel. Gespräche mit van Rompuy und Barroso

Es hätte das Motto seines Besuches in Brüssel sein können: „Europa ist die größte und schönste Baustelle der Welt.“ Diese Worte tippt Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) eigenhändig auf einer Tastatur am Ausgang des Besucherzentrums des Europäischen Parlamentes (EP), dem „Parlamentarium“. Sekunden später erscheint der Satz auf dem Display eines mannshohen Quaders. Im Wechselspiel mit anderen Erkenntnissen, die Besucher der eindrucksvollen Ausstellung im Kellergeschoss des Parlamentsgebäudes hinterlassen haben, wischt die schlicht mit „Lammert“ unterschriebene, eindeutige Botschaft in bunten Farben über die Animationsfläche. Abwechslungsreich und mit klaren Aussagen versehen: So soll sich dieser ganze Tag gestalten. Anlass des Besuches ist eigentlich das fünfjährige Bestehen des Brüsseler Verbindungsbüros vom Deutschen Bundestag bei der Europäischen Union. Weil aber in derselben Woche der EU-Gipfel getagt hat, steht der Aufenthalt trotz des Jubiläums weniger im Zeichen einer rückwärtsgewandten Betrachtung europäischer Politik. Vielmehr

trifft sich Lammert mit dem Präsidenten des Europäischen Rates und Vorsitzenden der Euro-Gruppe, Herman van Rompuy, sowie mit José Manuel Barroso, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, um die Zukunft der EU zu diskutieren.

Der EU-Fiskalpakt Im Zentrum der Betrachtung steht dabei der von den europäischen Staats- und Regierungschefs beschlossene EU-Fiskalpakt. Dazu sagt Lammert am Rande der Gespräche: „Ich begrüße die Veränderungen im Vertragstext. Das gilt insbesondere für die wichtige und bislang ungeklärte Frage, wie der angestrebte Automatismus bei Vertragsverletzungen durch Klage beim Europäischen Gerichtshof umgesetzt werden soll.“ Lammert erläutert, es gebe in dieser Frage zwar nach wie vor keine präzise Regelung im Vertrag, aber eine Vereinbarung der Vertragspartner, diese bis zur Unterzeichnung am 1. März festzulegen. Darüber hinaus sei auch die Modifizierung des Artikel 13 richtig. Darin ist die Beteiligung der nationalen wie des Europäischen Parlamentes geregelt. „Die ursprünglich vorgese-

hene Festlegung auf ein bestimmtes Gremium, nämlich die Vorsitzenden der jeweiligen Haushaltsausschüsse und der Gremien des Europäischen Parlamentes, ist zugunsten einer offenen Regelung geändert worden“, lobt Lammert. Das überlasse den jeweiligen Parlamenten „die Vereinbarung eines angemessenen Formats“, die in deren Zuständigkeit und nicht in der Verantwortung der Regierung liege. Die 1902 erbaute Bibliothek Solvay liegt mitten im Brüsseler Regierungsviertel und wird heute für Präsentationszwecke genutzt. Finanzier und Namensgeber war der Chemiker und Konzerngründer Ernest Solvay (1838-1922). An diesem Abend ist der Andrang vor dem historischen Gebäude groß. Geladen ist zu einer Podiumsdiskussion. Lammert und der frisch gewählte, deutsche EP-Präsident, Martin Schulz (SPD), wollen über das Thema „Europa. Die Krise. Die Parlamente“ sprechen. Günther Oettinger (CDU), EU-Kommissar für Energie und früherer Ministerpräsident in Baden-Württemberg, komplettiert die Runde. Angeregt wird über Stärken

und Schwächen der europäischen Gemeinschaft gesprochen. Lammert verweist darauf, dass die EU die größte Errungenschaft des 20. Jahrhunderts sei. Er widerspricht der Auffassung, das Urteilsvermögen der Europäer hinsichtlich der politischen Arbeit der Gemeinschaft sei unterentwickelt, und er glaubt, Europa genieße in der öffentlichen

Wahrnehmung durchaus Ansehen. Das belege im übrigen auch die abnehmende Skepsis der Bevölkerung gegenüber dem Euro. EP-Präsident Schulz beklagt hingegen das Image europäischer Politik, die im Schatten nationaler Politik stehe. Allzu oft werde der Erfolg als Ergebnis nationaler Handels bewertet, der Misserfolg aber

Europa zugeschrieben. Schulz kündigt an, seine Amtszeit zu nutzen, um die Bedeutung und den Einfluss des Europäischen Parlamentes zu stärken. EU-Kommissar Oettinger erläutert, dass die Zusammenarbeit zwischen Kommission und Parlament auf einem guten Weg sei. Er warnt aber davor, dass seiner Beobachtung nach eine wachsende Zahl von Parteien mit Populismus gegen die EU agieren.

Das Verbindungsbüro All das wird auch von den beim Verbindungsbüro beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Fraktionen und Verwaltung des Bundestages mit großem Interesse verfolgt. Ihre Aufgabe in Brüssel ist es, die politischen Entwicklungen in der Kommission, dem Parlament und dem Rat zu beobachten. Außerdem tauschen sie Informationen mit Brüsseler Institutionen aus. Für Abgeordnete, Ausschüsse und Fraktionen des Bundestages werden seit der Eröffnung des Büros regelmäßig Berichte verfasst. Denn zu berichten gibt es viel - von der größten und schönsten Baustelle der Welt. jbi



Norbert Lammert (rechts) und José Manuel Barroso

KURZ REZENSIIERT



Inszenierung als Beruf. Der Fall Guttenberg.

Suhrkamp Verlag, Berlin 2011; 216 S., 10 €

Es gibt wohl kaum eine Berufsgruppe, die der ehemalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) nachhaltiger gegen sich aufgebracht hat als die der Hochschullehrer. Eine zusammengeläutete Dissertation und der Versuch, diesen Diebstahl geistigen Eigentums als kleine Schlaperei zu entschuldigen, die einem als stark beschäftigtem Politiker und jungem Familienvater quasi unbemerkt unterlaufen könne, wurden nicht so leicht verziehen. Der beste Beweis dafür ist der von Oliver Lepsius und Reinhart Meyer-Kalkus herausgegebene Band „Inszenierung als Beruf“.

In dem Sammelband haben 15 Medien-, Sprach- und Kulturwissenschaftler, Historiker, Soziologen und Juristen den Aufstieg und Fall Guttenberg untersucht und sind der Frage nachgegangen, wie Inszenierung und Imagebildung eine rasante politische Karriere befördern konnten. Es ist eine fulminante Abrechnung mit der ehemals wohl größten deutschen Polit-Hoffnung; eine giftige Offenlegung verlogener Rhetorik und des Versuchs eines Ministers, sich selbst zur Ikone zu stilisieren.

Am stärksten ist dabei das Kapitel „Stil und Rhetorik“ geraten: Wenn der Doktorand Sebastian Diziol zu Guttenbergs Abschiedsrede Satz für Satz analysiert, bleibt kaum etwas übrig von den so wohlklingenden Satzhaufen. Und wie der Journalist Peter von Becker nachweist, dass der Minister, der so gern über seine Werte und Überzeugungen sprach, auf ein ominöses „Es“ verwies, sobald es um die plagiierten Stellen in seiner Dissertation ging, ist schlicht unterhaltsam zu lesen.

Für den Herausgeber und Bayreuther Rechtswissenschaftler Lepsius steht der Fall Guttenberg auch „für einen fortgesetzten Irrtum, der Collage für Wissenschaft hielt, Form für Politik und der die subjektive Wahrnehmung zum objektiven Maßstab erklärte“. Guttenberg werde auch zur Fallstudie für das politische System insgesamt – vielleicht müsse man die Funktionsbedingungen und Rationalitätskriterien politischen Handelns künftig anders erklären und falschen Erwartungen entgegen treten. suk ■

Das entgrenzte Gericht
Eine kritische Bilanz nach sechszehn Jahren
edition suhrkamp sv

Das entgrenzte Gericht. Eine kritische Bilanz nach sechszehn Jahren Bundesverfassungsgericht.

Suhrkamp, Berlin 2011, 426 S., 18 €

Das größte Lob kam aus berufenem Munde: Ihm habe, urteilte der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Winfried Hassemer, in einer Besprechung, in dem Band „nichts gefehlt“. Tatsächlich bietet „Das entgrenzte Gericht“ vier ausführliche Essays renommierter Staatsrechtler, die der Frage nachgehen, wie das Bundesverfassungsgericht zu der Institution werden konnte, die es heute ist. Dabei wiederholt sich zwar einiges – es entsteht aber auch ein plastisches Bild des Gerichts, dem als oberster judikativer Instanz von 76 Prozent der Deutschen großes Vertrauen entgegen gebracht wird.

Der Erfolg des Bundesverfassungsgerichts sei „erstaunlich“, findet der Rechtsprofessor Christoph Schönberger, und beruhe „zunächst und vor allem auf der Tabula rasa, die Nationalismus und Krieg, Teilung und Vertreibung hinterlassen haben“. Auch durch „kühne Selbstermächtigungen“ habe das Gericht das Grundgesetz als Impulsgeber für eine tiefgreifende Umgestaltung der gesamten Rechtsordnung aktiviert und sei so zum „gütig-strengend Vormund einer betreuten Demokratie“ geworden, die sich selbst nicht recht traute. Die wahre Macht des Gerichts zeige sich darin, dass seine Entscheidungen über einen Fall hinausreichten, stellt der Bayreuther Jurist Oliver Lepsius fest, es hieße sich für den „maßgeblichen Interpreten und Hüter der Verfassung“. Es entscheide nicht nur, sondern formuliere Werte.

In der Bilanz nach 60 Jahren sind die Autoren sich nicht einig: Während Matthias Jestaedt das Gericht klar als Zukunftsmodell sieht, mahnt Lepsius Veränderungen an. Der Berliner Rechtsphilosoph Christoph Möllers sieht das Gericht für die Zukunft vor dem Dilemma stehen, „die vom Grundgesetz gewollte Entscheidung für die europäische Integration zu respektieren, ohne die Beschwerdeführer in grundrechtswidrigen oder undemokratischen Zuständen allein zu lassen“. Es werde als grundrechtsschützendes Gericht gebraucht, sei aber mit der Rolle des Bewahrs der europäischen Demokratie überfordert. suk ■



In vielen Kommunen sind Kultureinrichtungen wie Theater, Museen, Bibliotheken und Musikschulen von der Schließung bedroht.

Bürger auf den Barrikaden

KULTUR Abgeordnete und Experten debattieren die schwierige Finanzierung in den Kommunen

Für die Hamburger Bürger war es ein Erfolg: Im Oktober 2010 retteten sie mit Protestaktionen und einer Unterschriftenaktion das traditionsreiche Altonaer Museum für Kunst- und Kulturgeschichte vor der Schließung durch den Senat der Hansestadt – zumindest vorläufig. Andere Kultureinrichtungen in Deutschlands Kommunen haben und hatten wenig Glück. Überall fehlt es an Geld und die Versuchung, bei der Kultur zu sparen steigt mit dem Schuldenstand. Doch gerade die Kommunen sind es, die neben den Bundesländern das kulturelle Leben in Deutschland finanzieren. Rund 9,3 Milliarden Euro gibt Deutschland derzeit für die Kultur aus. Rund 44,4 Prozent der Ausgaben werden durchschnittlich von den Kommunen gestemmt, 43 Prozent von den Ländern und 12,6 Prozent vom Bund.

In der Hand der Länder Die ungleiche Verteilung der Kulturausgaben ist durch das Grundgesetz vorgezeichnet, das die Kulturpolitik ebenso wie die Bildungspolitik in die Hände der Länder und der Gemeinden legt. Mit den beiden Föderalismusreformen in den Jahren 2006 und 2009 wurde dieser Grundsatz noch einmal bestätigt und verschärft. Doch angesichts der desaströsen Fi-

nanzsituation in vielen Kommunen Deutschlands steigt die Sorge um das kulturelle Leben in der Republik – auch im Kulturausschuss des Bundestages. Bereits im Januar 2010 hatte der Ausschuss die kommunale Kulturfinanzierung mit einer öffentlichen Anhörung auf seine Tagesordnung gesetzt. Am vergangenen Mittwoch lud er erneut Experten aus Ländern und Kommunen zu einem Gespräch. Und die Ausschussvorsitzende Monika Grütters (CDU) stellte zum Auftakt des öffentlichen Gesprächs klar, dass Kultur keine Frage von Zuständigkeiten sei, sondern Ausdruck des gesamtgesellschaftlichen Zustandes.

Bei Raimund Bartella, Kulturreferent des Deutschen Städtetages, rannte Grütters mit ihrer Mahnung offene Türen ein. Denn dem Städtetag ist das sogenannte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in den Bereichen Kultur und Bildung ein Dorn im Auge. Einen Kulturmothilfonds des Bundes, wie er im vergangenen Jahr beispielsweise vom Deutschen Kulturrat gefordert worden war, beurteilte Bartella hingegen kritisch. Zum einen dürfe der Bund aus verfassungsrechtlichen Gründen den Kommunen keine unmittelbaren Zuweisungen zu-

kommen lassen. Vor allem aber beseitige dies nicht die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen. Kritisch gegenüber dem Kooperationsverbot stehen auch die Oppositionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. In Bartellas Sinn äußerte sich auch Jörg Freese. Es müsse eine gerechte Aufgabenfinanzierung zwischen den staatlichen Ebenen gefunden werden, betonte der Beigeordnete beim Deutschen Landkreistag vor dem Ausschuss. Die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der Gemeinden sei zu stark von konjunkturellen Schwankungen abhängig, um eine Finanzierungssicherheit zu gewährleisten. Freese und Bartella sprachen sich zugleich jedoch gegen eine Abschaffung der Gewerbesteuer aus, solange keine realisierbare Alternative gefunden sei.

Bürgerschaftliches Engagement Der Rechtswissenschaftler Winfried Kluth von der Universität Halle und die niedersächsische Kultur- und Wissenschaftsministerin Johanna Wanka (CDU) plädierten ebenfalls für eine stärkere Beteiligung des Bundes am kulturellen Leben in Ländern und Kommunen. Dies sei aber auch möglich, ohne die Kulturhoheit der Länder anzutasten. So fördere der Bund bereits jetzt das bürgerschaftliche Engagement, sagte Kluth, ohne das der Kulturbetrieb gerade in kleineren Gemeinden kaum möglich wäre. Lob spendete Wanka für die Kulturstiftung des Bundes. Die Kommunen müssten aber auch darauf achten, nur Kulturprojekte zu

starten, die sie nach dem Ende der Anschubfinanzierung durch den Bund allein weitertragen können. Insgesamt sei die Kooperation zwischen den Ländern und dem Bund in der Kultur deutlich besser als in der Bildung. Die Ministerin plädierte aber vor allem für eine vernetzte und langfristige Kulturplanung innerhalb der Länder und zwischen den Kommunen, um die Gelder effektiver zu nutzen.

Vorbild Sachsen Großes Lob von allen Seiten gab es auch für das sächsische Kulturräumgesetz. Dies sorgt unter anderem für einen gerechteren finanziellen Lastenausgleich zwischen jenen Kommunen, die große Kultureinrichtungen unterhalten, und den umliegenden Gemeinden, die diese nutzen ohne sich an der Finanzierung zu beteiligen. Es sei in der Tat „ein geniales Gesetz“, befand Wanka. Der FDP-Abgeordnete Reiner Deutschmann erkennt darin gar eine „Blaupause“ für andere Länder. Wanka gab allerdings zu bedenken, dass Sachsen nach der deutschen Einheit quasi bei Null habe anfangen und etwas völlig Neues habe aufbauen können. Eine einfache Übertragung auf andere Länder sei deshalb schwierig. Auf einhellige Unterstützung traf die Forderung Wankas nach einer bundesweiten Statistik zum kulturellen Leben in Deutschland. Derzeit lägen kaum verlässliche Daten über Kulturanbieter und -nutzer vor. Lediglich der Kulturfinanzbericht der statistischen Ämter des Bundes und der Länder gebe einen Überblick über die finanziellen As-

pekte. In der Kultusministerkonferenz werde aktuell beraten, wie eine umfassendere Datenerhebung zu realisieren ist. Zumindest an einem Punkt konnten die Experten Entwarnung geben: Der zu Beginn der Finanzkrise befürchtete Kahlschlag in der Kulturlandschaft ist vorerst ausgeblieben. Allerdings sei die Aussage mit Vorsicht zu genießen, betonte Bartella, da große Unterschiede zwischen großen und kleinen Städten und zwischen Ost und West zu beobachten seien. In den westlichen und größeren Kommunen sei die Lage deutlich besser als in den kleinen im Osten.

Proteste Dass die Kulturretats nicht zum „Steinbruch der Sparmaßnahmen“ geworden seien, freuten sich die Unionsabgeordneten Marco Wanderwitz und Wolfgang Bönnsen, sei auch eine Folge zunehmender Bürgerproteste wie in Altona. Gegen die Schließung von Theatern, Museen, Bibliotheken oder Musikschulen gingen die betroffenen Bürger immer öfter „auf die Barrikaden“. Die Abgeordnete Tabea Rößner (Grüne) gab zu bedenken, dass sich der Bürgerprotest meist nur zum Erhalt etablierter Kultureinrichtungen formiere. Kleinere Institutionen hätten es deutlich schwerer. Einigkeit herrschte zwischen Experten und Abgeordneten aller Fraktionen darüber, dass selbst tiefe Einschnitte in die Kulturretats die angespannte Lage der kommunalen Kassen nicht bereinigen werde. Der umgekehrt entstehende Schaden hingegen sei ungleich größer. Alexander Weinlein ■

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

SPD fordert Hochschulsozialpakt

BILDUNG Die SPD-Fraktion spricht sich erneut für ein Ende des Kooperationsverbotes aus. In einem Antrag (17/8580), der am vergangenen Donnerstag erstmals im Plenum beraten wurde, fordert sie die Bundesregierung auf, die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen so zu ändern, dass Bund und Länder bei der Sicherung und Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur an den Hochschulen einfacher zusammenwirken können. Zudem müsse die Bundesregierung mit den Ländern zusätzliche Finanzmittel für Bildungsinvestitionen bereitstellen und einen Gesetzentwurf zur Erhöhung der BAföG-Bedarfsätze und -Freibeträge vorlegen. Darüber hinaus fordern die SPD-Abgeordneten einen Hochschulsozialpakt. Dieser soll laut Antrag unter anderem die Schaffung von Wohnheimplätzen, die Verbesserung von Beratungsangeboten, den Ausbau von Hochschulgastronomie und Kinderbetreuungsangeboten sowie die Verbesserung der Lernbedingungen für Menschen mit Behinderung umfassen.

„Die Zeit drängt“, betonte Ulla Burchardt (SPD), Vorsitzende des Bildungsausschusses, im Bundestag. Der Studentenansturm sei da, der Ausbau der sozialen Infrastruktur alternativlos. Bund und Länder müssten die Herausforderung gemeinsam angehen, forderte sie. tyh ■

Der Bund leiste bereits einen „wichtigen Beitrag für ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges Studium in Deutschland“, sagte Tankred Schipanski (CDU). Jedoch könnten die Länder nicht aus ihrer primären Verantwortung für die Hochschulen entlassen werden. Die Länder seien gefordert, ihre Beiträge zur Verbesserung von Studium und Lehre zu erbringen und eine angemessene soziale Infrastruktur zu schaffen. „Der Bund ist nicht die Sparkasse der Länder“, betonte Schipanski. Dem schloss sich auch der FDP-Abgeordnete Martin Neumann an: Der Bund unterstütze die Länder bereits „großzügig bei ihrer grundgesetzlich verankerten Aufgabe, die Finanzierung der Hochschulen sicherzustellen“, betonte er. Jedoch könne Bundesgeld nicht durch „populistische Maßnahmen“ – wie der Verzicht auf eingeführte Studiengebühren – verursachte Löcher stopfen. Die Fraktion Die Linke nahm die Debatte zum Anlass, eine grundlegende Neujustierung der Bologna-Reform zu fordern. Es sei wichtig, dass kritische Wissenschaft gelehrt werde, sagte ihre hochschulpolitische Sprecherin Nicole Gohlke. Bund und Länder müssten gemeinsam die Öffnung der Hochschulen für bisher unterrepräsentierte Gruppen vorantreiben, forderte Kai Gehring, bildungspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion. tyh ■

Hoffnungen vom Freiheitsplatz

AUSSTELLUNG Fotografien vor dem Kanzleramt zeigen Menschen der ägyptischen Revolution

Wunsch und Wirklichkeit stehen sich in Berlin in einer Fotoausstellung unter freiem Himmel zwischen Paul-Löbe-Haus und Kanzleramt gegenüber. In dem Fotoprojekt „egypt reloaded“ arbeiten die Berliner Fotografen Angelika und Bernd Kohlmeier ein Jahr nach den Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz in Kairo die Anfänge der ägyptischen Revolution auf. Die für sechs Wochen geplante Ausstellung auf dem Bürgerforum wurde am vergangenen Freitag von Klaus Brandner (SPD), Vorsitzender der Deutsch-Ägyptischen Parlamentariergruppe, eröffnet. In einem inneren und äußeren Kreis aufgestellte schwarz-weiß Portraits zeigen 50 Frauen und Männer, die an der Revolution teilgenommen und ihre Vorstellungen von der Zukunft des Landes auf ein weißes Blatt Papier geschrieben haben. „Jeder soll seine Fähigkeiten frei entfalten können“, heißt es auf einem Bild. „Jeder soll seine Meinung ohne Furcht äußern können“, fordert ein Ägypter auf einem anderen Porträt. Dass jeder ohne Korruption weiterkommen könne und Ägypten ein ziviler Staat werde, wünschen sich weitere Demonstranten. Wie weit diese Wünsche ein Jahr nach den Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz – dem Freiheitsplatz – Wirklichkeit geworden sind, lasse sich heute noch nicht beantwor-

ten. „Heute sprechen wir von einer unvollendeten Revolution“, sagte Klaus Brandner. Die Ausstellung drücke die Achtung und Anerkennung vor der Leistung des ägyptischen Volkes aus und sei eine Würdigung der Menschen, die für Freiheit, Demokratie und die Menschenwürde gekämpft haben. Ergänzt wird die Ausstellung von 360-Grad-Panoramen, die Momentaufnahmen des

Geschehens auf dem Tahrir-Platz zeigen. Im Innenkreis der Ausstellung dokumentieren Bilder des ägyptischen Fotografen Beshoy Fayez chronologisch die Revolution seit ihrem Beginn. „Ich habe versucht, die Gefühle und Hoffnungen vom Tahrir-Platz auf meinen Bildern nachzuempfinden und auf diesen Platz in Berlin zu transportieren“, erklärte Fayez die Motive. Jan Eisel ■



Der SPD-Abgeordnete Klaus Brandner beim Rundgang durch die Ausstellung.

AUFGEKEHRT

Straßburg reloaded

Für die Liebe Gottes und des christlichen Volkes und unser aller Erlösung, von diesem Tage an, soweit mir Gott Wissen und Können gibt, werde ich meinem Bruder Karl beistehen, sowohl in der Hilfeleistung als auch in jeder anderen Angelegenheit, so wie man seinem Bruder beistehen soll, auf dass er mir genauso tue, und ich werde niemals ein Abkommen mit Lothar treffen, das willentlich meinem Bruder Karl zum Schaden sei.“
Kennen Sie diese Zeilen? Nein? Sollten Sie aber! Dies schworen sich am 14. Februar 842, vor genau 1.170 Jahren, die Enkel Karls des Großen, Ludwig der Deutsche und Karl der Kahle, im Angesicht ihrer Heere in Straßburg, um ihren Bruder Lothar endgültig in die Schranken zu weisen. Und jeder der beiden Könige schwor dies in der Sprache des anderen: Karl auf Althochdeutsch und Ludwig auf Altfranzösisch. Diese „Straßburger Eide“ gelten als die erstmals greifbare sprachliche Trennung der Franken in ein westfränkisches- und ostfränkisches Reich. Der Rest der Geschichte ist bekannt. Kaum war der gemeinsame Feind besiegt, folgten Jahrhunderte der Konfrontation entlang des Rheins zwischen den Brudervölkern.
Kommt es Ihnen jetzt bekannt vor? Nein! Dann erzählen wir die Geschichte mal anders. Angela die Deutsche und Nicolas der Kahle – mit Blick auf seine Umfrageergebnisse und die Herabstufung der französischen Kreditwürdigkeit darf man ihn wohl so nennen – schwören sich im gemeinsamen Interview Hilfe „sowohl in der Euro-Krise als auch im Wahlkampf, so wie man seinem Bruder beistehen soll, auf dass er mir genauso tue...“ Wächst das zusammen, was einst zusammen gehörte? Ist „Merkozy“ etwa der auferstandene Karl der Große beziehungsweise Charlemagne, wie ihn die Franzosen nennen? Doch wer ist Lothar in der Geschichte? Und was passiert, wenn er besiegt ist? Hoffentlich wiederholt sich Geschichte wirklich nicht. *Alexander Weinlein*

VOR 25 JAHREN ...

Streit um Stellvertreter

18. Februar 1987: Konstituierung Es war die letzte Bundestagswahl im geteilten Deutschland. Am 25. Januar 1987 fuhr die Union mit 44,3 Prozent der Wahlstimmen ihr bis dato schlechtestes Wahlergebnis seit Gründung der Bundesrepublik ein. Auch die SPD war mit ihrem Ergebnis von 37 Prozent nicht zufrieden. Zwar blieb Schwarz-Gelb – die FDP kam auf 9,1 Prozent – an der Macht. Doch die eigentlichen Wahlsieger waren mit 8,3 Prozent die Grünen. Entsprechend selbstbewusst traten die 44 Abgeordneten



Die Grünen Antje Vollmer und Rainer Trampert feiern die Parlamentswahl '87.

bei der konstituierenden Sitzung des 11. Deutschen Bundestages am 18. Februar auf und stellten gleich eine Forderung: Jede Fraktion soll einen Bundestagsvizepräsidenten stellen dürfen. Auch die SPD stellte einen entsprechenden Antrag. Damals war in der Geschäftsordnung nicht festgelegt, wie viele Stellvertreter der Chef des Parlaments hat. Es gab nur interfraktionelle Vereinbarungen, so dass es meist drei Vizepräsidenten gab. Schon 1983 versuchten die Grünen, deren Zahl auf vier zu erhöhen, um ebenfalls im Präsidium vertreten zu sein – ohne Erfolg. Das wiederholte sich 1987. Dabei argumentierten die Grünen mit guten Gründen: Die Aufgabe des Parlaments sei die Kontrolle der Regierung, sagte Antje Vollmer. Und dies müsse vor allem durch die Opposition geschehen. Daher, ist es ganz und gar undenkbar, dass das Präsidium überwiegend aus Mitgliedern jener Fraktionen zusammengesetzt ist, die sich ihrer Regierung schon subjektiv ganz besonders stark verpflichtet fühlen.“
Es dauerte jedoch bis 1994, bis jede Fraktion das Recht bekam, mindestens einen Stellvertreter zu bestimmen. Erste Bundestagsvizepräsidentin der Grünen wurde Antje Vollmer. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: BEIM RED-HAND-DAY IM BUNDESTAG



Abgeordnete aller Fraktionen kamen zum Red-Hand-Day. Hier malen Schüler des Johann-Rist-Gymnasiums die Hand des SPD-Abgeordneten René Rösper an.

»Wenn ein Kind Soldat wird, ist das Leben ruiniert«

Politisch gesehen verbindet die FDP-Abgeordnete Nicole Bracht-Bendt mit der Farbe Rot nicht viel. Am vergangenen Mittwoch zeigte die Vorsitzende der Kinderkommission des Bundestages (Kiko) dennoch stolz ihre rot gefärbte Hand. Sie hatte ihren Handabdruck ebenso wie 168 Abgeordnete aller Fraktionen, Mitarbeiter und Gäste des Bundestages auf einem weißen Blatt Papier hinterlassen. Und damit deutlich gemacht: Ich bin gegen den Einsatz von Kindersoldaten. Nach Angaben des Deutschen Bündnisses Kindersoldaten werden rund 250.000 Kinder als Soldaten eingesetzt – trotz des vor zehn Jahren in Kraft getretenen Vertrags zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten. Der rote Handabdruck gilt seither als Zeichen des Protestes gegen den Einsatz von Kindersoldaten.
Dass sich die Kinderkommission so stark für das Thema engagiert, hat auch viel mit den Schülern des Johann-Rist-Gymnasiums in Wedel bei Hamburg zu tun. Seit einigen Jahren werden dort möglichst viele rote Handabdrücke gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten gesammelt.

Über den Pinneberger SPD-Abgeordneten Ernst-Dieter Rossmann landete das Thema bei der Kiko. Zum Red-Hand-Day 2012 im Bundestag wurden schließlich auch die Schüler eingeladen, die eifrig mit wasserlöslicher Farbe Hände markierten und so gut wie jeden Vorbeigehenden an ihrem Stand im Paul-Löbe-Haus für ihr Vorhaben begeisterten.
Entsprechend zufrieden zeigte sich die Kiko-Vorsitzende. „Das ist eine sehr gelungene Veranstaltung“, urteilte Nicole Bracht-Bendt. Es sei toll, dass sich junge Menschen für so ein Thema engagieren. „Uns Parlamentariern sollte das ein Anstoß sein, die Belange der Kinder häufiger zu berücksichtigen“, sagte sie.
Dafür tritt auch der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses, Tom Koenigs (Grüne), ein. Er forderte anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des Vertrags zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten eine Anpassung der deutschen Aufenthalts- und Asylverfahrensgesetze. Die Rekrutierung als Kindersoldat müsse als Asylgrund anerkannt

und das Kindeswohl als vorrangiges Prinzip im Asyl- und Aufenthaltsrecht verankert werden, sagte er bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Deutschen Bündnis Kindersoldaten. Bei dieser Gelegenheit erläuterte York Frenks, Sprecher der Schüler des Johann-Rist-Gymnasiums, wie er und seine Mitschüler sich dem Thema genähert haben. „In den letzten Wochen haben wir unsere Großeltern interviewt, die teils als Minderjährige im Zweiten Weltkrieg an die Front geschickt wurden. Alle sagen, dass sie ihre Kriegserlebnisse nicht vergessen können“, erzählte der Siebtklässler. „Wenn ein Kind in unserem Alter Soldat wird, ist sein ganzes Leben ruiniert“, fügte er hinzu. Von den Politikern erwartet er, dass sie sich mit ehrlicher Überzeugung für die Kinder auf der ganzen Welt einsetzen.
Aus Sicht der Kiko-Vorsitzenden Bracht-Bendt zeigt die große Beteiligung der Abgeordneten, dass ihnen der Protest ein persönliches Anliegen ist. Sie plädiert dafür, die gesammelten Handabdrücke gebündelt als Protestnote an die Vereinten Nationen zu schicken. *Götz Hausding*

LESERPOST

Zur Ausgabe 5/6 vom 30. Januar 2012, „Spekulationen bleiben erlaubt“, Seite 7

In meiner Rede am 27. Januar im Plenum erläuterte ich, „dass nicht Egoismen wie Nahrungsmittelspekulation oder Land Grabbing die lokalen Verhältnisse ausnutzen“ dürfen. Wie kommt man da auf eine Überschrift, die impliziert, dass die Koalition Spekulationen erlaube? Ist kein absolutes, sofortiges Verbot gleich als indirektes Gebot zu deuten? Ich finde, damit macht man es sich doch sehr einfach.
Der eingebrachte Antrag trägt den Namen „Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung weltweit verbessern“. Der Fokus liegt auf der Kleinbauernförderung, der Verbesserung der Infrastruktur und der Nachhaltigkeit im ländlichen Raum. Weil uns als Koalition aber bewusst ist, wie gefährlich Nahrungsmittelspekulation ist, haben wir auch diesen Aspekt in den Antrag eingearbeitet. Wenn Sie uns an dieser Stelle richtig zitieren, frage ich mich, wie Sie zu der Annahme kommen, unser Antrag richte sich nicht gegen Spekulationen? Ähnlich wie die Oppositionsfaktionen halten Sie sich an Details auf, anstatt das Wesentliche, nämlich die ländliche Entwicklung als Schlüsselfaktor hervorzuheben. Ganz davon abgesehen, dass die SPD-Fraktion es nicht als wichtig erachtete, einen eigenen Antrag zum Thema einzubringen, finde ich es sehr schade, wie einseitig in dem Artikel argumentiert wird. Der Antrag der Koalitionsfraktionen hatte die Erste Lesung bereits im Oktober 2011.
Vielleicht sollten wir uns die Frage stellen, was den Menschen in den ärmsten Ländern mehr hilft: eine radikalere Wortwahl à la Opposition oder realistische und effiziente Konzepte. Es

nützt nichts, sich bei einem Thema, das uns allen am Herzen liegt, hinter den Parteifronten zu verstecken.

Helmut Heiderich, MdB

Zur Ausgabe 5/6 vom 30. Januar 2012, „Tief verwurzelte Vorurteile“, Seite 3
Ohne eine eindeutige Begriffserklärung zum Antisemitismus ist eine statistische Erfassung unpräzise. Was ist bereits als Antisemitismus zu bewerten und wie werden die Daten generiert und aufbereitet? Das sind Unwägbarkeiten, die in wahrscheinlichkeits-theoretischen Überlegungen mit Allgemeinaussagen münden. Das beweist der zitierte Historiker Peter Longერი, der den „latenten Antisemitismus“ bei den Deut-

schen auf 20 Prozent schätzt. Diese Aussage unterscheidet aber zum Beispiel nicht zwischen Deutschen und hier lebenden Personen mit Migrationshintergrund.
Wichtiger als diese Statistik ist doch die Frage: Welche Position haben die restlichen 80 Prozent? Demnach müsste deren kollektives Gedächtnis durchaus vom Wissen um die nationalsozialistischen Verbrechen geprägt sein. Daher sollte das Gedenken an alle Opfer des Nationalsozialismus keine politisch verordnete Aufgabe, sondern eine menschliche sein. In einer immer mehr individualisierten und vielschichtigen Gesellschaft, in der seit über sechs Jahrzehnten demokratische Verhältnisse herrschen, muss sich die Erinnerungskultur in Bezug auf kommende Generationen neu definieren,

bevor sie nur noch zu einer Pflichtübung wird. Die Frage bleibt: Hat die Politik genug Vertrauen in die eigene Bevölkerung und in die deutsche Demokratie im Kampf gegen den Antisemitismus? Und wenn nicht, so haben die Parteien und deren Stiftungen ihren politischen Bildungsauftrag zu erfüllen.
Hans-Dieter Seul, Berlin

Zur Ausgabe 49/50 vom 5. Dezember 2011, „Parlamännchen“, Seite 3

Sie haben das schön erklärt. Für welche Altersgruppe soll das sein? Leider klingt es nicht nur wie ein Märchen, es ist auch eins und zwar mit bösem Ende. Wenn der Arzt das ganze Geld, um das sich die Erwachsenen streiten, bekommt, dann muss der aber ein reicher Mann sein. Wenn man das auf die Politik projiziert, dann muss der Politiker ein reicher Mann sein, da er ja die ganzen Steuern bekommt. Oder habe ich das falsch verstanden?
Hans J. Streb, per E-Mail

SEITENBLICKE



— PANNENMELDER —

In dem Beitrag „Personelle Kontinuitäten“ auf Seite 4 der vorigen Ausgabe ist eine Zahl falsch wiedergegeben worden. Der Grünen-Abgeordnete Christian Ströbele hat in der Debatte über eine Offenlegung aller Akten des Bundesnachrichtendienstes (BND) zur NS-Vergangenheit berichtet, Anfang der 1980er Jahre schon von dem Verdacht gelesen zu haben, dass der BND noch in den 1960er Jahren den NS-Kriegsverbrecher Klaus Barbie zu einem Monatslohn von 500 D-Mark in Lateinamerika beschäftigt habe. In dem Artikel ist dagegen fälschlicherweise von einem Monatslohn in Höhe von 50 D-Mark die Rede.

PERSONALIA

> **Josef Adalbert Brunner** †
Bundestagsabgeordneter 1980-1987, 1990, CSU

Am 25. Januar starb Josef Adalbert Brunner im Alter von 83 Jahren. Der vielfältig in bayerischen Agrarverbänden engagierte Landwirt aus dem oberpfälzischen Schwandorf trat 1960 der CSU bei und war langjähriger Bezirks- und Kreistagsabgeordneter. Brunner engagierte sich im Bundestag überwiegend im Landwirtschaftsausschuss. Im Jahr 1990 rückte er für den Abgeordneten Alfred Biehle nach, der das Amt des Wehrbeauftragten übernahm.

> **Otto Bernhardt**
Bundestagsabgeordneter 1998-2009, CDU

Am 13. Februar wird Otto Bernhardt 70 Jahre alt. Der aus Rendsburg in Schleswig-Holstein gebürtige Diplomhandelslehrer und heutige Unternehmensberater trat 1960 der CDU bei, war von 1980 bis 2004 Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Rendsburg-Eckernförde sowie von 1970 bis 2006 Schatzmeister und Mitglied des schleswig-holsteinischen Landesvorstands seiner Partei. Von 1970 bis 1996 saß Bernhardt im Rendsburger Stadtrat und gehörte von 1971 bis 1984 dem Landtag in Kiel an. Von 1979 bis 1984 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär im dortigen Kultusministerium. Im Bundestag arbeitete Bernhardt, von 2005 bis 2009 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Finanzausschuss.

> **Gerhard Päselt**
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU

Gerhard Päselt wird am 16. Februar 75 Jahre alt. Der promovierte Physiker und Fachhochschuldozent trat 1984 der CDU in der DDR bei und wurde 1990 stellvertretender CDU-Kreisvorsitzender in Gotha. Seit 1990 gehörte er auch dem dortigen Kreistag an. Päselt, Direktkandidat des Wahlkreises Gotha-Arnstadt, war in beiden Wahlperioden Mitglied des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

> **Horst Peter**
Bundestagsabgeordneter 1980-1994, SPD

Horst Peter wird am 16. Februar 75 Jahre alt. Der aus Kassel gebürtige Gymnasiallehrer wurde 1960 SPD-Mitglied und gehörte von 1968 bis 1981 der Stadtverordnetenversammlung seiner Heimatstadt an. Von 1986 bis 1992 amtierte er als Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen. Zehn Jahre stand er zudem als Sprecher an der Spitze des sogenannten Frankfurter Kreises. Peter, stets Direktkandidat des Wahlkreises Kassel, gehörte in allen vier Legislaturperioden dem Petitionsausschuss an und engagierte sich darüber hinaus im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung.

> **Konrad Weiß**
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, Bündnis 90/Die Grünen

Am 17. Februar wird Konrad Weiß 70 Jahre alt. Der aus Lauban in Schlesien stammende Filmregisseur engagierte sich seit Mitte der 1960er-Jahre in der DDR in der Friedensbewegungsorganisation „Aktion Sühnezeichen“, deren Vorstand er von 1988 bis 1991 angehörte, sowie in der katholischen Kirche. Im September 1989 gehörte er zu den Erstunterzeichnern des Gründungsauftrags der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“, der er 1989/90 als Sprecher vorstand und von Dezember 1989 bis März 1990 am Zentralen Runden Tisch vertrat. Von März bis Oktober 1990 gehörte Weiß der demokratisch gewählten Volkskammer an. Im Bundestag, in den er mit einem Mandat der Landesliste Brandenburg von Bündnis 90/Die Grünen gewählt wurde, arbeitete er im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und im Petitionsausschuss mit. Weiß, der heute als freier Publizist arbeitet, ist mit zahlreichen Veröffentlichungen zu Menschenrechtsfragen hervorgetreten. *bmh*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 20. Februar.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 27.2.-23.2.2012
Europäischer Rat (Do), Kostenfallen im Internet (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream